



Landesmedienstelle Niedersachsen (Hrsg.)

Öffentliche Meinung,
Gewaltbereitschaft
und Massenmedien

Bei dieser Broschüre handelt es sich um die erweiterte Neuauflage der im April 1993 herausgegebenen Text- und Materialsammlung zum Thema „Öffentliche Meinung, Gewaltbereitschaft und Massenmedien“.

In einer hochkomplexen Industriegesellschaft kann sich öffentliche Meinung nur mit Hilfe der Massenmedien und in ihnen artikulieren. An der Diskussion über die Veränderung der Asylgesetzgebung läßt sich exemplarisch nachvollziehen, wie Massenmedien an diesem Meinungsbildungsprozeß mitwirken, ihn beeinflussen und steuern. Von daher bleiben diese Materialien auch über den aktuellen Anlaß interessant und aufschlußreich. Darüber hinaus hat das Thema „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ nichts von seiner Brisanz verloren – auch wenn es zur Zeit nicht die Titelseiten und Schlagzeilen beherrscht.

Auf den „1. Niedersächsischen Tagen der Medienpädagogik“, die im Oktober 1993 zum Thema „Medien – Warner oder Angstmacher?“ in Leer stattfanden, wurde in einem der Workshops das Thema „Das Boot ist voll!“ – Von den „Ausländerfluten“ und anderen „Gefahren“ bearbeitet. Mit der hier vorgelegten erweiterten Neuauflage der Broschüre „Öffentliche Meinung, Gewaltbereitschaft und Massenmedien“ wird gleichzeitig dieser Workshop in wichtigen thematischen Aspekten dokumentiert.

Andere Aspekte der „1. Niedersächsischen Tage der Medienpädagogik“ sind dokumentiert in den Broschüren

- „Massenmedien und Risikogesellschaft“
- „Die ‚Dritte Welt‘ – ein Jagdgebiet“
- „Krieg – Live im Wohnzimmer“.

Landesmedienstelle Niedersachsen (Hrsg.)

**Öffentliche Meinung,
Gewaltbereitschaft
und Massenmedien**



Inhaltsverzeichnis

Wolf-Rüdiger Wagner Von der Medienabhängigkeit unserer Weltbilder	1
--	---

Öffentliche Meinung und Meinungsbildung

Klaus Schönbach Ist BILD schuld an Mölln?	4
--	---

Elisabeth Noelle-Neumann Die „Schweigspirale“ – Öffentliche Meinung als soziale Kontrolle	27
--	----

Wolf-Rüdiger Wagner Zur Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien – der Nachrichtenwert eines Ereignisses	29
--	----

Westdeutsches Schulfernsehen Stimmung gegen Fremde – Wie die Angst geschürt wird	32
---	----

Gert Sommer/Thomas Schmidt Verzerrte Informationen	36
---	----

Probleme der Berichterstattung

Klaus Merten Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse	38
--	----

Wolfgang Schreiber Lokaler Brennpunkt	40
--	----

Runderlaß des Niedersächsischen Innenministeriums vom 17.2.1993	42
---	----

Helmut Simon Roma in Medien diskriminiert	42
--	----

Schwind/Baumann/Schneider/Winter Zur Problematik der Gewaltdarstellung in (Massen-)Medien (6 Thesen/8 Vorschläge)	43
---	----

Stellungnahme der ARD/ZDF-Medienkommission	46
--	----

Meinung und Kommentare

Herbert Riehl-Heise Wem nützt die Asylkampagne?	49
--	----

Ludwig Harms Brandmale	51
---------------------------------	----

Renate Köcher Die Einstellung zur Gewalt ändert sich	53
---	----

Inhaltsverzeichnis (Fortsetzung)

Medienkritik

Irene Neverla Die Massenmedien und das Migrationsphänomen – Doppelbödige Botschaften	55
Hans-Gerd Jaschke Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und das Fernsehen	61
Süddeutsche Zeitung „Frühwarnung vor Rechtsextremismus unzureichend“	69

Wolf-Rüdiger Wagner

Von der Medienabhängigkeit unserer Weltbilder

Schon im Titel „Öffentliche Meinung, Gewaltbereitschaft und Massenmedien – Ist BILD schuld an Mölln?“ nimmt der hier veröffentlichte Beitrag für sich in Anspruch, einen Beitrag zur medienpädagogischen Diskussion um „Gewalt und Medien“ zu leisten. Gewalt hat viele Gesichter – in der Gesellschaft und in den Medien. Die Empörung über das Thema „Gewalt und Medien“ bleibt so lange unverbindlich, wie man sich nicht konkreten Erscheinungsfeldern zuwendet; erst dann kann sinnvoll über die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und den Massenmedien nachgedacht werden. Solange man sich nur allgemein über „Gewalt und Medien“ äußert, kann man mit allgemeiner Zustimmung rechnen. Je konkreter man wird, desto kontroverser wird auch die Auseinandersetzung, desto deutlicher stoßen unterschiedliche Interessen, aber auch unterschiedliche politische und moralische Bewertungen und Wertvorstellungen aufeinander.

Um ein Mißverständnis zu vermeiden: In dem hier veröffentlichten Beitrag geht es auch um die Bildzeitung, es geht aber nicht nur um sie. Es geht um die Bildzeitung, weil diese Zeitung täglich mehrere Millionen Leserinnen und Leser erreicht und weil diese Zeitung damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung ausübt. Es geht um die Bildzeitung, weil es nicht ausreicht, Lichterketten gegen Ausländerhaß zu organisieren, wenn man nicht gleichzeitig über die „Brandstifter“ spricht. So gesehen hat die Zusammenstellung von Schlagzeilen und Artikel aus der „Asylantenkampagne“ der Bildzeitung einen Dokumentationswert an sich.

Interessant wird dieser Beitrag darüber hinaus, weil sich an der Bildzeitung exemplarisch erarbeiten und aufzeigen läßt, wie Massenmedien am „Problematierungsprozeß“ gesellschaftlicher Phänomene mitarbeiten. „Dieses Blatt vereinfacht und bringt das, was andere Medien eher um-

ständig vermitteln, auf den Punkt – auf welchen auch immer.“ Ein Blick auf die im Materialenteil wiedergegebenen Titelseiten des SPIEGELS macht deutlich, daß auch andere Medien an der „Konstruktion des Asylproblems“ beteiligt waren.

Die Beschäftigung mit der Bildzeitung kann auch deshalb nur exemplarischen Charakter haben, weil derartige „Problematierungsprozesse“ im Medienverbund ablaufen. Hat ein Problem erst einmal die „Aufmerksamkeitsschwelle“ der Medien überwunden, scheint es nur noch das „Asylantenproblem“, das „Ozonloch“ oder die „Gewalt in der Schule“ zu geben, egal, ob man die Zeitung aufschlägt, eine Talkshow einschaltet oder mit Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz spricht.

Und hier setzt das medienpädagogische Interesse ein, das über den aktuellen Anlaß hinausgeht. Von Medien und Erfahrungsverlust ist zumeist dann die Rede, wenn bedauert wird, daß der Medienkonsum an die Stelle sinnhafter und sinnlicher eigener Erfahrungen tritt.

„Wer ‚im Bilde sein‘, wer wissen will, was es draußen gibt, der hat sich nach Hause zu begeben ...“, formulierte Günther Anders. Diese auf das Fernsehen zielende Feststellung läßt sich auf die Medien insgesamt ausdehnen. In einer hochkomplexen Industriegesellschaft mit ihren weltweiten Verflechtungen liegen gesellschaftliche Probleme zumeist jenseits unseres individuellen Erfahrungshorizonts, die Medien werden zu einer gesellschaftlich notwendigen Erweiterung unserer Sinnesorgane.

Am augenfälligsten wird die Entwertung unserer sinnlichen Wahrnehmung und unserer eigenen Erfahrungen im Bereich der Ökologie. Die neuartigen Umweltrisiken entziehen sich vollständig dem unmittelbaren menschlichen Wahrnehmungsvermögen. Wir nehmen diese Risiken nur noch vermittelt durch die Medien wahr.

Der Prozeß der Entwertung von Erfahrungen erfaßt aber alle gesellschaftlichen Bereiche. Wir sind in eine unumkehrbare Abhängigkeit von Medien geraten, denn in komplexen Gesellschaften sind Massenmedien zwangsläufig an der Definition von Problemen und der Durchsetzung eines öffentlichen Problembewußtseins beteiligt. Medien konstruieren Wirklichkeiten für uns. Sie setzen Themen auf die „Tagesordnung“, sie bestimmen entscheidend, wie Probleme wahrgenommen werden und worüber gesprochen wird.

Daher muß die Öffnung der Schule auch eine Öffnung der Schule für die Medien- erfahrung von Kindern und Jugendlichen, für ihre medial vermittelten Weltbilder bedeuten. Hierbei handelt es sich nicht um eine Neuauflage der Manipulationsdebatte der 70er Jahre. Damals mußten Journalisten sich gegen den Vorwurf verteidigen, durch Auswahl und Bearbeitung zu manipulieren. Heute müssen wir fordern, daß die Journalisten uns nicht dem ununterbrochenen, ungefilterten Informationsfluß der Live-Berichterstattung überlassen. Die ultraschnellen Medien versprechen, uns zu Augenzeugen der Geschichte zu machen, uns „history as it happens“ ins Haus zu liefern. In Wahrheit bringen sie uns jedoch nicht näher an die Wirklichkeit heran, da es Informationen nicht als Rohmaterial gibt. Das Wort *reportare* bedeutet im Lateinischen sowohl *zusammentragen* als auch *zurückbringen*. Wir spüren heute, wo uns elektronische Medien und Satellitenkommunikation scheinbar direkter und unmittelbarer an die Ereignisse herangebracht haben, daß wir auf den „Reporter“ als Geschichtenerzähler, als Augenzeugen und Berichterstatter, der zwischen den Ereignissen in der „Ferne“ und uns als Nachrichtenkonsumenten vermittelt, angewiesen sind.

Wenn „Wirklichkeit“ bei der Vermittlung durch die Massenmedien zwangsläufig und notwendigerweise einen Auswahl- und Gestaltungsprozeß durchläuft, dann können wir uns aus dieser Medienabhängigkeit nicht durch Medienabstinenz befreien. Nur wenn wir einerseits in die Lage versetzt werden, die Muster, nach denen Wirklichkeit in den Medien konstruiert und inszeniert werden, zu durchschauen, und uns andererseits damit beschäftigen, wie wir die Wirklichkeitskonstrukte wahrneh-

men und wie wir an diesen Konstrukten selbst weiterarbeiten, können wir ein Stück Autonomie gegenüber den Medien zurückgewinnen. Diese Beschäftigung mit den Medien sollte nicht nur auf analytische Rekonstruktion beschränkt bleiben. Die Konstruktionsprinzipien der Medienwirklichkeit lassen sich auch durch handelnde Auseinandersetzung, durch verändernde Eingriffe, durch Vertauschen und Umstellen von Namen und Wertungen, durch „spielerische Destruktion“, durch Konstruktion von „Scheinkampagnen“ aufdecken.

Es wäre verkürzt, die rhetorische Frage im Untertitel des Beitrags „Ist BILD schuld an Mölln“ mit einem einfachen „Ja“ zu beantworten. Die Wirkungszusammenhänge sind komplexer. Wenn dies so ist, dann leistet auch die Beschäftigung mit der Art und Weise, in der uns Medien mit gesellschaftlichen Problemen konfrontieren, keinen direkten und unmittelbaren Beitrag zum Abbau von Gewaltbereitschaft und Ausländerhaß. Der kritisch distanzierte Blick auf die Wirklichkeitskonstrukte der Medien wird erst dann produktiv, wenn dabei unsere eigenen Weltbilder, Einstellungen und Verhaltensweisen zur Sprache kommen.

Wenn es in der Wechselwirkung zwischen öffentlicher Meinung und Massenmedien zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft kommt, dann müssen in diesen komplexen Prozeß von Wechselwirkungen die Mediennutzer einbezogen werden. Mit dem Konzept der „Schweigespirale“ wird in dem folgenden Beitrag ein theoretisches Erklärungsmodell für bestimmte Aspekte dieses Prozesses angesprochen. Nach diesem Konzept äußern sich Vertreter von Minderheitsmeinungen aus Furcht vor sozialer Isolation mit geringerer Wahrscheinlichkeit öffentlich. Der Einfluß der öffentlichen Meinung wird jedoch durch andere Faktoren abgeschwächt oder verstärkt, z. B. durch persönliche Interessen, persönliche Betroffenheit, durch Gruppenzusammenhalt.

Die Wahrnehmung und der Einfluß von „Meinungsklimata“ ist nicht nur ein Thema für Kommunikationswissenschaftler. Wie wir selbst „Meinungsklima“ wahrnehmen, in unseren Verhaltensweisen und Einstellungen von ihm beeinflusst werden,

aber auch selbst am Meinungsklima mitarbeiten, hier könnte ein Ansatzpunkt für die pädagogische Beschäftigung mit diesen Problemen liegen. Der Aufsatz und die begleitenden Materialien sollen Anstoß und Hilfe bieten, sich mit dieser Problematik im Unterricht auseinanderzusetzen.

Falls Sie die hier angesprochene Thematik oder ähnliche Themen in Ihrem Unterricht behandelt haben, sind wir an Ihren Erfahrungen interessiert.

Schicken Sie uns Notizen, Unterrichtsprotokolle, Unterrichtsergebnisse, Materialien oder auch einfach Hinweise, in welchem Aufsatz, in welcher Veröffentlichung Sie Hilfen und Anregungen zur Behandlung dieses Themas gefunden haben. Selbstverständlich werden wir uns mit Ihnen in Verbindung setzen, bevor wir mit Ihren Texten und Materialien weiterarbeiten oder sie an andere Lehrkräfte weitergeben.

Keine Angst vor der Ideologie des anderen haben

PH: Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Der Taxifahrer, der mich zu diesem Gespräch fuhr, erzählte mir von seinem Amerika-Urlaub und gab unter anderem auch seine Meinung über die Amerikaner, ihre Kultur, ihr Aussehen zum Besten. An diesem Volk, so meinte er, könne man sehr deutlich sehen, wohin es führt, wenn sich die Rassen zu sehr mischen. Meine Gegenargumente wurden von ihm überhaupt nicht akzeptiert. Ein Gespräch schien mir mit diesem unmöglich.

Bauriedl: Mit Argumenten alleine erreicht man sicherlich wenig. Wenn man Gegenargumente ins Feld führt, wird die Angst nur noch größer und die Fronten verhärten sich. Doch wenn Sie auf die These von der Vermischung der Rassen mit einer persönlichen Frage reagiert hätten: „Das mögen Sie nicht, wenn sich die Rassen vermischen?“, dann hätte der Taxifahrer darauf antworten können: „Ja, das mag ich gar nicht, weil...“ Es geht also darum, die Angst des anderen, die in solchen Aussprüchen zum Ausdruck kommt, aufzunehmen und selbst keine Angst vor der anderen Ideologie zu haben. Wenn man sich im Gegenteil für die andere Ideologie interessiert und für die sie tragenden Gefühle, dann – so zeigt die Erfahrung – kommen Gespräche in Gang.

Die meisten Menschen reagieren auf Menschen mit einer anderen Ideologie mit Schweigen oder wollen den anderen argumentativ davon überzeugen, daß er unrecht hat. Nur selten wird dem anderen ein Raum angeboten, in dem er sagen kann, wie es ihm geht und wieso er dieser oder jener Ansicht ist. Viele glauben, daß das allein nichts bewirkt. Aber wenn man davon ausgeht, daß Gewalt ein Ausdruck von Unsicherheit ist, dann muß man lernen, mit der Unsicherheit umzugehen und nicht mit einer Gegenideologie zu reagieren.

Natürlich können Sie in einer einzigen Taxifahrt niemanden zum Umdenken bewegen, doch allein dadurch, daß der Taxifahrer seine Gefühle zeigen konnte, lockert sich die Ideologie ein kleines Stück auf. Gespräch und Kontakt sind die einzigen Alternativen zur Gewalt.

Bauriedl, Verstehen – und trotzdem nicht einverstanden sein, in: Psychologie Heute, Februar 1993, S. 35

Klaus Schönbach*

Ist BILD schuld an Mölln?

Öffentliche Meinung, Gewaltbereitschaft und Massenmedien

I.
Die Massenmedien sind nicht schuld an Rostock und Mölln – oder kennen Sie eine Zeitung, eine Zeitschrift, eine Radiosendung oder ein Fernsehprogramm, das zum Abbrennen von Asylantenheimen aufgefordert hätte, zum Ermorden von Türken oder zum Zusammenschlagen von Schwarzafrikanern? Im Gegenteil: Selbst die BILD-Zeitung verfaßte Schlagzeilen wie diese (Abb. 1):



Aber im Ernst: Natürlich sind Presse, Radio und Fernsehen nicht unbeteiligt an dem, was wir im vergangenen Jahr erlebt haben. Sie könnten z. B. dazu beigetragen haben, die Gemüter zu beruhigen. Wäre ohne ihre besonnene Berichterstattung alles noch viel schlimmer gekommen? Immerhin findet der Programmdirektor des Deutschen Fernsehens, Günter Struve, daß das Fernsehen Ausschreitungen zwar nicht habe verhindern können und dies auch in Zukunft nicht schaffen werde – aber eine Ausweitung von Fremdenhaß sei allemal vermieden worden.

Es gibt allerdings gute Gründe dafür anzunehmen, daß es zumindest manchmal ganz anders war. Bestimmte Sendungen des Fernsehens, einzelne Zeitschriften und Tageszeitungen waren durchaus mitverantwortlich für Rostock und Mölln – natürlich nicht, weil sie explizit zur Gewalt aufgefor-

dert hätten, sondern auf indirekte Weise: nämlich indem sie unsere Vorstellungen von Ausländern in Deutschland allgemein beeinflußt haben, vom Asylproblem im besonderen und von seinen möglichen Lösungen. Plausibel ist doch folgendes:

Erstens haben wir durch Medien erfahren, daß Ausländer in Deutschland überhaupt ein drängendes Problem seien.

Zweitens haben wir durch Medien erfahren, daß es nicht ungewöhnlich sei, offen gegen Ausländer in Deutschland zu sein und drakonische Maßnahmen gegen sie zu fordern.

Drittens haben wir durch Medien erfahren, daß Gewalt – auch und gerade die gegen Ausländer – normal, ja vielleicht sogar irgendwie verständlich sei.

Bewußt habe ich nicht formuliert: „Medien haben uns eingeredet ...“, sondern „durch Medien haben wir erfahren“, denn, sicherlich: Der Überbringer schlechter Nachrichten muß nicht zugleich auch schuld am Zustandekommen dieser Nachrichten sein. Presse, Radio und Fernsehen stehen ja nicht außerhalb der Gesellschaft. Medien erfinden in der Regel nichts: Meistens berichten sie über tatsächliche Ereignisse, vermitteln uns Meinungen und Stimmungen, die es wirklich gibt. Ein Publikum, das dann auf solche Informationen reagiert, verspürt – so möchte ich das definieren – medienvermittelte Wirkungen. Die Ursache dieser Effekte ist aber nicht die Medienberichterstattung, sondern die Realität, die in ihr lediglich abgebildet wird.

Dennoch wäre es sicher blauäugig zu glauben, daß Medien nur Vermittler sind, nur Transmissionsriemen der Realität „draußen“. Weil es Spielräume gibt bei der

* Bibliographische Angaben

Zum Text: Es handelt sich um ein am 22. Januar 1993 in Marl gehaltenes Referat bei einer Tagung des Adolf-Grimme-Instituts mit dem Thema „Rechtsradikalismus und Medienrealität: Fernsehberichterstattung zwischen Aufklärung und Anstiftung“.

Zum Autor: Dr. Klaus Schönbach, Professor am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik und Theater Hannover, Hohenzollernstraße 47, 30161 Hannover, Tel.: (05 11) 31 00 – 2 80

Auswahl, der Aufmachung und der Einordnung von Wirklichkeit, wenden Journalisten professionelle Regeln für diese oft schwierigen Aufgaben an. Diese Regeln – so wissen wir aus vielen Untersuchungen – begünstigen schon von vornherein z. B. negative Ereignisse, prominente Akteure, ethnozentrisches Denken.

Aber natürlich gibt es neben diesen Regeln auch das Ziel, Auflagen oder Einschaltquoten zu steigern, und schließlich noch die Versuchung, wenn nicht Geschichte zu machen, so sie doch ein bißchen zu lenken. Diesen Versuchungen nachzugeben, heißt nicht gleich, Ereignisse zu erfinden oder sie falsch darzustellen. Es genügt meistens, zu übertreiben und bestimmte Zusammenhänge herzustellen, andere nicht; spezifische Lösungen zu schildern und zu unterstützen, andere nicht. Denjenigen Anteil von Einflüssen auf das Publikum, der durch dieses aktive Zutun der Medien zustande kommt, nenne ich *medienintendierte Wirkungen*. Medienvermittelte und medienintendierte Wirkungen sind oft sehr schwer auseinanderzuhalten – deshalb Vorsicht mit allzu schnellen Schuldzuweisungen.

II.

Eingangs habe ich gesagt: Durch Medien haben wir erfahren, daß Ausländer in Deutschland ein drängendes Problem seien. Wie geht das vor sich? Ein Problem sehen wir, wenn wir eine prinzipielle Kluft zwischen Norm („wie sollte es sein?“) und Wirklichkeit („wie ist es?“) vermuten. In großen Gesellschaften sind Massenmedien ganz notwendig an der Definition und Durchsetzung solcher Probleme in der öffentlichen Meinung beteiligt. Der entsprechende „*Problematierungsprozeß*“ hat fünf Stufen. Auf allen dieser Stufen sind wir mehr oder minder auf die Vermittlung durch Medien angewiesen, oft aber auch ihrer Interpretation ausgeliefert (Abb. 2):



(1) „*Problembewußtsein*“ der öffentlichen Meinung beginnt in der Regel mit einzelnen Ereignissen, die Abweichungen von einer Norm signalisieren. Schon hier setzen die Einflußmöglichkeiten der Massenmedien ein: Sie machen Ereignisse, die die Existenz von Problemen anzeigen können, oft erst **bekannt** und lenken die öffentliche Aufmerksamkeit darauf: zum Beispiel durch Häufung einer bestimmten Meldung, durch dramatische Aufmachung, durch Wortwahl, Bildauswahl usw.

(2) Im zweiten Schritt des Problematierungsprozesses werden diese Ereignisse dann typischerweise zu Problemen „verdichtet“. Mehrere aufeinanderfolgende Tankerunglücke z. B. werden dabei zum Problem des „weltweiten Öltransports“ „transzendiert“; mehrere Umweltunfälle zum Problem etwa des „Gewässerschutzes“; mehrere Gewalttaten gegen Kinder zum Problem des „Mißbrauchs von Kindern“. Wiederum können es die Massenmedien sein, die diese Einordnung leisten, Ereignisse „entindividualisieren“ und „verstetigen“. Dabei verlieren diese Ereignisse den Charakter des bedauerlich Zufälligen oder Unabwendbaren, werden gleichsam prinzipiell, und – ganz wichtig – sie verlangen nach Aktion.

(3) Als nächstes und drittes kann die Berichterstattung der Massenmedien den eingeführten Problemen **Bedeutung** verleihen, „*Problemdruck*“ erzeugen. Zum einen hängt dieser Problemdruck von der **Intensität** ab, mit der jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft persönlich betroffen ist. Dieses Ausmaß rangiert von „lästig“ bis „lebensbedrohlich“. Dafür spielt z. B. die **Dynamik** des Problems (Wie aktuell ist es? Verschärft es sich schnell?) eine wichtige Rolle.

Zweitens gilt: Je mehr Personen betroffen sind, je größer die „*Reichweite*“ der Betroffenheit ist, umso stärker der Problemdruck. Neben der Zahl ist auch die **Zusammensetzung** der Betroffenen wichtig. Je stärker sie Mitleid erregen, umso wichtiger das Problem, umso dringlicher seine Lösung.

(4) Auf der vierten Stufe des Problematierungsprozesses geht es um **Lösungen**. Sie sind zu diskutieren, weil ein Problem gleichsam naturgemäß nach Aktion verlangt. Auch davon, ob ein Problem über-

haupt bzw. wie es lösbar ist, vermitteln uns Massenmedien Vorstellungen.

(5) Schließlich erfahren wir: Wenn das Problem lösbar erscheint, welche Aussichten haben welche Lösungen? Sind die entscheidenden Kräfte, ist der Wille dafür vorhanden? Wer blockiert eine Lösung?

Nichts ist übrigens so gefährlich wie ein Problem, das allen sehr bedrückend vorkommt und für das es offenbar ganz einfache Lösungen zu geben scheint – Lösungen jedoch, die genau so offensichtlich niemand in Angriff nimmt. Eine solche Situation kann man überspitzt „revolutorisch“ nennen. Sie enthält die Gefahr, daß sich die einfache Lösung an den Zuständigen vorbei gleichsam Bahn bricht.

III.

Wie die Medien konkret in die Problematik von „Asylanten in Deutschland“ eingegriffen haben könnten, möchte ich jetzt illustrieren. Ich drücke mich so vorsichtig aus, weil uns hier unangreifbare Beweise für Medieneinflüsse auf das Publikum fehlen. Wir wissen allerdings zweierlei:

- Das Thema „Asylbewerber, Ausländer“ hat im vergangenen Jahr nicht nur ein paar Gewalttäter beschäftigt. In Westdeutschland stand es durchgehend an der Spitze der Antworten auf die Frage, was „gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland“ sei. Jeden Monat waren es 1992 mindestens 42 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, ja, bis zu 77 Prozent, die diese Antwort gaben.



Abb. 3

- Zweitens kennen wir die Medienberichterstattung darüber. Sie konnte 1992 z. B. so aussehen wie in der BILD-Zeitung. Ich möchte Ihnen entsprechen-

de Beiträge einmal exemplarisch zeigen. Die BILD-Zeitung eignet sich aus drei Gründen besonders gut für dieses Exempel:

Dieses Blatt vereinfacht und bringt das, was andere Medien eher umständlich vermitteln, auf den Punkt – auf welchen auch immer.

Zum zweiten wird die BILD-Zeitung noch immer von sehr vielen Leuten zu Kenntnis genommen. Auch wenn man vorgibt, nur den Sportteil zu beachten, so bleiben einem knallige Schlagzeilen wie die in Abb. 4 doch wohl kaum verborgen.



Abb. 4

Drittens habe ich meine Meinung über die angebliche Wirkungslosigkeit der BILD-Zeitung in den vergangenen Jahren ändern müssen. Unter Medienwissenschaftlern weit verbreitet ist ja die These, die BILD-Zeitung werde im wesentlichen nur zur Unterhaltung gelesen und hinterlasse deshalb wenig Spuren im Publikum. Zwei Beispiele dafür, daß diese Auffassung falsch ist:

- Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1990 zeigt, wie dramatisch die politischen Wirkungen der BILD-Zeitung sein können. Regelmäßige Leser dieses Blattes entwickelten von Oktober bis Dezember 1990, gleichsam aus heiterem Himmel, die Vorstellung, die wirtschaft-

liche Lage in der ehemaligen DDR sei gar nicht mehr besorgniserregend. Zurückzuführen war dieser Optimismus nachweisbar auf eine kleine, aber auffällig präsentierte Serie, die ein zweites deutsches Wirtschaftswunder – diesmal im Osten – versprach.

- Außerdem kann ich belegen, daß die BILD-Zeitung im Februar 1987 kurzfristig das Thema AIDS als wichtigstes Problem der öffentlichen Meinung etablieren konnte: Damals war innerhalb eines Monats der Prozentsatz der erwachsenen Bevölkerung, der sich darüber Sorgen machte, von 2 auf 22 angestiegen. Dazu gab es keinen anderen konkreten Anlaß als eine konzentrierte Serie von angsteinflößenden Schlagzeilen der BILD-Zeitung.

Im vergangenen Jahr nun hämmerte uns die BILD-Zeitung immer wieder eine Reihe von Merksätzen zum sogenannten „Asylantenproblem“ ein. Welche?



Abb. 7



Abb. 8



Abb. 5



Abb. 9



Abb. 6



Abb. 10

Was hier zu sehen war, zeigt, wie die BILD-Zeitung auf dreifache Weise in den Problematisierungsprozeß einzugreifen versuchte. Sie präsentierte folgende Vorstellungen:

1. Es gibt zu viele Asylanten und es werden immer mehr. In diesem Problem ist also eine gefährliche Dynamik, die uns betroffen machen sollte.
2. Diese Asylanten sind eigentlich gar keine Flüchtlinge, die um ihr Leben fürchten müssen, sondern Schmarotzer, die uns zudem auch noch hereinlegen wollen. Sie verdienen also unser Mitleid nicht, im Gegenteil.
3. Außerdem sind Asylanten kriminell und gefährden unsere Sicherheit. Diesen Zustand gilt es schnell zu beenden.

Die meisten Beispiele zeigten außerdem, mit welchen Mitteln die BILD-Zeitung Reichweite und Intensität persönlicher Betroffenheit anspricht. Immer wieder nämlich wird betont, daß das Asylantenproblem jeden einzelnen von uns persönlich betreffe – vor allem aber die Schwachen dieser Gesellschaft – kinderreiche Familien, Rentner —, die unter dem Asylantenansturm besonders zu leiden hätten.

Genug über die BILD-Zeitung. Sie steht hier ohnehin nur pars pro toto. Wir wissen: Auch in anderen Medien war zu sehen, zu hören und zu lesen, es gebe zu viele Asylanten, von denen man zudem vermuten müsse, sie seien gar keine. Ich hätte auch bestimmte Zeitschriften anführen können. Ein besonders „gelungenes“ Beispiel dafür will ich Ihnen nicht vorenthalten (Praline, 3.12.1992; s. auch die SPIEGEL Titel auf S. 25/26):



Abb. 11

Natürlich hat sich die Mehrheit der Medien nicht so mit dem Asylantenproblem be-

schäftigt. Aber machen wir uns nichts vor: Oft wurden dort die Schlagzeilen der BILD-Zeitung nur etwas weniger reißerisch formuliert, ihre Inhalte vornehm irgendwelchen Hinterbänklern des Bundestages (aber nicht nur denen) in den Mund gelegt und dann zitiert – also statt „Staatsnotstand Asyl“, wie BILD eine seiner Schlagzeilen formuliert hat, „Bundeskanzler Kohl: Staatsnotstand Asyl“.

IV.

Der zweite Komplex von Medieneinflüssen auf unser Thema betrifft die Legitimität einzelner Lösungen dieses „Problems“, das nun zweifellos mit Hilfe der Medien auf der öffentlichen Tagesordnung ist. Wir wissen: „Ausländer raus“ ist in unserem Lande schon vor 1992 ein weitverbreiteter Lösungsvorschlag gewesen. Neu war im vergangenen Jahr jedoch, daß Leute gleichsam von den Stammtischen aufstanden und Ausländer nicht nur verbal, sondern handgreiflich loswerden wollten.

In einer solchen Situation kommt es nun durchaus darauf an, welchen Eindruck einerseits die Gewalttäter von der Billigung ihres Verhaltens haben dürfen, und andererseits, wie die sogenannte „schweigende“, hier besser: die „nicht gewalttätige“, Mehrheit sich ihrer Gewaltlosigkeit versichert.

Die meisten Menschen – so Elisabeth Noelle-Neumann in ihrer Metapher von der „Schweigespирale“ – suchen dabei sogar nach solchen Eindrücken: Sie wollen wissen, was man z.Zt. ungestraft sagen oder auch tun darf, was „modisch“ ist, was „angesagt“. Der Grund dafür sei ein tief verwurzeltes Bedürfnis, sich in der Öffentlichkeit nicht zu isolieren, nicht als hoffnungslos altmodisch zu gelten, als dumm oder sogar als gemeingefährlich. Wenn nun eine Minderheit von Gewaltbereiten den Eindruck bekommt, die Mehrheit trage insgeheim die gewalttätige Vertreibung von Ausländern mit, traue sich nur nicht, sie selbst in die Hand zu nehmen, wird sich die Schwelle zur Gewalt senken.

Solche Eindrücke werden in komplexen Gesellschaften nicht nur über persönliche Beobachtungen und Gespräche geprägt, sondern auch über die Massenmedien:

- Die klatschende Meute von Rostock hat sicher nicht nur Erschrecken und Abscheu ausgelöst, sondern für manchen Gewaltbereiten durchaus auch den sichtbaren Beweis dafür geliefert, vom gesunden Volksempfinden getragen zu sein.
- Auftritte von Schönhuber, Lummer und von Skinheads im Fernsehen wiederum suggerieren, nun könne öffentlich gesagt werden (sogar „im Fernsehen“), was sonst nur am Tresen schwadroniert wurde – zusätzlich versehen mit der Chance, ernstgenommen zu werden. Das ist für manche eine nicht zu unterschätzende Legitimierung für drastische Maßnahmen gegen Ausländer.

Natürlich bin ich mir im Klaren darüber, daß nur wenige Journalisten mit ihren Berichten über rechtsradikale Ausschreitungen und mit der Einladung von „schrecklichen Vereinfachern“ in Talkshows rechtes Gedankengut popularisieren wollen. In der Regel sind es gutgemeinte Versuche, Rechtsradikalismus als Stoff zum Gruseln vorzuführen oder der Lächerlichkeit preiszugeben. Nur, von der Wirkung solch gutgemeinter Fernsehsendungen wie z.B. „Ein Herz und eine Seele“ mit dem Ekel Alfred wissen wir: Ein beträchtlicher Teil des Publikums vergißt sehr schnell die Ironisierung, ja sogar die frontale Widerlegung von Vorurteilen. Was statt dessen hängen bleibt, ist, daß hier endlich mal einer im Fernsehen gesagt hat, was man immer schon dachte.

Zu befürchten ist, daß beide Kategorien von Bildern – offene Zustimmung zu Gewalt in Rostock und Hoyerswerda und Talk-Show-Gäste, die „Erklärungen“ dafür liefern – nicht nur ermutigende Effekte auf eine gewaltbereite Minderheit haben, sondern auch entmutigende auf die Mehrheit. Die Mehrheit kann zwar Ausländer als **Mitbürger oft ebenfalls nicht besonders leiden**, möchte aber ihre Antipathie eigentlich nicht mit Mord und Totschlag zum Ausdruck gebracht sehen. Nun sieht sie aber, daß Gewaltlosigkeit im Umgang mit Ausländern weder die Regel ist, noch, daß sich alle wenigstens dafür einsetzen. Hier kann – so Elisabeth Noelle-Neumann – ein verhängnisvoller Spiralprozeß einsetzen. Ich zitiere:

- Eine gegenwärtige Mehrheit, die nicht weitgehend geschlossen erwartet, ihre

Mehrheit auch in Zukunft zu behaupten, wird sich vermindern.

- Eine gegenwärtige Mehrheit, die für eine Minderheit gehalten wird, wird sich in der Zukunft vermindern; eine gegenwärtige Minderheit, die für eine Mehrheit gehalten wird, wird sich verstärken.
- Wenn sich Meinungsfraktionen deutlich in ihrer Bereitschaft, sich zu exponieren, unterscheiden, hat diejenige Fraktion, die stärkere Bereitschaft zeigt, die Vermutung der Zukunft für sich.



Abb. 12

Bis zu den Lichterketten kurz vor Weihnachten 1992 hatten Gewalttäter durchaus „die Vermutung der Zukunft für sich“.

Als Folge solcher Wahrnehmungen – vermutet Noelle-Neumann sehr plausibel – sind fatale Veränderungen auch im **Verhalten** der Mehrheit zu erwarten: Es fällt z. B. schwerer, mutig zu sein in den kleinen, alltäglichen Gewaltsituationen – in der U-Bahn, wenn ein Ausländer angerempelt und beschimpft wird; im Supermarkt, wenn die Türkin in der Schlange vor der Kasse abgedrängt wird; in der Kneipe, wenn ein Ausländer nicht oder nur widerwillig bedient wird. Schwierig wird es, wenn ich mir hier die Frage vorlegen muß: Bin ich da vielleicht der einzige und damit der Dumme, weil alle anderen wegsehen und nicht behelligt werden wollen?

V.

Eine übertriebene Problematisierung, verbunden mit dem Eindruck zunehmender Hoffähigkeit gewaltsamer Lösungen sind bereits eine brisante Mischung, zu der nach meiner Auffassung zumindest einzelne Medien beigetragen haben. Zusätzlich und drittens müssen wir das fürchten, was an genereller Bereitschaft, Gewalt zumindest hinzunehmen, bereits in unserer Gesellschaft vorhanden ist. Auch darauf haben die Medien – und hier vor allem das

Fernsehen – Einflußmöglichkeiten. Die Ergebnisse von etwa fünf- bis sechstausend Untersuchungen über die Wirkung von Gewaltdarstellungen in den Medien lassen sich in fünf Begriffe bündeln:

- Stimulation : „aufstacheln“
- Katharsis : „abbauen“
- Inhibition : „abwürgen“
- „emotional arousal“ : „anregen“
- Habitualisierung : „abstumpfen“

- Keine Gewaltdarstellungen mehr?
- Rechtsradikales und rassistisches Gedankengut ausblenden?
- Über Asylanten nicht mehr berichten, außer wenn sie einen deutschen Schäferhund vorm Feuertod gerettet haben?

Schön wäre natürlich, es gäbe gar keine Anlässe für Berichte über ein Asylantenproblem, über die Allgegenwart von Diskriminierung und über Gewalttaten. Lassen Sie uns nicht vergessen, daß Medienberichterstattung in unserem Land nur selten lügt. Aber leider boten sich Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen im vergangenen Jahr genügend Anlässe, die sich übertreiben und in bestimmter Weise interpretieren ließen. Die Aufforderung, jetzt doch bitte alle Ausländer sympathisch darzustellen, wäre, wenn man sie ernsthaft durchsetzen wollte, allerdings genauso Zensur wie das Totschweigen rechter Ideen.

Statt dessen ist immer wieder eine unbequeme und heikle Güterabwägung von den Medien einzufordern – eine Güterabwägung zwischen Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit einerseits (die Welt darf nicht beschönigt werden) und der Verantwortung für das Publikum andererseits – ein Publikum, dem nur die Schlagzeilen auffallen mögen, dem komplizierte Hintergründe nicht vertraut sind.

Rezepte für diese Balance gibt es nicht. Sie wird zusätzlich erschwert dadurch, daß Medien sich hier selbst im Wege stehen: Gewalt, Unglück, Schaden oder düster drohende Gefahren, gegen die keiner etwas unternimmt, obwohl Lösungen doch so offensichtlich, die Schuldigen ausgemacht sind – das ist der Stoff, aus dem spannende Berichte sind.

Also ganz bescheiden eine Bitte, eine Bitte um mehr Skrupel: Weniger Übertreibung, mehr Augenmaß beim Erzeugen von Eindrücken über die Größe des Asylantenproblems. Vorsicht vor der Legitimierung rechter Ideen. Die tatsächliche Notwendigkeit von Gewaltdarstellungen prüfen. Und schließlich auch etwas häufiger der Versuchung widerstehen, die Dinge allzu schnell auf den Punkt zu bringen.

Das hilft

Deutsches Mietrecht Rentner muß raus für Asylanten

Aids unbesiegt

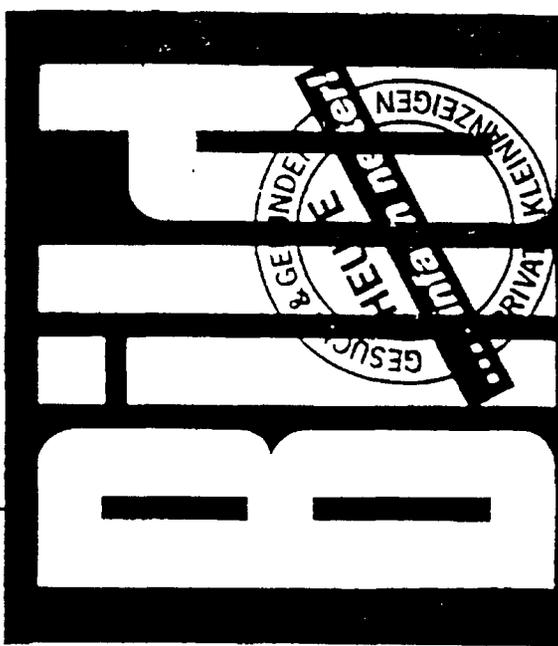
NACHRICHTEN

Abb. 13

Nur die letzte dieser Thesen ist wirklich gut bewiesen. Abstumpfung jedoch bedeutet, daß die Aufregung über Gewalt abnimmt, sie für normal gehalten wird – also auch die brennenden Asylantenheime von Hoyerswerda und Rostock. Wenn es sich wie hier zusätzlich um die zwar bedauerliche, aber doch verständliche Lösung eines drängenden Problems zu handeln scheint (die besagte „revolutionäre“ Situation), wird das Achselzucken womöglich noch heftiger.

VI. In diesem Referat wollte ich die dreifache Möglichkeit von Presse, Radio und Fernsehen analysieren, in den Prozeß öffentlicher Problematisierung und seiner Lösungen einzugreifen. Abschließend nur ein paar Gedanken zur Frage: Was tun?

Mittwoch, 25. November 1992
Nr. 275/48 C5557 A 60 Pf



UNABHÄNGIG · ÜBERPATEILICH

HANNOVER

☎ Leser-Telefon 05 11/5 10 61 47 ☎



Eurocup



**Lautern
0:2 - Mist**

1:0 nach 30 Sekunden durch Davids, das 2:0 in der 83. Minute durch Jonk - Ajax Amsterdam führte im UEFA-Cup-Achtelfinale



Eurocup



**Dortmund
3:1 - Klasse**

45 Minuten Zaubertfußball, daß unser Weltmeister Andy Brehme und seinen Kollegen schwindlig wurde. Am Ende ein 3:1

gegen Real Saragossa im UEFA-Cup. Dortmund ist mit einem Bein im Viertelfinale. Vor allem dank Chappi - SPORT

Die Schande von Mölln

**Dieser Irrsinn macht
unser Land kaputt**

Der Tag nach Mölln: Noch keine Spur der Angreifer. Aber auch: Spontan-Demos gegen/Real Saragossa Spendenaktionen, die Fahndung, wie irre unser Mörder von Aya Yilmaz (14), Yeliz Aslan gen Fremdenhaß mit tausenden Teilnehmern (Klei/Ratzeburg). Scariands Innenminister Lämpke (SPD) Deutschlandkaputt machen können - lesen weiter: Auch gestern Brandanschläge und in der Halbzeitpause Borussia Dortmund kündigte ein Verbot rechtsextremer Gruppen - Sie auf Seite 2.

es-
bi-
zgl-
Z:
nt-
ho-

schätzt 2 Mio. Märk/
Band) Angeln in Ferien-
sitz Konnebunkport, be-
hält Wohnsitz in Houston
(US-Bundesstaat Texas);
keine Einkommensteuer.



maistat Arkansas (gewählt
bis 1995). Zweiter Ver-
such in 4 oder 8 Jahren.
(Nixon verlor 1960 gegen
Kennedy, 1968
Wahltriumph).

ministe-
rie
eine
aus
nach
den
kass
best
Ziel
Bär
das
auch die Jungs aus der
Taut

94)
dar
en

Petra Kelly: Rätsel um offene Terrassentür

Anzeige

Schon gehört? Viele glauben
nach immer, gegen Mordanschlag sei kein Kraut
gewachsen. Bei vermeidbarem, nicht krank-
haft verursachtem Mordanschlag hat **Phytos
Bioactiv-Spray** (Apotheker) schon
vielen geholfen. Informationen bei Phytos GmbH,
41011, Hanover 76, Weststrasse 36 010, 7817 41-49

Bonn - Würden Petra Kelly und Geri
Bastian doch umgebracht? Bonner Fraun-
de, darunter Ex-Grünen-Sprecher Beck-
mann und Bärbel Bohley, sammeln Indi-
zien für die Mordtheorie, so der „Spie-
gel“. Indiz 1: Die Terrassentür war offen.
Indiz 2: Bastian habe einen Brief mitten im
Wort unterbrochen. Indiz 3: Petra Kelly
waren bei einem Straßenraub Schlüssel
gestohlen worden.

Präsidentenkrach in der Union

Krach zwischen CDU und CSU wegen
der Nachfolge Richard von Weizsä-
ckers. CSU-Chef Waigel ist gegen
Kohls ausdrücklichen Wunsch, einen
Politiker aus dem Osten zum Bundes-
präsidenten zu machen. Waigel:
„Auch ein CSU-Politiker kommt in Fra-
ge. Es gibt keinen Blankoscheck und
kein Herkunftsmonopol für Kandida-
ten aus den neuen Ländern.“

Türken töten tausend Kurden

Massive Angriffe der türkischen
Luftwaffe auf Kurden-Stellungen im
Nordirak: Mindestens 1000 Tote,
sagt ein Militärsprecher. Minister-
präsident Demirel: Angriffe gehen
weiter. Ein deutscher Elektriker wur-
de in der Türkei verhaftet. Vorwurf:
Er soll für die verbotene Kurdische
Arbeiterpartei (PKK) als Funker ge-
arbeitet haben.

em
ort:
der

es-
son
ner
ter-
rid.

ich
aal
us

glt-
st-
en
99

Staatsnotstand Asyl Wieder 48985 da!

Nur 4,3 Prozent werden anerkannt ● Engholm resigniert

S
n
rdl
17,1

48 985 - so viele Asylbewerber kamen
im Oktober nach Deutschland. Monats-
Rekord! Mit ihnen waren es dieses Jahr
368 536 (die meisten aus Bulgarien und
Rumänien). Anstieg um 81 %. Anerken-
nungsquote: 4,3 %.

Kanzler Helmut Kohl spricht von
„Staatsnotstand“, will den Asylstrom
auch ohne SPD beenden. Kohls Idee:

Wenn die SPD neue Asylgesetze nicht
mitträgt, handelt die Regierung allein.
Lehnt die SPD das ab, muß sie vor dem
Verfassungsgericht klagen.

Kohl will nur fordern, was SPD-Partei-
chef Björn Engholm ohnehin will: Kein
Asyl für Bewerber aus „Nichtverfolger-
Staaten“, kein Asyl für Bewerber, die
bewußt keine oder falsche Angaben

machen.
Scharfe Kritik am Kanzler von Ex-
NRW-Innenminister Burkhard Hirsch
(FDP) im heutigen „Spiegel“: „Das ist
Staatsstreik. Dann gibt es Neuwah-
len.“

Die SPD-Basis ist in der Asylfrage
gespalten. In Saarland und Branden-
burg stimmten Landespartei für

die Grundgesetzänderung, in Berlin
dagegen. Die Bezirke Hannover und
Braunschweig stimmten für einen Kom-
promiß (Seite 4). SPD-Chef Engholm
glaubt nicht, daß die Asylrechts-Ände-
rung in der von ihm vorgeschlagenen
Form noch durchsetzbar ist. Er hofft auf
einen „In der Sache tragfähigen Kom-
promiß“.

Schwarzer Bald ist Jell

Fortsetzung von Seite 7
BILD: Wollen Sie Jelzin
stürzen?

Alksnis: „Ja. Sein Sturz
ist die Voraussetzung für
die Gesundung unseres
Landes. Er ist nur noch
wenige Wochen im
Amt.“

BILD: Was wollen Sie?
Alksnis: „Zurück zur al-



ten Sowjetunion.“

BILD: Wer soll denn re-
gieren?

Alksnis: „Nach Jelzins
Sturz erst mal ein Kelle-
glatrat der Nationalen
Rettungsfront. Aber das
kann nur ein Übergang
war

Alkohol-Probleme?

*Tun Sie den
ersten Schritt!
Hilfe finden Sie
in einer Selbst-
hilfegruppe in
ihrer Nähe!*



Verfassungsrecht-
ler Professor Ru-
pert Scholz (55).

Was Kohl jetzt tun kann

Von Prof. RUPERTSCHOLZ
Wie bekommen wir das Asylpro-
blem in den Griff? Staatsrechtler
Scholz (CDU) über
mögliche Maßnahmen:
● Grenzen dicht. „Wenn der Staat
beim Asylantragsproblem total
überfordert ist, müssen wir in der
Tat die Grenzen dichtmachen.“

● Neues Gesetz. „Wenn die SPD im
Bundestag nicht mitzieht, müssen
wir das mit einem Asylsicherungs-
gesetz regeln. Im Klartext bedeutet
das: Asylantrags, die aus Staaten
kommen, in denen sie nicht politisch
verfolgt werden, können sofort zu-
rückgeschickt werden. Ebenso Asy-
lantanten, die ihre Pässe weggeworfen
haben und sich dann bei
uns durch Scheinverfah-
ren über Jahre hinweg ein
Blaiberecht erschlai-

das durch hundertausendfachen
Mißbrauch gefährdete Asylrecht
politisch Verfolgter nicht weiter
ausgehöhlt wird. Das Asylsiche-
rungsgesetz kann im Bundestag mit
einfacher Mehrheit beschlossen
werden. Ein solches Gesetz verletzt
nicht das verfassungsrechtliche
Asylrecht, sondern es sichert es zu-
gunsten der wirklich politischen Ver-
folgten.“
● Neue Asylbewerber 1995. „Ich
rechne mit einer Million. Das kann

Anzeige
Was tun bei juckenden Allergien?

Anzeige
Tussocedin Efeu-Kapseln:
Anzeige

Efeu-Kapseln lösen den Hustenreiz

Kratzen im Hals und
trockener Reizhusten
können zur chronischen
Bronchitis werden. Dagegen
helfen als Hustenlöser die
neuen Tussocedin-Kapseln
(Apotheker).
Tussocedin enthält Efeu-
Extrakt. Seine Naturstoffe
lösen den zähen Schleim in

Anzeige
Pro
Darüber :
Vermehrt
lern nach
ruhe, mo
Männer at
und vor
das Natu
natürliche
und Har

AL- ISSER



Die Leidtragende:
Steffi Graf



Rufen Sie bis zum 10.4.'92 an und sagen Sie, was Sie an KNORR FIX besonders schätzen: den Geschmack, die Vielfalt oder die fixe Zubereitung. Unter allen Anrufern wird ein VW POLO FOX verlost.

030-825082

Rechtlich ist dies eine Werbung

Der Schmutz erst richtig los?

wurden vom Frankfurter zu zwei (Nicole) bzw. Gefängnis verurteilt. war überzeugt, daß sie Vater Peter Graf um die

Summe von 800 000 Mark erpreßt haben. Auf genau diese Summe - 800 000 Mark - legte der Richter die Kautions für die Aussetzung der Haftstrafe Thusts fest. Als Thust das Urteil

hörte, schrie er: „Das ist ein Witz.“ Nicole Meissner ein Bündel Tränen, Bravo-Rufe im Publikum. Und dennoch: Wäre Thust freigesprochen worden - lachend wäre er abgezo-

gen. Aber jetzt - Rachedgedanken bei ihm. Geht jetzt der Schmutz erst richtig los? Warum das nicht auszuschießen ist, der dramatische Tag von Frankfurt: Seite 12.

! Bo en n ohnung- Jahren. sucht erdem e Woh- verste- können werden. Seite 3.

Bayern 5:0 beim VfL Bochum

Sören Lerby hüpfte vor Freude wie ein Känguruh. Bayern gewann (in dieser Höhe sensationell) 5:0 in Bochum - und der umstrittene Lerby darf vorerst bleiben. Christian Ziege (2 Tore) und der überragende Roland Wohlfarth (3 Tore) schossen Bochum vom Platz. Alles über den großen Bayern-Abend - Seite 19.

„Nix Suppe, Mark Mark!“

Asylanten entführten Amtmann

Von PETER S. KLETZMAYR

Der Bundestag diskutierte gestern das neue Asylgesetz. Inhalt: Asylanträge sind künftig in sechs Wochen zu entscheiden. Gleichzeitig wurde in Bayern ein beispiello-

ser Vorgang bekannt: 28 Asylbewerber nahmen zwei Frauen des Landratsamtes in Neubrunn (bei Würzburg) als Geiseln, entführten einen Amtmann. Die Asylbewerber verlangten Geld anstelle von

Essenspaketen, forderten „Nix Suppe - Mark, Mark“. Der Amtmann wurde erpreßt, aus dem Rathaus 2000 Mark zu holen, das Geld zu verteilen. Die ganze skandalöse Geschichte. Letzte Seite.



Vorstand Vosen über den Zustand seiner Partei

● SPD nicht länger Betriebsrat der Nation

Von ULRICH ROSENBAUM
Immer heftiger wird die Kritik von SPD-Bundestagsabgeordneten an der Parteiführung. Jetzt wird ein Zweit-Punkte-Papier von SPD-Vor-

standsmittglied Josef Vosen diskutiert. Der Abgeordnete gleichzeitig Bürgermeister der Stadt Duren. Die SPD darf nicht anger den Betriebsrat der Nation spielen Seite 2

Goldregen 5000 Mark Familie Berndt hat gut lachen

Goldregen - ein sich aufteilen.“ Geldregen für die ganze Familie! 5000 Mark für Hertha Berndt (76) aus Bertle. Und die glückliche Gewinnerin dankt rührt an ihre Kleider und Entlo: „Sie sollen die Gewinner unter-

Aber einen kleinen Wunsch erfüllt sich die Rentnerin doch. Was sie sich kauft und die anderen Gewinner, Seite 11. RATSEL (7. Spiel): Beim richtigen Buchstaben für Knittel

...der die Anzeigen von Carl-Christian Wilkening (18). Das | wichtiger Beweis Bericht Seite 3

1 Berti, jetzt hilft nur noch beten!

GIBT'S
100 x
50 DM

heute an die Union Deutsche Lebensmittelwerke, Livio Feinkost, 2000 Hamburg 777, um unter den Ersten zu sein. Das Los entscheidet. Alle Einsendungen nehmen an der Hauptverlosung von DM 10 000.- teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

...er faganst
...EM Spul in
...gegen
...neun Tage
...asten - auch
...lte Bundes-
...Vogts in der
...ingen Denn
...1 in Bremen
...ste ausgen
...h... noch
...Mit Kom
...d... einmal
...m... Aus-
...sitz (39), als
...den mit ser-
...furnette in
...er-Chefrolle
...eifige Offen-
...angstlichen
...r aus. Trotz
...s eine leichte
...gegenüber
...sporantätz-
...er sind
...für umman-
...tutor EM-
...13

„Deutsches Essen schlecht“

Asylanten im Hungerstreik

ahner
ntaine
ielmaler (SPD)
was legal
och lange
legitim
...Absahner Oskar
...PD) Feuer von sel-
...runden Schatz-
...der den... f...et

Von B. STREHLAU und J. GRULER
Die immer wieder verschobene Lösung der Asylantenfrage führt zu immer mehr untröstlichen Begleitumständen. Deutsche werden verblüfft. Asyl-

anten drehen durch. So mußten im Asylantenheim Waldheide in Hellbronn jetzt 276 Portionen Rinderbraten mit Salzkartoffeln in den Müll geworfen werden. Den Asylanten schmeckte der

Braten nicht. Einer sagte: „Deutsches Essen schlecht - wir lieber Geld.“ Seit Montag sind sie deswegen im Hungerstreik. In Berlin zerschlugen fünf Asylbewerber aus Ghana in ihrer Unter-

kunft die Möbel und warfen sie aus dem Fenster. Grund: Die Auszahlung ihrer Sozialhilfe wird schärfer kontrolliert, damit Betrug verhindert wird. Die Einzelheiten - Seite 10



Jäger 90 weg!
Zu teuer für die Deutschen
CDU und FDP sind sich endgültig einig: Der Jäger 90 kommt nicht, zu

Steck' dir eine!
Neuer Trend beim Rauchen - und ist viel billiger
Immer mehr Deutsche rauchen Steckzigaretten. Sie sind im Handel mit elf Pfennig viel billiger als...
...Pfennig pro Stück kosten

spannt, überall Barrikaden, Schüsse Mindestens elf Tote. Die Republik Montenegro hat sich für Jugoslawien entschieden (rund 75 Prozent der Stimmen).

Winter adel

Schleswig - Der Winter ist „ge-gessen“, wir haben bereits April-verhältnisse. Das Pflanz-wachstum hat einen Vorsprung von vier Wochen.

Mitterrand soll abtreten
Paris - Frankreichs Staatspräsi-

der Rußlands Präsident Jelzin an, schrittweise einen neuen Staat für Rußlanddeutsche an der Wolga einzurichten. Erste Etappe: Zwei „deutsche Nationalkreise“ um die Städte Saratow und Wolgograd (früher Stalingrad).

Nach Unfall: Billig-Tarif

Frankfurt - Wernach einem Auto-unfall Anspruch auf einen Leih-wagen hat, muß den günstigsten Miettarif wählen, entschied das Oberlandesgericht Frankfurt (Az.: 16 U 238/90).

Frankfurt - Börse: gestiegen. Ren-ten: leichter. Dollar 1,6553 (1,6378). Der Kilobarren Gold fiel auf 18 520 (18 600).

TV-Tip

„1111 Lottosee“, neue Serie von Michael Verhoeven, 20.50 Uhr, ZDF.

Heute ist Dienstag

„Er schwenkt bereits die weiße Fahne der Kapitulation.“
US-Präsident Bush über seinen republikanischen Herausforderer Patrick Buchanan

Interview mit Herta Däubler-Gmelin, stellvertretende SPD-Vorsitzende

Von ULRICH ROSENBAUM

BILD: Gibt die SPD beim Asylrecht nach? Däubler-Gmelin: Bei Menschenrechten gibt die SPD nicht nach. Mit der Fluchtbewegung aus dem Osten jetzt nach Öffnung des eisernen Vorhangs werden wir jedoch nur gemeinsam mit unseren Nachbarn in Ost und West fertig. Gesamteuropäisch. Da muß die Regierung endlich ran. Auch die Kasernen müssen endlich freigegeben werden, unentgeltlich. Damit die Gemeinden entlastet werden. Weiter Seite 7.

Einer kam als Jürgen Klinsmann Asyl-Betrüger und ihre miesen Tricks

Fast 400 000 Asylbe-werber werden dieses Jahr erwartet. So viele Einwohner hat Bochum. Fast 19 von 20 Bewerber werden abge-lehnt. Dies ist der Hin-

Anzeige

Die Vitamin-Kapsel gegen den Gelenkverschleiß

Erfolgreiche Sportler setzen schon lange auf hochdosiertes Vitamin E. Auch für viele Patienten sind die roten Eusovit 300-Kapseln eine tägliche Hilfe. Denn Eusovit 300 fordert die Durchblutung, senkt die Blutfette. Aber wußten Sie schon, daß Eusovit 300 (Apothek) besonders wichtig für Bandscheiben und Gelenke ist? Heute steht fest:



● Eusovit 300 hilft gegen Rückenschmerzen, weil es die Bandscheiben schützt, die als elastische Stoßdämpfer die Wirbel-

● Eusovit 300 lindert den schmerzhaften Gelenkverschleiß (Arthrosen), weil es schädliche Stoffwechsel-gifte ausschaltet.

tergrund dafür, daß immer mehr Asylbewerber Asylbetrüger werden. München z. B. wird derzeit von Nigerianern (11 000) überschwemmt. Miese Tricks: Fast alle haben ihre Pässe weggeworfen, immer öfter werden die Behörden mit falschen Namen ver-

höhnt. Oberbürgermeister Kronawitter (SPD): „Einer hat sich Flavour (ecuba) genannt, was soviel heißt wie Eiswürfel mit Geschmack.“ Ein anderer sagte: „Ich Jürgen Klinsmann.“ Weiter Seite 2.

Mielkes Anwalt auf der Flucht



Der frühere Anwalt von Stasi-Chef Erich Mielke ist auf der Flucht. Die Berliner Staatsanwaltschaft sucht den ehemaligen SED-Richter Jürgen Wetzen-

stein-Ollenschläger, der erst vor einer Woche sein Mandat niedergelegt hatte, per Haftbefehl. Grund: Beihilfe zur Veruntreuung von 17 Millionen Mark

aus dem Schaick-Firmenkomplex. Vermutlich hat er sich nach Südamerika abgesetzt. Was ihm sonst noch alles vorgeworfen wird - Seite 7.





geworden, die sie ist: ein Juwel am englischen Königshof.
 ● Diana Leal, ihre wunderbare Vater-Beziehung - letzte Seite.

ten

16,4 Mio. - Lotto-Rekord
 München - Eine Tippgemeinschaft aus Bayern knackte den Lottoticketpot. 16,4 Millionen Mark - Rekord.

Neues Angebot
 Düsseldorf - Nach über sechs Wochen Streik bieten die Bankarbeitgeber neue Tarifgespräche an. Die Gewerkschaften verlangen für die 430 000 Beschäftigten 6,5 % mehr. Arbeitgeber: 5 %.

Chip statt Krankenschein
 Köln - Ab Oktober wird der herkömmliche Krankenschein von einer Schackkarte abgelöst. Sie enthält nur Personen-, keine Krankendaten.

Spargel billiger
 Bonn - Der Preis für ein Kilo Importspargel ist auf bis zu 10 Mark gesunken.

Gewinn-Quoten
 Rang 1: 16 415 049, Rang 2: 2 926 765, Rang 3: 243 897, Rang 4: 12 582, Rang 5: 188, Rang 6: 106, Rang 7: 11,30 DM (ohne Gewähr).

Gold, Dollar, Börse
 Frankfurt - Börse: widerstandsfähig. Renten: stagnierend. Dollar: 1,6460 (1,4566). Der Kilobarren Gold stieg auf 18 200 (18 160).

TV-Tip
 „Oscar Countdown“, Höhepunkte der „Oscar“-Verleihung von gestern nacht, 20.15 Uhr, TELE 5.
 „Pleiten, Pech und Pannen“, 21.05 Uhr, ARD.

Heute ist Dienstag
 „Wenn es den Politikern die Sprache verschlägt, halten sie eine Rede.“
 WDR-Intendant Friedrich Nowotny (62)

„Asyl, Asyl!“ Jetzt kommen sie als Touristen

Die Asylfrage wird immer dramatischer. Neueste Nachrichten: ● Im Lager Zirndorf bei Nürnberg kamen 100 Roma aus der CSFR an. Sie passierten die Grenze als „Touristen“, ließen sich von Bussen (von Schieppern gechartert) zum Lager fahren, riefen dort: „Asyl, Asyl!“

Zwar gibt es in der CSFR keine Verfolgung, aber das Asylverfahren muß beginnen. ● Von der Ferieninsel Reichenau im Bodensee meldet Bürgermeister Eduard Reisbeck (62): „In Bradlen wohnen 25 Deutsche. Jetzt kommen 36 Asylbewerber dazu.“ ● In Schleswig-

Holstein wurden 1991 genau 3474 falsche Asylanten ausgewiesen. 1547 reisten in andere Bundesländer, forderten dort „Asyl“. Scheinasylant (32) aus Togo kassierte in Hamburg und Schleswig-Holstein gleichzeitig Sozialhilfe - 4000 Mark zuviel. Acht Monate Gefängnis.

● Lesen Sie mehr zum Thema Asyl - Daten und Fakten - in der neuen großen BILD-Serie DIAGNOSE DEUTSCHLAND. Die Analyse von Dr. Herbert Kremp. Seite 7.

GOLDREGEN: 5000 Mark Neue Gardinen fürs neue Haus

Eleonore Deger aus Wangen im Allgäu hat ein schönes Hobby: die Seidenmalerei. „Aber diese Überraschung hätte ich mir nicht aussagen können“, sagt die Mutter von drei Kindern. „5000 Mark

im Goldregen gewonnen!“ Ihr Sohn Edgar bezieht Ostern sein eigenes Haus - und bekommt von der Mutter die Gardinen geschenkt.
 * Frau Degers weitere Pläne, Seite 6.

Blitzspiele
 121
 129
 154

8. Spiel, 20. Tag:
 Lösen Sie das Rätsel. Beim richtigen Buchstaben finden Sie die Glückszahlen. Kreuzen Sie nur diese im 8. Spiel auf Ihrer Karte an.

Glückszahlen
 131
 280
 343

Goldene Zahlen:
 65782206
 46078459
 23942460

A	G	A
L	O	X
T	N	T

Goldene Zahlen:
 51320472
 95847151
 84547415

Amtmann Müller: Was mir Asylbewerber so erzählen Ich Asyl, ich Johnnie Walker

Von SVEN GOSMANN
Asylantlager Zindorf/Nürnberg. 200 Asylbewerber kommen hier jeden Tag an irgendeine Tür. Klopfen. Der Mann hinterm Schreibtisch guckt nicht hoch: „Draußen warten, bis du aufgerufen wirst!“

Ich sage: „Ich bin kein Asylbewerber, ich will mit Ihnen reden.“ Ich frage ihn: „Sie haben wohl viel zu tun?“ Gerhard Müller (42, Name von der Red. geän-

dert). Asyl-Entscheider, lacht verbittert. „Wir werden hier doch verarscht. Ich habe 4700 Mark brutto und dafür muß ich mich jeden Tag belügen und anspödeln.“

Typischer Montag für Gerhard Müller: Um 7 Uhr ein Asylbewerber aus Ghana: „Ich brauche Asyl. Ich bin verfolgt.“ Sein Name? „Muhammed Ali.“ Paß? „Verloren.“ Müller schreibt ein Proto-

8 Uhr: Der nächste Asylbewerber. Wieder aus Ghana. Er sagt: „Ich bin verfolgt. Ich brauche Asyl.“ Name? „Muhammed Ali.“ Paß? „Verloren.“ Und noch ein Protokoll.

Dann ein Nigerianer. Name: „Johnnie Walker.“ Asyl-Grund? „Leute im Dorf wackeln gegen mich.“ Warum? Achselzucken. Paß? „Verloren.“

Ein Bulgare, Mitte 40. Name: „Todor Schiwkew.“ So heißt Bulgariens kommu-

nistischer Ex-Staatschef? „Ich Schiwkew.“ Aber der ist 80! „Ich auch Schiwkew.“ Paß? „Weggenommen.“

Müller: „Die haben sich abgesprochen, erzählen mir irgendwelche Geschichten. Und die Politiker lassen uns hier doch völlig allein.“

45 Minuten braucht Amtmann Müller für eine Asyl-Anhörung per Dolmetscher: 7, 8 Anhörungen pro Tag. Dauer Asylverfahren zur Zeit: 15 Monate.

Angst? „Ja. Manche Kollegen wurden schon bedroht, einer angegriffen. Mich haben sie beschimpft: Nazi, Mörder oder so. Ich habe jetzt eine Keisgar-Flasche in der Schublad. Zur Sicherheit...“

PS: In Zindorf liegen 496 000 un bearbeitete Asyl-Anträge aus der ganzen Bundesrepublik. Rund 1100 neue kommen jeden Tag dazu.

NACHRICHTEN

Zehntausende demonstrieren am Tag der Deutschen Einheit gegen Ausländerhaß. Große Demos: Frankfurt und Nürnberg, Sachsenhausen

Hingerichtet wurden im Irak ein prominenter General und 30 Offiziere berichten Diplomaten. Die Militärs wollten angeblich eine Oppositionsbewegung organisieren

Erschossen wurde in Algerien ein Siemens-Mitarbeiter. Die Polizei: Keine Polit-Gründe

10 500 Jobs abbauen will Mercedes Benz bis Januar 1993. Dazu Wohnschlupfpausa vom 21.12. bis 4.1.1993 (-7 Tage) Grund: Auftragsrückgang

Stasi-Informant war Hermann Kant, Präsident des DDR-Schriftstellerverbands, maler. Der Spiegel

Schnellboote beschlagnahmt die Hubschrauberstaffel von Ex-UdSSR-Außenminister Schewardnadse Georgijens Staatsschuttschutzkommando, Attentäter unerkannt

Neonazi-Krawalle gab es in der DDR schon seit Ende der 70er Jahre. Westdeutsche Neonazis rufen. Das berichtet das ZDF

16 Jahre Bürgerkrieg in Mosambik: Rund 600 000 Tote. Jetzt Waffenstillstand

81 400 Kuwalter wählen heute ihr Parlament. 1. freie Wahl seit Ende des Golfkriegs. Kein Stimmrecht für Frauen

Südafrikas Schwarzführer Mandela trat zu China. Besuch in Peking an

Handlungsunfähig sei die Bundesregierung, sagte Ex-Kanzler Schmidt (SPD) 1971. Die



FDP will Asylrecht ändern

Auch die FDP ist nicht mehr gegen eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht. Beschluß des Liberalen-Parteitags in Bremen

Allerdings: Das individuelle Grundrecht auf Asyl dürfte „im Kern“ nicht angetastet werden. Damit sind jetzt alle großen Parteien für eine Asylrechtsänderung - mit Unterschieden: Die CSU geht am weitesten, will das Grundrecht auf Asyl ganz abschaffen, zerstritten die

SPD: Parteichef Engholm ist für eine Ergänzung des Asylgesetzes: z. B. kein Asyl für Wirtschaftsflüchtlinge, die falsche Angaben machen.

Allerdings: Schon 4 SPD-Landesverbände (Bremen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen) machen bei der Asylwende nicht mit.

Zahl des Tages **3500** So viele Hähnchen aßen die 1 800 FDP-Liberalen und ihre Gäste auf dem FDP-Parteitag in Bremen - in 2 Tagen.

Was kosten uns die

BILD-K

Gorbatschow

Helden! wo sie geblieben

Von PAUL Michail Gorbatschow unter Außenministerin Nadse, Lächlung, zählt verdampft George Bush, des Golfkriegs betteln und schon Polit-lassen, ehren.

Maggie Thatcher. Die Niemand, einst knapp an Strophe vor krank.

Die Zeit der Weltpolitik 'ne Strophe

Zwischenru

Die Mahr

Ein Wochenende Friedrich verweist Dresden in Frank Dichter Amos Oz: Zukunft und Gegenwart

Wir haben es gestreut. Solari.

Gestern ge

Rote Lat

Pfeilige Sebbel-Sk echter Abschaer. S gehört hat, sie hc illustriert sie ins Mik ordinar wie an be Tatsachen

Miet-Haieket Deutscher -für Asylanten

Dienstag, 4. Februar 1992
Nr. 29/6
C 557 A

Miese Geschäfte mit der Not • Das Sozialamt muß zahlen
 Von M. SOYKA und N. KICK
 Die Wohnungsmietpreise werden immer größer. In Hamburg suchen 120 000 Menschen eine Unterkunft. Gleichzeitig treiben andere ein übles Geschäft mit der Not. Einer der schlimmsten Mieter ist offenbar der Baumarkt Rainer M. (41). Er kaufte ein Gasthaus - dort wohnen jetzt Asylanten. Pro Kopf kassiert er 45 Mark am Tag. Mieternahme im Monat pro Asylbewerber: 1950 Mark. Ein deutsches Ehepaar war zahlen... Der ganze Fall, Seite 7.



OLYMPIA

Hannover

**Kein
Stahl
Streik
danke**

Aber die Banken

Von ROLF BIER
 In letzter Minute wurde die in der nordwestdeutschen Stahlindustrie (130.000 Beschäftigte) der Streik abgewendet. Die Autoindustrie kann weiterhin arbeiten - dafür zahlen die Arbeiter Gehältersteigerungen von 5,9 %, die Stahlwerke erhalten eine einmalige Zahlung von 175 Mark. Für die letzten beiden Monate des bis Ende Oktober laufenden Tarifvertrags werden die Löhne um 40 Pfennig pro Stunde auf 15,82 Mark angehoben. Schon droht der nächste Streik - bei den Banken. Letzte Seite

Klingeln

Riesensjubiläum: Die gen-Gewinner trafen über je 1000 M

GRIFFEWEINE

Donnerstag, 8. Oktober 1992 Nr. 235/41 C 5557 A 60 Pf

BILD



UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH
HANNOVER

☎ Leser-Telefon 05 11/5 10 61 47 ☎

Deutsches Mietrecht

Rentner muß raus

für Asylanten

Oststeinbek - Ein 71-jähriger Rentner soll seine Wohnung räumen, weil die holsteinische Gemeinde Oststeinbek dort zehn Asylbewerber unterbringen will. Über die Räumungsklage der Kommune entscheidet das Amtsgericht Reinbek am 23. Oktober. Die Gemeinde hatte dem alten Mann, der eine gemeindeeigene 115 Quadratmeter große Wohnung in Havighorst (Kreis Stormarn) allein bewohnt, eine Ersatzwohnung angeboten. Das 37 Quadratmeter große Ausweichquartier im Dachgeschoß eines Feuerwehrgerätehauses hatte der Rentner jedoch als unzumutbar abgelehnt. „Wir werden die Kündigung auf gar keinen Fall zurückziehen“, sagte Bürgermeister Eckhard Bode. Die eigene Wohnungssuche des Rentners ist nach seinen Angaben bisher erfolglos geblieben. dpa

Das hilft



Laufen wir bald alle so rum?

Hatschi! Schnief! Deutschland hat Grippe-Dauerregen, geschwächte Abwehrkräfte, Grippe-Wellen; z. B. in Hannover (jeder 10. krank). Ärzte: „Es kommt noch schlimmer.“ Was tun? Ein „Mundschirm“ hilft. Statt zu Papiertaschentüchern greifen immer mehr Deutsche zum Mundschutz. Laufen wir bald alle wie Chirurgen rum? Schüler tragen ihn, Fahrradfahrer, Jogger, sogar in Bus und U-Bahnen gibt's Vermummte. In Japan ist Mundschutz normal wie ein Regenschirm. Denn er schützt gegen Viren und Bakterien wie ein Schirm (6 Stück: 4,85 Mark, in Apotheken). Leider gibt es keine Pillen gegen Grippe. Impfungen schützen nicht vor allen Erregern. Dr. Hildegard Willers, Hannover: „Ich rate zum Mundschutz.“ Dr. Horst Erbel, Köln: „Mit Mundschutz ist die Gefahr einer Infektion erheblich geringer - darum tragen ja auch Zahnärzte immer einen.“

NACHRICHTEN

Honecker jetzt KP-Mitglied
Berlin - Honecker ist im Gefängnis Mitglied der Kommunistischen Partei (KPD) geworden, einer neuen Splittergruppe. Die KPD: Er will als deutscher Kommunist sterben. Parthemodiv

knapp 3000 Mark mehr. Dafür hat jetzt jeder Mercedes serienmäßig Airbag, Zentralverriegelung und 5-Gang-Getriebe.

Winter wird warm
Köln - Schlechte Nachrichten für

Aids unbesiegbar?

Der US-Forscher **Albert B. Sabin** (erfand die Schluckimpfstoff könne sie nicht erreichen. Prof. Stille von der **„Breitband“-** Impfstoff sei deshalb auf

Motiv Sex



Täter: Ondrej R.

Falscher

Asylant

Von P. KLETZMAYR
Anfang 1990 kam er unter falschem Namen nach Deutschland, begehrte Asyl. Er wurde im Asylantenheim Fürholz untergebracht, bekam Sozialhilfe. Seit gestern weiß die Polizei, wer sich da einquartiert hatte: Ondrej Rigo, 36, Slowake. Er hat 9 Frauen umgebracht. In Deutschland (München), Holland und der CSFR. Motiv: Perverser Sex. Er überfiel die Frauen, erschlug sie, verging sich an den Toten. Einzelheiten: Seite 9

Mittwoch, 13. Mai 1992 Nr. 111/20 C 8557 A 60 Pf

BILD

GESUCHT & GEFUNDEN
HEUTE
... einfach neuer!
PRIVATE LEHNLEIGEN

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH
HANNOVER

☎ Leser-Telefon 05 11/5 10 61 47 ☎

erschlug 9 Frauen



Opfer:
Helene Stöckel



Opfer:
Ilka Zörn



Stuttgarts
Daum



Dortmunds
Hitzfeld



Frankfurts
Stepanovic

Die Meister-Trainer

Daum: Glatze bei Titel • Hitzfeld: Wettet auf Dortmund

Glühende Titel-Träume. Die BILD-Leser hatten gestern den heißen Draht zu den drei Meistertrainern. Frankfurts Stepanovic: „Müller ist mein Meist...“ Hitzfeld: „Wir packen's...“ Und VfB-Daum: „mund.“ Und VfB-Daum: „

Nachrichten

SPD überlegt

110 000 hat den Primat



Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

„Für Asylanten werden ganze Wohndörfer gebaut - wo bleiben wir?“

Es ist schlimm, wenn es gegen eine Frau ausgeht und Verfolger aber nicht... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Im Kreis zum Einbezug!

Hamburger: Städtel Volkdorf, ein hübsches anstehendes Dorf mit zwei... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Luftzweier, Nebenverdiener für... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!



Die meisten sind Asylbewerber... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

minialität, die Gewalt, der Schmutz... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Asylheim mitten im Naturschutzgebiet

ten so doch nur ein paar krieges eine... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!



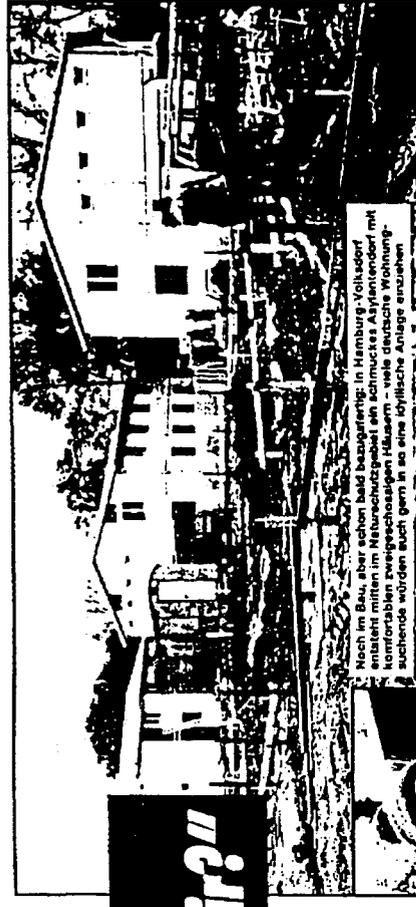
24 praline bei atwelle (Hamburg)

Jede Woche (!) müssen - allein in Hamburg (!) - 1.000 (!) neue Asylbewerber untergebracht werden!... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Manche kommen nur hier, um hier mit Drogen zu handeln!

verfüht werden. Aus Angst davor, das... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Asylanten-Verbrechen... Und das sind Verbrechen, die von Asylbewerbern... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!



ern krieges, dann kochte ich vor Wut... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Unsere Politiker sollen erst mal für... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Diese Zahl bedeutet für Hamburg... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

ten kommen nur um hier mit Drogen... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Versteckt in einem Güterwagen kamen... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Versteckt in einem Güterwagen kamen... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Letzte Meldungen!... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Letzte Meldungen!... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!



Versteckt in einem Güterwagen kamen... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Letzte Meldungen!... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

Letzte Meldungen!... Die Wahrheit über die „Asylanten“ - am Beispiel der deutschen Großstadt Hamburg!

DER SPIEGEL

Zusammenbruch
in der
Sowjetunion

Massentucht in den
Westen?

CDU wie Lollar de Netziere
Im Netz der
Stasi

Elisabeth Noelle-Neumann

Die „Schweigespirale“ – Öffentliche Meinung als soziale Kontrolle

Elisabeth Noelle-Neumann geht in ihrem Aufsatz davon aus, daß die unterschiedlichen Definitionen von „Öffentlicher Meinung“ sich im Prinzip auf zwei Konzepte zurückführen lassen:

Nach dem ersten Konzept steht die „Öffentliche Meinung“, in der gesellschaftliche Probleme verhandelt werden, in Zusammenhang mit der rationalen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in einer Demokratie.

Nach dem zweiten Konzept übt die „Öffentliche Meinung“ vor allem eine soziale Kontrollfunktion aus und sichert so ein Mindestmaß an Konsens, damit die Gesellschaft handlungs- und entscheidungsfähig bleibt.

Das Konzept der „Schweigespirale“ ist der Versuch, das zweite Konzept theoretisch zu beschreiben.

Dieses Konzept entstand, um bestimmte empirische Befunde erklären zu können, zum Beispiel eine Beobachtung aus dem deutschen Bundestagswahlkampf von 1965. Damals wurden über acht Monate hinweg die beiden großen deutschen Parteien als praktisch gleich stark gemessen, wenn man nach den Wahlabsichten fragte. Gleichzeitig aber veränderten sich die Erwartungen, wer die Wahl gewinnen werde: Am Beginn der Messungen waren auch bei dieser Frage die beiden großen Parteien gleich stark, aber kurz vor dem Wahltermin setzten auf den Sieg der einen Partei mehr als 50 Prozent der Bevölkerung, auf den Sieg der anderen nur noch 16 Prozent. Nicht die Wahlabsicht, aber das Meinungsklima hatte sich völlig verändert. Die Hypothese lautete: Bis wenige Wochen vor der Wahl waren beide Parteien nach Anhängern gleich stark, aber die Anhänger der einen Partei sprachen ihre politische Überzeugung laut aus und zeigten sie öffentlich, während die anderen zunehmend in Schweigen verfielen; mit diesem unter-

schiedlich selbstbewußten Auftreten in der Öffentlichkeit entstand der Eindruck der Stärke des einen Lagers und der Schwäche des anderen. Am Ende folgten von den unentschiedenen Wählern genug der in der Öffentlichkeit stark auftretenden Partei, so daß entgegen dem langen Gleichstand bei den Wahlabsichten diese Partei mit einem Vorsprung von neun Prozent bei der Wahl siegte. Das sah nach einem Bandwagon-Effekt* aus, wird aber von der Theorie der Schweigespirale anders erklärt.

Die zentrale Annahme dieser Theorie war: Es gibt in allen Gesellschaften eine Isolationsdrohung gegen abweichende Individuen und komplementär dazu eine Isolationsfurcht der Individuen; beides zusammen sichert die Integration, den Zusammenhalt der Gesellschaften und damit ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft beobachten nach dieser Hypothese ständig ihre Umwelt, um zu erkennen, mit welchen Meinungen und Verhaltensweisen sie sich die Billigung der Umwelt sichern und womit sie sich isolieren. Bei starker öffentlicher Sichtbarkeit einer Position in politischen oder gesellschaftlichen Kontroversen schließen sich andere an und bekennen sich auch öffentlich dazu und verstärken damit den Eindruck, alle würden so denken. Bei geringer öffentlicher Sichtbarkeit entwickelt sich die Neigung, diese Position öffentlich zu verbergen, und gerade dadurch wirkt dann diese Position noch schwächer, als sie wirklich ist, und veranlaßt weitere Personenkreise, in Schweigen zu verfallen.

Bandwagon-Mechanismus und Schweigespirale haben gemeinsam, daß Individuen Signale der Umwelt nach Stärke und Schwäche eines Lagers sorgfältig beobachten. Aber sie unterschieden sich im Motiv der Beobachtung: Das Motiv ist beim Bandwagon, auf der Seite des Siegers sein zu wollen, bei der Schweigespirale, sich nicht isolieren zu wollen, negativen Sank-

tionen auszuweichen. Sieben Jahre nach der ersten Beobachtung einer Schweigespirale gab es 1972 bei der Wahl zum Deutschen Bundestag die gleiche Erscheinung, dieses Mal zugunsten der anderen großen Volkspartei. Welche Gründe hat eine solche Schweigespirale? Natürlich gibt es individuelle Unterschiede in der Bereitschaft, Überzeugungen öffentlich zu zeigen, Unterschiede nach Alter, Geschlecht, Bildung und Artikulationsfähigkeit, Temperament. Auch das wirkt im Prozeß der öffentlichen Meinung mit, aber es löst keine Schweigespirale aus. Wie kommt sie zustande?

Zum Teil kursieren große Vereinfachungen der Schweigespirale in dem Sinne, die Anhänger des zahlenmäßig größeren Lagers würden laut und ohne Isolationsfurcht in der Öffentlichkeit reden und die Anhänger des kleineren Lagers in Schweigen verfallen. Gegen diese Vereinfachung spricht schon die empirisch nachweisbare Erscheinung der „schweigenden Mehrheit“. Der Tenor der Medien spielt eine wichtige Rolle

bei der Redebereitschaft, aber auch allein damit kann man noch keine Schweigespirale in Gang bringen. Es muß eine sozialpsychologische Dynamik von Billigung und Ablehnung entstehen, bei der Isolationsfurcht schließlich die Schweigespirale in Gang bringt.

Auszug aus: Elisabeth Noellé-Neumann, Manifeste und latente Funktion Öffentlicher Meinung. In: Publizistik 37, 3/1992, Konstanz: Univ. Verlag, S. 283 – 297, hier S. 289 f.

** Bandwagon-Effekt – englische Bezeichnung für „Mitläufereffekt“, für die Bereitschaft, sich Meinungen, Einstellungen oder Verhaltensweisen der Mehrheit anzuschließen. Der Bandwagon-Effekt spielt in der Wählerforschung bei der Frage eine Rolle, ob die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen vor dem Wahltermin die Stimmabgabe beeinflusst.*

Wolf-Rüdiger Wagner

Zur Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien – der Nachrichtenwert eines Ereignisses

Wenn ein Ereignis bestimmte Merkmale aufweist, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, daß ein Ereignis zur Nachricht wird. Je mehr Merkmale ein Ereignis aufweist, desto größer die Chance, daß es zur Nachricht wird. Treffen nur ein oder zwei Merkmale zu, dann müssen diese besonders intensiv auftreten, damit das Ereignis zur Nachricht wird.

1. Dauer und Zeitpunkt des Ereignisses

Dauer und Zeitpunkt des Ereignisses müssen mit dem Erscheinungsrhythmus des Mediums übereinstimmen. In täglich erscheinenden Medien haben kurze und kurzfristig abgeschlossene Ereignisse den größten Nachrichtenwert. Langfristige Entwicklungen werden dagegen kaum wahrgenommen.

Beispiel:

Der Staudambau wird selten, die Staudammeinweihung wird eher zur Nachricht. Die schleichende Krise wird selten, der Staatsstreich wird eher zur Nachricht.

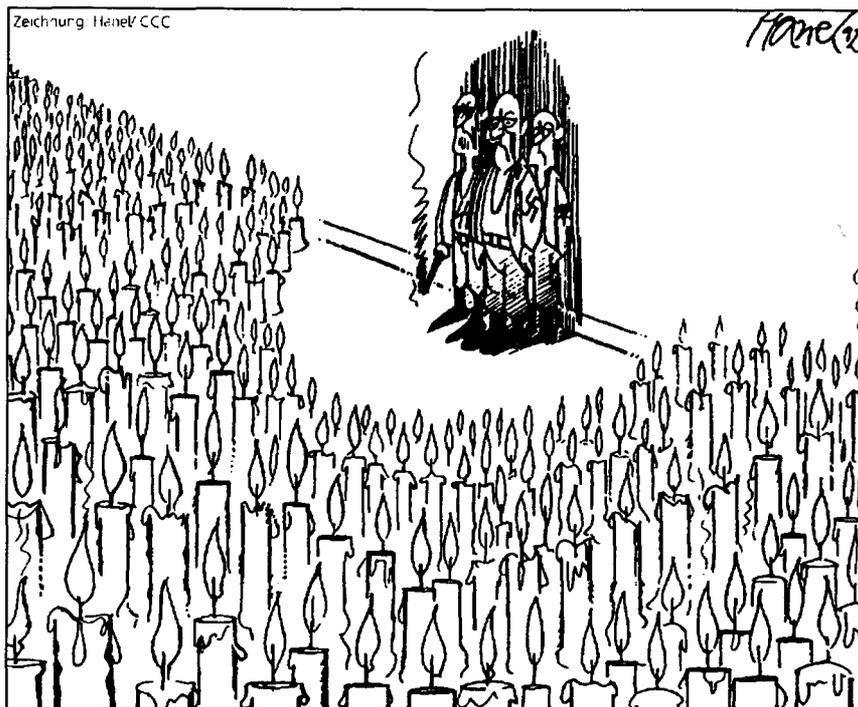
Selbst der Zeitpunkt von Reden, Pressekonferenzen usw. ist wichtig.

2. Aufmerksamkeitsschwelle

Aus der Fülle der Ereignisse muß ein Ereignis durch seine Größenordnung und Intensität hervorstechen.

Beispiel:

Je größer der Staudamm, desto eher eine Nachricht über die Einweihung.
Je gewaltsamer der Staatsstreich, desto „unwichtiger“ darf das Land sein.



3. Eindeutigkeit

Die Bedeutung eines Ereignisses muß klar und eindeutig sein, um zur Nachricht zu werden. Ereignisse, deren Bedeutung noch nicht abzusehen ist, haben kaum eine Chance, zur Nachricht zu werden.

Beispiel:

Man erfährt selten etwas über diplomatische Kontakte, aber „Durchbrüche“ und Verhandlungserfolge werden zur Nachricht.

4. Bedeutung

4.1 Kulturelle Nähe

4.2 Auswirkung

Um zur Nachricht zu werden, müssen Ereignisse für das Publikum wichtig sein und direkt erkennbare Auswirkungen haben.

5. Übereinstimmung mit Erwartungen

Ereignisse, die man erwartet hat, haben eine größere Chance, wahrgenommen zu werden, als andere. Dies ergibt sich bereits daraus, daß sich die Medien technisch und organisatorisch auf derartige Ereignisse – Pressekonferenzen, Wahlen, Sportereignisse – vorbereiten können.

6. Überraschung

6.1 Unvorhersehbarkeit

6.2 Seltenheit

Daher haben Katastrophen eine „größeren Nachrichtenwert“ als langsam ablaufende Prozesse. Diese Merkmale stehen zum Teil im Widerspruch zu den vorhergehenden Merkmalen, treffen aber auch auf die Ereignisse zu, die man „erwartet“ hat.

Beispiel:

Präsident Clinton zögert lange, eine erwartete Maßnahme zu ergreifen. Handelt er, wird es zur Nachricht. Handelt er völlig unvorhergesehen, dann steigt der Nachrichtenwert.

7. Themenkarriere:

Kontinuität/Fortsetzung

Hat ein Ereignis einmal die Nachrichtenschwelle überschritten, dann bleiben dieses Thema und verwandte Meldungen so lange in den Medien, bis der Neuigkeitswert erschöpft ist. Wenn keine Entwicklungen eintreten, die erneut die Aufmerksamkeit wecken, verschwindet es jedoch aus den Medien, selbst wenn das Problem weiter bestehen bleibt.

Beispiel:

Tschernobyl

8. Themenvarianz:

Abwechslung/Nachrichtendramaturgie

Man bringt nie nur einen Nachrichtentyp, sondern versucht für Abwechslung zu sorgen. In einer Tagesschauausgabe mit vielen Auslandsmeldungen hat eine relativ unbedeutende Inlandsmeldung eher eine Chance, aufgenommen zu werden, als wenn die Nachrichtenverteilung umgekehrt aussieht.

9. Bezug auf „Elite-Nationen“

10. Bezug auf „Elite-Personen“

11. Personalisierung

Nachrichtenmedien bevorzugen Ereignisse, in denen Menschen als handelnde Subjekte hervortreten. Dieses Auswahlkriterium steht im Zusammenhang mit der westlichen Weltanschauung, wird aber noch verstärkt durch die Art der Nachrichtentechnik. Personen können interviewt, fotografiert und gefilmt werden. Durch Personalisierung lassen sich komplexe, schwer darstellbare Zusammenhänge über das Schicksal von Betroffenen leichter darstellen: Arbeitslosigkeit, Umweltschäden.

12. Negativismus

„Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten.“ Die Bevorzugung von negativen Ereignissen erklärt sich aus den vorher aufgeführten Merkmalen.



Methodische Möglichkeiten

- Die Nachrichten auf der Titelseite einer Tageszeitung bzw. in der Tagesschau den Merkmalen zuordnen.
- Durchspielen, welche Merkmale zusammenkommen müssen, damit ein Bankraub, eine Dürrekatastrophe usw. in unseren Medien auftauchen. (Beispiel: Scheckfälschung eines prominenten Politikers wäre eine Nachricht. Wie spektakulär muß ein Bankraub durch Mister Nobody sein, um zur überregionalen oder internationalen Nachricht zu werden?)

Die Thesen zum Nachrichtenwert eines Ereignisses wurden zusammengestellt nach:

Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, München 1976

Galtung/Ruge, The Structure of Foreign News, in: Journal of Peace Research Bd. 2, 1965, S. 65 – 91

Georg Ruhrmann, Zeitgeschehen à la carte, in: DIFF (Hrsg.), Funkkolleg Medien und Kommunikation, Studienbrief 6, Weinheim und Basel 1991, S. 58 ff

Westdeutsches Schulfernsehen*

Stimmung gegen Fremde – Wie die Angst geschürt wird

Das Grundrecht auf Asyl Artikel 16

- (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
- (2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

1. Hoyerswerda im Parlament

Im September 1991 wurde tagelang im sächsischen Hoyerswerda eine Unterkunft von Asylbewerbern von Rechtsradikalen belagert. Brave Bürger der Stadt zollten den Aktionen der Gewalttäter offen Beifall. Schließlich sahen die Behörden keinen anderen Weg, als die Asylbewerber aus der Stadt mit Bussen wegzufahren. Noch bei der Abfahrt wurden die Fahrzeuge mit Steinen beworfen.

Die Ereignisse von Hoyerswerda waren nicht die ersten Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Ausländer – weder in Ost- noch in Westdeutschland. Aber sie wirkten wie ein Signal, und es kam in der Folge zu zahlreichen Überfällen und Brandstiftungen.

Erschreckend an Hoyerswerda war die Unterstützung der ausländerfeindlichen Aktionen durch die Bevölkerung, die Hilflosigkeit der Behörden und Politiker.

Am 25. September 1991 wurde im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Bundestag über die Vorfälle diskutiert. In der Debatte prallten die unterschiedlichen Auffassungen hart aufeinander. Zwar waren sich alle Fraktionen in der Verurteilung der Gewalt einig, aber über die Konsequenzen daraus konnte man sich nicht einigen.

2. Den Mißbrauch verhindern!

Die CDU/CSU zog aus den Vorkommnissen den Schluß, daß das Grundgesetz geändert werden müßte. Auf den Punkt brachte die-

se Meinung die Abgeordnete Erika Steinbach-Hermann:

„Hoyerswerda macht überdeutlich, daß in der Asylfrage für uns Politiker die Sturmglocken läuten müssen. Wir können diesem Thema nicht ausweichen. Wer hier die Ohren verschließt, wird schuldig in vielfältiger Form ...

Die erschreckende Tatsache, daß brave Bürger – Ich setze das Wort ‚brave‘ noch nicht einmal in Anführungszeichen, dann würde man sich das nämlich zu leicht machen – den Ausschreitungen gegen Asylbewerber nicht mehr hinter vorgehaltener Hand applaudieren, sondern ganz offen Applaus geben, offenbart uns doch, daß der Mißbrauch des Asylrechts von unseren Bürgern weitgehend nicht mehr mitgetragen wird...

Meine Damen und Herren, wer nicht will, daß Hoyerswerda überall ist, muß bereit sein, den massenhaften Mißbrauch unseres Asylrechts auf Dauer zu verhindern ...

Ich appelliere an alle Fraktionen und an alle Parteien dieses Hauses, gemeinsam mit uns das Grundgesetz in der Frage des Asyls sinnvoll zu verändern.“

3. Die CDU/CSU ist schuld

Die Sozialdemokraten und ähnlich das Bündnis 90/Grüne und die PDS machten in der Debatte die CDU/CSU für die Ausländerfeindlichkeit verantwortlich. Sie habe das Thema mißbraucht, um gegen die Sozialdemokratie (und andere linke Parteien) Stimmung zu machen. Für diese Argumentation typisch war die Rede des SPD-Abgeordneten Ottmar Schreiner:

„Ich habe seit 1980 vier Wahlkämpfe als Kandidat mitgemacht. Ich habe seit 1980 keinen einzigen Wahlkampf erlebt, in dem das Asylthema von Ihnen (der CDU/CSU) nicht als Waffe gegen die SPD erhoben worden wäre.

Der nunmehr seit Monaten anhaltende Mißbrauch der Asylthematik durch die CDU/CSU zeigt sich erst recht daran, daß bis zur Stunde kein Vorschlag der Bundes-

► * Aus: Zwischen den Schlagzeilen. Westdeutsches Schulfernsehen. Schuljahr 1991/1992 Nr. 25. NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt)

regierung zur Lösung dieses Problems vorliegt. Die Regierung ist nicht handlungsfähig und mißbraucht dieses Thema seit Monaten gegen die SPD. Sie mißbraucht die Ausländer insgesamt und trägt daher massiv zur Schürung der Ausländerfeindlichkeit bei.

Wenn Sie auch nur einen Bruchteil der Zeit, die sie für politische Agitation verschwendet haben, dazu genutzt hätten, um über die Fluchtursachen und ihre Bekämpfung nachzudenken, wären wir ein gutes Stück weiter...

Ich fordere Sie nachdrücklich auf, Ihre Kampagne zur Schürung von Ausländerfeindlichkeit einzustellen."

4. Über die Verantwortung der Politiker
Für die FDP sprach Burkhard Hirsch. Er kritisierte die Entscheidung der Behörden und forderte die Bestrafung der Gewalttäter. Dann kam er auf die Rolle der Politiker zu sprechen und meinte:

„Pogrome (Ausschreitungen gegen Minderheiten) beginnen im Kopf.

Ich erinnere Sie an die noch vor einem Jahr bis zur Hektik gesteigerte Ausländerdiskussion in der Bundesrepublik, an die miesen Türkenwitze, an die sich ereifernde Diskussion darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, an das unglaubliche Wort von einer durchrassten Gesellschaft. Ich erinnere Sie an die tatsächlich erfolgreichen Prozesse, ob man eine Ausländerunterkunft in seinem Wohngebiet dulden müsse.

Man muß auch daran erinnern, daß das Wort Asylant erst Ende der 70er Jahre in Deutschland auftauchte, und zwar als ein politischer Kampfbegriff, mit dem man Asylanten aus der Türkei und aus Pakistan unterscheiden wollte von Flüchtlingen aus Osteuropa, die man natürlich als Flüchtlinge bezeichnete.

Die Ausdrücke ‚Asylantenflut‘, ‚Asylantenströme‘, ‚Dämme gegen Asylanten‘, ‚Springflut‘, ‚Zeitbombe‘ sind sprachliche Bilder, in denen eine Entfremdung gegenüber Flüchtlingen, ihre Entmenschlichung nicht nur zum Ausdruck kommt, sondern mit denen diese auch geschaffen wird.

Das verfälschende Wort ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ gehört auch in diese Reihe.

Wir wissen, daß die Ursachen solcher Stimmungen nicht nur Egoismen, Bequemlichkeit und die Lust sind, Sündenböcke zu suchen. Ihre Ursachen sind ungelöste politische Probleme. Ursache ist auch, daß

gerade sozial Schwache in den Fremden zuerst einen Wettbewerber um Wohn- und Arbeitsplatz, um die Zukunft sehen. Die Politik macht sich natürlich mitschuldig, wenn sie Probleme liegenläßt; aber auch dann, wenn sie versucht, sich diese Angst zunutze zu machen, um eine politische Auseinandersetzung auf dem Rücken von Minderheiten auszutragen, auch dann, wenn sie den Menschen einfache Lösungen vorgaukelt, die es nicht geben kann, wenn sie den Glauben bestärkt, unsere ausländischen Mitbürger wären eine Belastung, während sie uns helfen, wenn sie die Illusion bestärkt, wir bekämen eine stabilere Welt, wenn wir unsere Türen vor dem Elend verschließen.

Wenn wir diesen Menschen, die bei uns bessere Lebenschancen suchen, diese bei uns nicht bieten können, dann wird uns niemand davor schützen, daß wir diesen Menschen in ihrer Heimat Lebenschancen verschaffen oder uns selbst in einer Festung einmauern müssen. Jeder Politiker ist schuld an den Pogromen von Hoyerswerda und anderswo, der nicht den Mut hat, seinen Mitbürgern diese schlichte Wahrheit zu verkünden, bis sie sie verstanden haben."

5. Fremde als Medienthema

„Kiel schickt Asylbewerber nach Ostdeutschland“, „Wieder Albaner nach Italien geflüchtet“, „Verstärkte Kontrollen an Grenze zu Polen und CSFR“, „US-Armee baut Stahlmauer an Grenze zu Mexiko“, „Anschläge auf Schweizer Flüchtlingsunterkünfte“, „Asylanten-Strom wird dramatisch – München an der Spitze“.

Die Schlagzeilen stammen aus einer einzigen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung – es hätte auch jedes andere Blatt an jedem beliebigen Tag im August dieses Jahres sein können. In Deutschland verdrängt die Diskussion über die Fremden derzeit alle anderen Themen.

Diese Sätze stehen am Anfang eines Artikels der WirtschaftsWoche vom 16.8.1991, in dem es um die Frage geht, welche ökonomische Rolle die Ausländer in der Bundesrepublik spielen können. Die Schlagzeile: „Noch Platz Im Boot“.

Die WirtschaftsWoche hat schon damals geahnt, was wir heute mit Beweisen belegen können. Es hat seit dem Juli/August 1991 bis heute kein Thema gegeben, das in den Medien, also Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk so umfangreich behan-

delt worden ist wie die Frage der Fremden, speziell der Asylbewerber.

Wir haben im Zeitungsarchiv des WDR die Probe auf's Exempel gemacht und die Aktenordner mit den Artikeln herausuchen lassen, in denen über Asylbewerber und die Asylpolitik berichtet bzw. kommentiert wird. Artikel über Ausländer allgemein in der Bundesrepublik sind damit nicht erfaßt. Als Vergleich haben wir die Aktenordner herausuchen lassen, in denen die Artikel gesammelt wurden, die sich mit der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern beschäftigten. Denn diese Entwicklung schien uns das wichtigste Problem der deutschen Politik der Gegenwart und der übersehbaren Zukunft zu sein.

Das Ergebnis: 5 Aktenordner über Asyl und 1 1/2 über die Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern.

Auch im WDR-Filmarchiv erhielten wir die Auskunft, daß das Asylthema bei den Produktionen des Fernsehens mit weitem Abstand an der Spitze in der Berichterstattung der letzten Monate liegt. Nach Auskunft der Archivare hätte der Drucker des Computers einen halben Tag gebraucht, um die Sendungen alle auszudrucken. Dabei umfaßt eine Nennung in der Regel nicht mehr als ein Blatt.

6. Die Einheit der Berichterstattung

Aber nicht nur vom Umfang her hat sich seit dem Sommer 1991 die Berichterstattung extrem erweitert. Auch in der Art der Berichterstattung hat sich eine geradezu dramatische Wende gezeigt – zumindest in den gedruckten Medien.

Das zeigt auch eine Untersuchung der Bochumer Wissenschaftlerin Ute Gerhard, die sich auf einer Tagung im WDR vorstellte. Sie hatte speziell die Zeitungen und Zeitschriften im Juli/August/September 1991 unter dem Aspekt betrachtet, wie in Sprache und Bild über Asylbewerber berichtet wurde, und stellte fest, daß auf einmal in fast allen Zeitungen und Zeitschriften die Berichterstattung und Darstellungsform mit den gleichen Bildern und Sprachbildern arbeitete. Blätter mit sonst völlig unterschiedlichen politischen Ausrichtungen beschrieben in der gleicher Weise das Thema. Die Unterschiede zwischen dem SPIEGEL und BILD, der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG und der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG verschwanden zeitweise bis zur Unkenntlichkeit – in dieser Frage.

7. Sprachbilder

Aus technischen Gründen können wir die Darstellung in Bildern und Karikaturen hier nicht vorstellen. Wir müssen uns auf die Texte beschränken. Aber auch die Sprache hat ihre Bilder und diese Bilder wollen wir beispielhaft aus Artikeln aus dem Sommer 1991 zitieren: „Schäuble plant Abwehr illegaler Einwanderer – Lage an Ostgrenzen verschärft“ (Die Welt, 3./4.8.1991)

„Der Asylantenstrom beschäftigt Bonner Politiker“ (FAZ, 2.8.1991)

„Die stille Invasion der Armen“ (Hamburger Abendblatt, 27./28.7.1991)

„Schäuble: Asylantenstrom stoppen“ (Die Welt, 8.8.91)

„Die Asylanten-Katastrophe – Morgen auch bei uns? Wahre Massen an Asylbewerbern und Aussiedlern – vor allem aus Osteuropa – fluten nach Deutschland.“ (Bild, 14.8.1991)

„Schlepperorganisationen, die für Asylantennachschub sorgen ... reisen heute mehr und mehr Gastarbeitslose, Glücksritter und Gestrandete ein.“ (Spiegel, 30.8.1991)

„Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten – Ansturm der Armen“ (Spiegel, 9.9.1991)

„Die CSFR ist für Tausende das Einfallstor in den Wohlstandswesten ... die neu entstandene Flanke der Europäischen Gemeinschaft ... Einfallsrouten ... Flüchtlingswellen.“ (Frankfurter Rundschau, 10.8.1991)

„Die SPD erkennt unter dem Druck ihrer eigenen Bürgermeister und Landräte, die mit den Problemen – Kosten und Kriminalität – nicht mehr fertig werden, daß sie handeln muß.“ (Die Welt, 6.8.1991)

„Als Inselbewohner und bei ihrer westlichen Randlage können sich die Briten gegenüber den Wogen der Asylbewerber und Zuwanderer noch sicherer als andere fühlen.“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 8.8.1991)

„„Natürlich ist rechnerisch ‚das Boot noch lange nicht voll.‘ Wir sind, gemessen am Gros der anderen, immer noch ein reiches Land. Aber Chaos und Panik können auch ein halbvolles Boot zum Kentern bringen.“ (Die Welt, 10.8.1991)

Gert Sommer/Thomas Schmidt*

Verzerrte Informationen

Wenn es um das Thema „Asyl“ geht, dann tragen Medien wie Politiker nicht eben zur grundlegenden Informierung der Bevölkerung, bei. Statt aufklärender Information werden Medienberichte und Politiker-Reden vorwiegend von Schlagwörtern wie „Asylskandal“, „Scheinasylanten“, „Asylantenflut“, „Asylantenstrom“ bestimmt. Daß das bei der Bevölkerung zu negativen Emotionen Asylbewerbern gegenüber und zu einer erheblichen Fehlinformiertheit führt, belegt unsere Studie, die wir an der Universität Marburg durchgeführt haben.

Wir befragten insgesamt 108 deutsche Bürger im Sommer und Herbst 1992 (also vor der Diskussion um den Asylkompromiß) zum Thema Asyl und Asylbewerber. Zusätzlich wurde mit einem entsprechenden Testverfahren das Ausmaß ihrer Fremdenfeindlichkeit erhoben.

Die Ergebnisse zeigen, daß in der deutschen Bevölkerung ein hohes Maß an Fehlinformiertheit zum Thema Asyl besteht:

- Die Anzahl der Flüchtlinge, die sich in Deutschland befinden, wird weit überschätzt. Auf die Frage „Wieviel Prozent der Flüchtlinge weltweit kamen 1991 nach Deutschland?“ lautet die korrekte Antwort 1,4 Prozent. Die befragten Personen vermuteten im Durchschnitt 24,1 Prozent. Die Mehrheit schätzte den Anteil der Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen, mehr als zehnmal so hoch ein als er tatsächlich ist.
- In einer Anfang 1991 veröffentlichten Rangliste derjenigen Länder, die die meisten Flüchtlinge beherbergen, liegt Deutschland an 23. Stelle. Dagegen schätzen 40 Prozent der untersuchten Personen, Deutschland liege auf Platz eins, über 70 Prozent gaben den Rangplatz eins, zwei oder drei an.
- Die finanzielle Unterstützung für Asylbewerber wird überschätzt. Auf die Frage „Wieviel DM erhält ein Asylbewerber, der alleinstehend oder Haushaltsvorstand ist, monatlich im Bundesdurchschnitt?“ lautet die korrekte Antwort 463 DM (der Betrag wird in den meisten Kommunen in Sachleistungen ausgezahlt). In der Befragung wurden im Durchschnitt 711 DM angegeben.
- Der Anteil von Afrikanern unter den Asylbewerbern (1991 kamen 14 Prozent der Asylsuchenden aus Afrika) wird um durchschnittlich 12 Prozent über-, der Anteil der Europäer (1991 waren 65 Prozent der Asylbewerber Europäer) um durchschnittlich 23 Prozent unterschätzt.
- Über die Gründe zur Anerkennung als Asylberechtigte/r herrscht Unklarheit.

► * Aus: PSYCHOLOGIE HEUTE Mai/93, S. 9

8. Sprachgewalt I: Die Flut, die Wellen und der Strom

In den Sprachbildern fällt die Verbindung des Wortes ‚Asylant‘ mit den Begriffen ‚Flut‘, ‚Ströme‘ und ‚Wellen‘ auf: Der Asylantenstrom, die Asylantenflut, die Flüchtlingswellen.

Der Flut, den Strömen und den Wellen ist gemeinsam, daß sich dahinter die Naturgewalt Wasser verbirgt. Gegen diese Naturgewalt kann sich der Mensch nur schützen, in dem er sie eindämmt. Die Erfahrung zeigt, daß die Deiche und Dämme gar nicht hoch genug sein können, wenn man eine Überschwemmung und damit die Vernichtung der wirtschaftlichen und menschlichen Existenz verhindern will. Bei der Naturgewalt Wasser spielt der einzelne Tropfen keine Rolle. Die Energie, die sich in der Masse an Tropfen sammelt, ist gefährlich. Wer die Asylbewerber und das Wasser in einem Sprachbild zusammenzwingt, der macht aus dem einzelnen Menschen eine Naturgewalt, die uns bedroht.

9. Sprachgewalt II: Das Boot ist voll

Das Bild vom vollen Boot ist ein beliebtes Instrument, um eine weitere Aufnahme von Zuwanderern als unmöglich darzustellen. Gemeint ist damit, daß das Boot – die Bundesrepublik – schon so belastet ist, daß jeder weitere Insasse zum Kentern und damit zum Untergang führen muß.

Ein Boot ist bekanntlich ein Fahrzeug, mit dem man sich auf dem Wasser bewegen kann. Wieviele Menschen ein Boot aufnehmen kann, läßt sich anhand von technischen Berechnungen relativ leicht angeben.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich ein Land und schwimmt auch nicht auf dem Wasser. Wieviele Menschen ein Land aufnehmen kann, läßt sich so einfach nicht errechnen. Fest steht nur, daß die Niederlande, ein Staat mit vergleichbarem Wohlstand wie die Bundesrepublik, eine wesentlich höhere Bevölkerungsdichte hat.

Das Bild vom vollen Boot enthält aber auch noch eine andere Bedeutung. Wenn ein Boot voll ist, legt es vom Ufer ab. Diejenigen, die nicht aufgenommen werden, bleiben am Ufer zurück. Sie können das Ziel nicht erreichen. Und wenn das Boot ein Rettungsboot ist, dann können sich nur die Insassen retten. Diejenigen, die nicht mehr in das Boot kommen, müssen ertrinken. Das Boot ist eine Möglichkeit, zu neuen Ufern aufzubrechen, und es ist ein Schutz vor dem möglichen Untergang. Ist die Bundesrepublik auf dem Weg zu neuen Ufern oder befindet sie sich im Rettungsboot?

Klaus Merten*

Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse

Diese negative Berichterstattung wird nachgerade zum *Negativ-Syndrom*, wenn man in Rechnung stellt, daß Journalisten zum einen »Menschen wie Du und Ich« sind und sich zum anderen *exakt* an die Regeln aktueller und korrekter Berichterstattung halten. Zum einen sind auch Journalisten Menschen, die füglich vom Prinzip der geringsten Anstrengung gleichen Gebrauch wie andere Menschen auch machen. Das will heißen: Es ist viel einfacher, über Nachbarländer zu berichten. Denn dort war man schon, da kennt man sich aus, man spricht die Landessprache – zumindest im Bereich Essen und Trinken. Es ist auch viel einfacher über Sportler, Künstler und Gäste zu berichten, denn hier handelt es sich sozusagen um punktuelle, einmalige Ereignisse *im* Lande, bei denen der Anlaß des Auftretens vorhersehbar, einfach zu begründen und spannend darstellbar ist.

Wen aber interessiert oder wer weiß Bescheid über die Landflucht in der Türkei, über Rassengegensätze in Thailand oder über Lebensbedingungen im nördlichen Pakistan? Welcher Journalist hat zum einen schon genügend Sprachkenntnisse, um die in der Bundesrepublik Deutschland erscheinende ansehnliche Anzahl ausländischer Zeitungen zu verstehen und sich dort kundig zu machen? Die Vorliebe, sich nur mit Bekanntem zu beschäftigen, also tendenziell ethnozentrisch zu berichten, wird zum anderen durch den derzeit zu beobachtenden Trend zur Ausdünnung von Lokalredaktionen gefördert. Dies hat zur Folge, daß Lokalredakteure, ohnehin zeitlich allemal überfordert, um so mehr *das* akzeptieren, was ihnen von offiziellen oder inoffiziellen Vertretern von Organisationen, Ämtern und Interessengruppen gleichsam als Halbfertigprodukt auf den Tisch kommt. Solche journalistischen Halbfertigprodukte haben nicht nur den Vor-

teil, daß sie nur noch vom Schreibtisch aus gegengecheckt werden müssen, sondern auch den, daß sie meist schon vorher, mit Sperrfrist versehen, vorliegen, so daß man sie besonders gut einplanen kann. Kurzum: Sie haben eine besonders gute Chance, zum Artikel im Lokalteil zu werden. Für die Berichterstattung über die Ausländer heißt das: Ausländer kommen so gut wie nicht im Lokalteil vor, da diese – aus den beschriebenen Gründen heraus – sich nicht artikulieren oder öffentlich Gehör verschaffen können.

Da die Lokalberichterstattung großenteils ein Kanon positiver Berichterstattung über Vereine, Sportwettkämpfe, Siegerehrungen von Jubilaren, Einweihungen oder ähnlichem ist, heißt das zugleich, daß Ausländer, im Lokalteil von der *positiven* Berichterstattung, die den »Einheimischen« zugute kommt, ausgeschlossen sind. Ausländer kommen allenfalls an anderer Stelle, und zwar eindeutig *negativ* vor, und dies paradoxerweise gerade *weil* Lokaljournalisten aktuell und präzise berichten: in der Polizeiberichterstattung. Denn gerade weil Journalisten aktuell berichten, gilt noch immer, daß »only bad news are good news«, das heißt: Ausländer tauchen in kriminellen Kontexten auf, also: in stark *negativem* Kontext. Hinzu kommt, gleichsam erschwerend, daß Lokaljournalisten, im Bemühen um Präzision, gern Hinweise auf den Status »Ausländer« geben – sei es durch Namensnennung, sei es durch Hinweise auf Nationalität und Hautfarbe. Das erscheint auf den ersten Blick verständlich, ja sinnvoll zu sein.

Daß dies keinesfalls so ist, erkennt man erst, wenn man versuchsweise in der Polizeiberichterstattung über Deutsche ethnische Zusätze anbringt. Etwa so:

► * Aus: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Ausländer und Massenmedien – Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Bonn 1987 (Schriftenreihe Band 253)

Auf die Frage „Welche Gründe führen zur Anerkennung?“ waren fünf Fälle gegeben, die Befragten sollten ankreuzen, ob sie zur Asylberechtigung führen oder nicht. Die richtige Lösung ist, daß nur individuelle Verfolgung aus politischen Gründen zur Anerkennung führt, bei allen anderen Fällen hätte „nein“ angekreuzt werden müssen. Der Durchschnitt an falschen Antworten liegt bei 2,6 (von fünf möglichen). Lediglich sechs der insgesamt 108 befragten Personen konnten die Frage fehlerlos beantworten.

Die Ergebnisse des *Fremdenfeindlichkeits-Tests* dokumentieren die starke Verbreitung rassistischer Positionen in der Bevölkerung. So stimmten 39 Prozent der untersuchten Personen dem Satz „Es ist nicht gut, viele Ausländer im eigenen Land zu haben, weil sie oft unangenehm und anmaßend sind“ zu, während die Meinungen „Ausländern kann man in jeder Hinsicht vertrauen wie Deutschen“ bei 14 Prozent und „Die Gastarbeiter haben uns geholfen, als wir sie brauchten, deshalb sollten wir sie bei einer Arbeitslosigkeit nicht eher entlassen als die deutschen Arbeiter“ gar nur bei 23 Prozent Zustimmung fanden. Insgesamt wurden die fremdenfeindlichen Aussagen jedoch von der Mehrheit eher abgelehnt.

In der statistischen Auswertung zeigte sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit und der Fehlinformiertheit zum Thema Asyl. Es ist anzunehmen, daß zwischen diesen beiden Faktoren eine gegenseitige Abhängigkeit besteht, das heißt ein hohes Maß an Fehlinformiertheit über das Thema Asyl führt zu Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit.

Die fremdenfeindlichen Einstellungen beeinflussen wiederum die Informationsaufnahme und -verarbeitung (Informationen werden so aufgesucht und verarbeitet daß sie mit den gebildeten Vor-Urteilen übereinstimmen) und verfestigen damit die vorurteilsbeladenen, fremdenfeindlichen Einstellungen.

Wolfgang Schreiber*

Lokaler Brennpunkt

Die Szene hat sich wohl so oder ähnlich hundertfach abgespielt: Zunächst Ratlosigkeit in der Runde, als die Redaktionskonferenz über die Folgen des zunehmenden Hasses und der Gewalt gegenüber Ausländern diskutiert. Schließlich ein energischer Ruck – engagierte Kollegen fordern mutige Berichte, Reportagen und Kommentare gegen Fremdenfeindlichkeit. Renner sind Human-Touch-Geschichten über den Pizzabäcker von nebenan, den freundlichen Döner-Laden und nicht zuletzt über den stets hilfsbereiten griechischen Kollegen am Fließband.

Eher am Rande meldet sich ein verzagter Mahner. Er erinnert an die vielen abwehrenden Leserbriefe, die in den vergangenen Tagen eingetroffen sind: von „normal denkenden“ Deutschen, die gegen „Asylanntenflut“ und „zu viele Ausländer“ wettern, das ganze „Ausländergetue“ satt haben oder ganz offen die Brandanschläge gegen die Straftaten der „kriminellen Ausländer“ aufrechnen. In manchen Verlagshäusern mischt sich schließlich noch die Angst um den Verlust von Anzeigen in die Diskussion: Welcher Kunde möchte schon mit seiner Werbebotschaft zwischen den „ewigen Außenseiterthemen“ landen ...

Scharfer Gegenwind

Lesernähe als Chance, mit der Lokalzeitung für Toleranz und ein besseres Zusammenleben mit Ausländern werben zu können? Theoretisch ja. Aber in der Praxis weht vielen Redaktionen der Wind zunächst einmal scharf ins Gesicht: Trotz aller Betroffenheit reagieren viele Leser inzwischen gereizt auf betont ausländerfreundliche Berichterstattung – und es ist kein Geheimnis, daß der inserierende Einzelhandel, das Handwerk und andere potentielle Anzeigenkunden eher an positiven Berichten über die attraktive Einkaufsstadt interessiert sind ... Entsprechend groß sind die Chancen, als Lokalzeitung unter Druck zu geraten.

So mußte sich der Verlag des „Solinger Tageblatts“ etliche kritische Fragen von Geschäftspartnern gefallen lassen, nachdem eine ganzseitige Rechtfertigungs-Anzeige eines großen Bauunternehmers abgelehnt worden war, der bundesweit als unbelehrbarer Alt-Nazi Schlagzeilen gemacht hatte. Nahmen Verlag und auch Redakteure in diesem Fall ellenlange Diskussionen auf sich, so sind andere längst eingeknickt. Unter Kollegen machen Anweisungen von Verlagsmanagern oder Chefredakteuren die Runde, mit Blick auf das Anzeigen-geschäft von „Negativ-Themen“ die Finger zu lassen.

► * Aus: *journalist* 9/93, S. 16, 17 und 18

»Angst und Schrecken plagen derzeit die Bürger in Hamburg-Harburg. Innerhalb kürzester Zeit ist es dort zu schlimmen Zwischenfällen gekommen. So wurde, nach Mitteilung der Polizei, ein 57jähriger Harburger von mehreren RHEINLÄNDERN völlig grundlos angegriffen. Unter Hetzrufen wie >hanseatisches Schwein< prügeln sie immer wieder auf den Mann ein. Er wurde dabei schwer verletzt. – Bald darauf wußte die Presse von drei >RHEINLÄNDISCHEN Typen< zu berichten, die einen Schüler brutal zusammengeschlagen hätten, weil der die von den RHEINLÄNDERN geforderte Zigarette nicht hatte. Fast gleichzeitig wurde ein junges Paar von drei RHEINLÄNDISCHEN Tätern in einem Treppenhaus überfallen und ausgeraubt.« –

Der Zusatz »Rheinländer«, der nachgerade dümmlich erscheinen muß, erscheint überhaupt nicht mehr dümmlich, wenn statt dessen »Ausländer« steht (genauso ist der hier zitierte Artikel erschienen).

Mitteilungen der Polizei an Presse, Hörfunk und Fernsehen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit

Runderlaß des Niedersächsischen
Innenministeriums vom 17.2.1993

(...) 7. Namen, Berufe, Nationalität/Ausländereigenschaft und Lichtbilder von beteiligten Personen (Täterinnen und Täter, Opfer, Zeuginnen und Zeugen) sowie andere Daten, die Rückschlüsse auf eine bestimmte Person zulassen, dürfen nur in Ausnahmefällen bekanntgegeben werden. Dies kann unabhängig von der Öffentlichkeitsfahndung der Fall sein, wenn der Sachverhalt im Hinblick auf die betroffene Person für die Öffentlichkeit von erheblicher Bedeutung ist, insbesondere weil es sich um Personen der Zeitgeschichte oder um solche Personen handelt, die ein öffentliches Amt bekleiden.

Bei Jugendlichen ist besondere Zurückhaltung zu üben.

8. Gegen nicht personenbezogene Angaben zu offensichtlichen Ursachen eines Vorfalles bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Hinweise zu Tatmotiven, die nicht zweifelsfrei offenkundig sind, sowie Werturteile über Personen und Aussagen zur Schuldfrage, haben jedoch in jedem Fall zu unterbleiben.

Verfassungsrechtler Simon:

Roma in Medien diskriminiert

Bonn (Reuter) – Der frühere Verfassungsrichter Helmut Simon hat in Bonn die Einschränkung der Pressefreiheit gefordert, um Sinti und Roma vor einer diskriminierenden Berichterstattung zu schützen. Simon schlug vor, Medien und Behörden grundsätzlich zu verbieten, in Berichten über kriminelles und anderes Fehlverhalten die ethnische Zugehörigkeit der Tatverdächtigen zu erwähnen. Das Gutachten hatte der Zentralrat der Sinti und Roma in

Auftrag gegeben. Simon kommt zu dem Schluß, daß schon der Hinweis auf die Volksgruppe eines Beschuldigten ein Mittel der Diskriminierung sein könne. Diese Praxis solle durch eine Änderung des Presserkodex und durch verwaltungsinterne Erlasse gestoppt werden. Wenn dies keinen Erfolg habe, müßten gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Der Hinweis auf die Volkszugehörigkeit solle nur erlaubt sein, wenn es einen zwingenden Grund gibt.*

► * Aus: *Süddeutsche Zeitung* v. 27.4.1993

„Den Deckel lüften“

Aber auch das „gesunde Empfinden“ mancher „aufrecht denkender“ Leser könnte von einer forcierten Ausländer-Berichterstattung zu sehr verletzt werden. So gab der Chefredakteur einer Lokalzeitung im Rheinischen ungeniert die Parole aus, für die vielen besorgten älteren Abonnenten immer wieder mal „den Deckel zu lüften“ und Kritisches über Ausländer-Vergehen ins Blatt zu heben: Journalismus als unkontrollierbares Überdruckventil für Bürgerfrust.

Lokalzeitungen tragen die Hauptlast, wenn es um die lesernahe Aufbereitung der Themen „Gewalt“ und „Ausländerhaß“ geht. Beim Heimatblatt laden die Leser nicht nur ihren Ärger ab, sondern sie suchen auch und vor allem in „ihrer“ Zeitung Orientierung und Anregung. Mit behutsamer Berichterstattung – das zeigen die Erfahrungen in Solingen nach dem Brandanschlag – lassen sich Leser durchaus für Ungewohntes oder gar Unbequemes gewinnen.

So sorgten beim „Solinger Tageblatt“ aufklärende Serien über Gewalt, über auffällige Kinder an Schulen sowie über den Islam und seine Solinger Gemeinden für eine breite Diskussion in der Stadt. Solch eine direkte Resonanz quer durch alle Leserschichten hätten entsprechende Schwerpunkt-Themen in Nachrichten-Magazinen oder überregionalen Tageszeitungen wohl kaum erreichen können.

Gefühle ernst nehmen

Freilich: Von dem, was der rauhe Redaktionsjargon knapp und treffend den „Türken des Monats“ nennt, hatten die Redaktionen von „Solinger Tageblatt“ und „Solinger Morgenpost“ sofort Abstand genommen: Wenn – gerade ältere – Leser ihr Umfeld täglich subjektiv als abweisend und bedrohlich empfinden, lassen sie sich eben nicht mit netten Geschichten über nette Leute abspeisen – im Gegenteil: Das kann die Ablehnung noch verstärken. So gab es schon nach der Informations-Serie über den Islam einige Protestbriefe.

Die Gratwanderung zwischen Bürgerängsten und journalistischer Moral gelingt wohl dann am besten, wenn unverkrampft und nicht doktrinär gearbeitet wird. Denn daß gerade ältere Bürger mit ihren Ängsten ernst genommen werden möchten, wird niemand bezweifeln. Um so wichtiger ist es, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Schichten miteinander in Kontakt zu bringen – und das ist nun einmal eine klassische Kommunikationsaufgabe, die gerade Lokalzeitungen erfüllen sollten.

Die Solinger werden es im Oktober versuchen: „Laßt uns Freunde sein“ lautet das Motto einer Aktionswoche des „Solinger Tageblatts“, an der sich alle mit eigenen Angeboten beteiligen können. Längst ist daraus – auf Wunsch vieler Mitgestalter – ein ganzer Monat mit Aktivitäten geworden, die weit über das Thema „Ausländer“ hinausgehen und vielfältige Probleme aufgreifen.

So gilt denn in diesen Zeiten erst recht die alte Erkenntnis: Dem Leser aufs Maul schauen – aber nicht nach dem Mund schreiben.

z. B. möglich, indem persönliche Berichte von verletzten Polizeibeamten, geschädigten Kleinhändlern, friedlichen Demonstranten und anderen Tatopfern die Perspektive der Betroffenen veranschaulichen.

Adressaten: Medien

2. These:

Der Weg über möglichst breit akzeptierte Medienkommunikatoren ist auch zu wählen, wenn es um die Darstellung der Sachthemen geht, die Gegenstand des Protests sind. Als Beispiel sei hier der Physiker/Philosoph von Weizsäcker in der Anhörung der WAA Wackersdorf genannt. Im Sinne der Nutzung von „elder statesmen“ bei Schlichtungen in Tarifverhandlungen erscheint die Verdeutlichung von sachkompetenten, aber nicht unmittelbar interessegeleiteten Standpunkten in den Medien für eine Förderung gewaltfreier Auseinandersetzungen geeigneter als die Darstellung von Pro- und Contra-Diskussionen zwischen ideologisch festgefühten „Blöcken“ (I, 142).

Vorschlag Nr. 141: Bei der Berichterstattung über zentrale gesellschaftliche Konflikte (z. B. Kernkraft, Umweltschutz) sind vermehrt die Auffassungen relativ neutraler, auch in der Protestbewegung angesehener Fachleute hervorzuheben.

Adressaten: Medien

3. These:

In der Sportberichterstattung der Massenmedien sollte eine eventuelle Zuschauer Gewalt weniger zur Nachricht werden als das Sportereignis selbst; gewalttätige Fans sind gegenüber nicht gewalttätigen eine kleine Minderheit.

Besondere Aufmerksamkeit ist ferner der Sprache in den Massenmedien in bezug auf Sport zuzuwenden, die gelegentlich eher einem Kriegsbericht als einer Berichterstattung über Sportereignisse gleicht (I, 212; II, 100).

Vorschlag Nr. 142: Sportreporter sollten auf ihre Aufgabe gezielt vorbereitet werden, z. B. sollten prinzipiell weniger Gewaltnachrichten verbreitet, vielmehr sollten Können und Fairneß der Spieler hervorgehoben werden. Die Sprache sollte weniger „aggressiv“ sein.

Adressaten: Medien

Vorschlag Nr. 143: Es sollte ein „Presserat für Sportberichterstattung“ gebildet werden, der die Berichterstattung im Hinblick auf die Gewaltdarstellungen beobachtet und bewertet.

Adressaten: Medien

4. These:

Gewalt wird aber nicht nur in Nachrichtensendungen (oder Reportagen) als Information dargestellt; Gewaltbotschaften durchdringen auch das Unterhaltungsprogramm – selbst das speziell für Kinder gedachte. Allerdings wird in der Unterhaltung Gewalt noch weniger wirklichkeitsgetreu dargestellt als in den Nachrichten: D. h. auf die Reflexion über die Ursachen, auf Bilder vom Elend, das der Gewalt vorausgeht und nachfolgt, wird regelmäßig verzichtet, es wird zusammenhanglos „action“ gezeigt; Gewalt wird auf Gewalt gehäuft und „geschönt“. Solche Gewalt existiert zunächst nur in den Köpfen der Medienmacher, später aber auch in den Köpfen naiver Betrachter, sofern sie Mediendarstellung als Realität ansehen. Die Bilder von Gewalt prägen sich ein; Unterhaltung wird von Information nicht immer geschieden (I, 33).

Vorschlag Nr. 144: Überprüfung des Unterhaltungsprogramms auf dem Wege freiwilliger Selbstkontrolle der Medien, evtl. durch den Medienrat (vgl. Vorschlag Nr. 146).

Adressaten: Medien

Schwind/Baumann/Schneider/Winter

Zur Problematik der Gewaltdarstellung in (Massen-)Medien (6 Thesen/8 Vorschläge)

Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Endgutachten der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission) (Auszug)*

Während der Einfluß der Sozialisationsinstanzen Familie, Schule und peer group auf die Entwicklung von Gewaltbereitschaft nicht ernsthaft umstritten ist, wird die Bedeutung der Massenmedien insoweit immer noch kontrovers diskutiert (I, 31; vgl. auch II, 69). In der Tendenz zeigt die neuere Forschung aber, daß Gewaltdarstellungen in den Medien gewaltfördernde Auswirkungen haben können. Dabei liegt das Problem weniger in der Gefahr direkter Nachahmungstaten. Es ist vielmehr darin zu sehen, daß (erfolgreich erscheinende) aggressive Modelle ganz allmählich

- erstens: Werte, Normen und Einstellungen gegen Aggressionen verändern,
- zweitens: gegen Gewalt desensibilisieren und
- drittens: Gewalt als Problemlösungsmittel darbieten.

Im Einzelfall zeigen die Medien den zu Gewalt Entschlossenen im Detail, wie ein Verbrechen erfolgreich durchgeführt werden kann. Mehr noch: Sie verraten mögliche Gegenmaßnahmen. Die angedeuteten Wirkungen sind im Rahmen der sozial-kognitiven Lerntheorie gut abgesichert (I, 31). Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Berichterstattung der Medien über Straftaten mit politischer Motivation vielfach ein wesentlicher Zweck der Gewalttäter ist und daß insofern Umfang und Art der Berichterstattung durchaus auch Ein-

fluß auf das Tatgeschehen selbst haben können (VI, 212; vgl. auch I, 140; II, 100).

1. These:

Medien können Verstärkerfunktion annehmen: Wenn z. B. reale Gewalttätigkeiten aus dem Alltag in den Medien dargestellt werden, so ist es für Täter meist sehr befriedigend (und damit verstärkend), solche Aufmerksamkeit zu erzielen, vor allem wenn die demonstrierten Straftaten unbestraft bleiben (I, 32/140; IV, 207).

Vorschlag Nr. 139: Die Gewaltdarstellung in Fernsehen und Video ist drastisch einzuschränken; Gewalttätern ist kein Forum zu bieten.

Adressaten: Medien

Vorschlag Nr. 140: Auch im Hinblick auf die Förderung der Demonstrationskultur sollte verstärkt der zahlenmäßig weit überwiegende friedliche Verlauf von Demonstrationen herausgestellt werden. Unfriedliche Aktionen sind nach Art und Umfang in ihrer relativen Bedeutsamkeit angemessen darzustellen, so daß die Medienberichte einen Teil ihres Verstärkerwertes für die Gewalttäter verlieren. Da aus der Viktimologie bekannt ist, daß institutionelle oder anonyme Tatopfer leichter die Hemmschwellen erniedrigen, sollte durch die Art der Berichterstattung Rationalisierungen und Neutralisierungen der Täter entgegengewirkt werden. Dies ist

► * Veröffentlicht in: Schwind/Baumann (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt – Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. I, Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen, Berlin: Duncker & Humblot, 1990, S.220 – 222

Stellungnahme der ARD/ZDF-Medienkommission

zu den Ausführungen über die Wirkungen von Gewaltdarstellungen in den Massenmedien im Gutachten der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt.*

Zur Problematik der Gewaltdarstellung in den Massenmedien werden von den Gutachtern zusammenfassend Forderungen und Vorschläge formuliert (Endgutachten, S. 220 ff). Dazu wird im folgenden explizit Stellung genommen, wobei eine Redundanz in der Argumentation wie im Gutachten selbst zwangsläufig ist.

4.1 Reduktion von Gewalt

Es wird nicht bestritten, daß Mediendarstellungen realer Gewalttätigkeiten eine verstärkende Rückwirkung auf Gewaltdelinquenz haben kann, insofern die dadurch bewirkte öffentliche Aufmerksamkeit von den Tätern als Erfolg erlebt werden kann.

Zu Vorschlag 139:

Die daraus abgeleitete Forderung, Berichterstattung über Gewaltaktionen drastisch einzuschränken, um Gewalttätern kein Forum mehr zu bieten, unterstellt, daß derartige Gewaltdarstellungen in öffentlich-rechtlichen Informationsprogrammen in beträchtlichem Umfang vorkommen. Diese Annahme trifft nicht zu.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten orientieren sich vielmehr an der Maßgabe, daß sie die Öffentlichkeit über Gewalthandlungen von gesellschaftlicher Relevanz zu informieren haben, wobei die Berichterstattung aber in angemessenem Umfang und auf sachliche, möglichst zurückhaltende Art erfolgen soll.

Zu Vorschlag 140:

Die gleichen Prinzipien gelten für die Berichterstattung über Demonstrationen. Sie soll, wie die Kommission formuliert, dem Geschehen „angemessen“ sein und sensationelle Akzentuierungen gerade der unfriedlichen Vorkommnisse nach Möglichkeit vermeiden. Auch in diesem Zusammenhang stellen sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihrer Chronisten-

pflicht. Das bedeutet, daß auch die Folgen von Gewaltaktionen dargestellt werden müssen. In welchem Maße authentischen Berichten von verletzten oder geschädigten Personen und Augenzeugen Raum zu geben ist, sollte von Fall zu Fall und nicht nach vorab ausgegebenen pädagogischen Desideraten entschieden werden.

4.2 Darstellung von Konfliktthemen

Es gehört zur Informations- und Dokumentationspflicht der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, umstrittene gesellschaftliche Themen kontrovers darzustellen. Dabei sollten in erster Linie Vertreter der verschiedenen Positionen zu Wort kommen, weil gerade die Darstellung des Für und Wider der individuellen Meinungsbildung förderlich ist.

Zu Vorschlag 141:

Die Empfehlung, bei wichtigen gesellschaftlichen Konflikten stärker als bisher Auffassungen von sachkompetenten, aber nicht direkt interessengeleiteten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hervorzuheben, erscheint überlegenswert im Sinne einer Ergänzung – nicht eines Ersatzes der Darstellung kontroverser Standpunkte.

4.3 Verbesserung der Sportberichterstattung

Es dürfte sich von selbst verstehen, daß in der Sportberichterstattung das Sportereignis im Mittelpunkt stehen sollte. Wenn es im Verlauf von Sportveranstaltungen zu Gewalttätigkeiten auch außerhalb des Spielfeldes kommen sollte, so muß auch darüber berichtet werden. Dies sollte in angemessener Weise geschehen eingedenk der möglichen Nachahmungswirkungen auf bestimmte Zuschauergruppen.

Zu Vorschlag 142:

Die Berichterstattung über Sportereignisse muß dem Wettkampfcharakter Rechnung tragen. Dabei ist neben dem Können der

➤ * (Auszug) (Dokumentiert in: *Media Perspektiven Dokumentation III/90*, S. 95 – 97)

5. These:

Ferner sind subtile Degradierungen in den Medien zu vermeiden. Von solcher Degradierung sind Frauen mehr als Männer betroffen: Sie haben häufiger untergeordnete, oft dümmliche Rollen inne. Daß dies für die Beziehung zwischen den Geschlechtern nicht folgenlos bleibt, zeigt die Pornographieforschung (I, 34/297; IV, 103).

Vorschlag Nr. 145: Reduzierung verzerrter Mediendarstellungen von Gewalt gegen Frauen und Degradierung der Frau (z. B. auch in Pornographie und Werbung).

Besondere Beachtung verdient der Videobereich. Das Videogewerbe sollte angeregt werden, zumindest nach dem Muster der Freiwilligen Filmselfkontrolle (FSK) effektiver als bisher vor allem Kassetten mit entwürdigenden Gewalttätigkeiten aus dem Angebot zu nehmen. Eine derartige Video-selfkontrolle (FVK) würde den Gefahren staatlicher Zensur zugleich besser vorbeugen als dies mit behördlich verwalteten Eingriffsgesetzen möglich wäre. Wegen des künftigen europäischen Binnenmarktes wäre die Bundesregierung gut beraten, alsbald Initiativen für die Bildung einer entsprechenden europäischen Institution bei wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbänden anzuregen bzw. zu fördern.

Internationale Kooperation wird erst recht bei den nach und nach sich entwickelnden Angeboten des Satellitenfernsehens erforderlich.

Adressaten: Hersteller, Programmanbieter, Bundesregierung, supranationale Institutionen

6. These:

Die Medien könnten im Wege der Selbstkontrolle (z. B. über Richtlinien des Presserates) weitere spezifische Kriterien für die Berichterstattung vor, zu und nach Großereignissen entwickeln, um mehr als bisher mit dazu beizutragen, daß Sensationseffekte in der Darstellung nicht dominieren (IV, 207; VI, 211).

Vorschlag Nr. 146: Stärkung des journalistischen Verantwortungsbewußtseins durch Effektivierung des Systems freiwilliger Selbstkontrolle und der Arbeit der Rundfunkräte sowie durch Schaffung eines Medienrates zur Diskussion der Medienpraktiken, zur Feststellung von Fehlverhalten und Mißständen sowie zur Vermittlung eines konstruktiven Dialogs zwischen Journalisten und Informationsempfängern.

Adressaten: Presserat, Rundfunkrat und ähnliche Selbstkontrollen der Medien

vom Fernsehen als „Hauptinstrument der Bewußtseinsindustrie“ zum Ausdruck kommt.

In der Programmplanung von ARD und ZDF sind Gewaltdarstellungen seit jeher Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit gewesen. Die Auseinandersetzung mit der Gewaltproblematik hat in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine lange Tradition. Hier sei an die intensive Diskussion zu diesem Thema zu Beginn der 70er Jahre erinnert, in deren Verlauf die ARD 1971 die Broschüre „Schlagwort: Gewalt im Fernsehen. Eine vergessene Perspektive“ veröffentlichte. Das ZDF publizierte 1971 in einem Band seiner Schriftenreihe die (damals in Deutschland noch wenig bekannten) Ergebnisse der angelsächsischen Wirkungsforschung zum Schwerpunkt Gewalt. Ferner initiierten beide gemeinsam das umfangreiche Forschungsprojekt „Fernsehen als Sozialisationsfaktor“, das 1978 abgeschlossen wurde. 1987 bildete das Thema „Gewalt im Fernsehen“ den Schwerpunkt der „Mainzer Tage der Fernsehkritik“.

Maßgeblich sind für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach wie vor die folgenden Richtlinien:

- Bei der Programmproduktion und -beschaffung sind exzessive bzw. verherrlichende oder verharmlosende Gewaltdarstellungen auszuschließen.
- Bei der Programmplatzierung ist auf mögliche Gefährdungen insbesondere junger Zuschauer Rücksicht zu nehmen.

Das bedeutet konkret:

Im Programmbereich Information sind ARD und ZDF bemüht, in der Berichterstattung die gedankenlose Verwendung sozialer Klischees zu vermeiden. Die Überbetonung von sozialen und Umwelt-Katastrophen sowie politischen und wirtschaftlichen Skandalen ist kein Programmgestaltungsprinzip des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auf der anderen Seite dürfen Störungen der sozialen Ordnung, Umweltgefährdungen und gesellschaftliche Mißstände nicht verschwiegen werden. Es kommt darauf an, solche Sachverhalte „dimensionsgerecht“ darzustellen und gegebenenfalls Anstöße zu Veränderungen zu geben.

Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden nicht nach ihrem Sensationswert und Gewaltgehalt sortiert, sondern nach ihrem Neuigkeits- und Öffentlichkeitswert. Es trifft also nicht zu, daß bei Nachrichtensendungen die Berichterstattung über Gewalt regelmäßig an den Anfang gestellt wird. Wo über Gewalt berichtet wird, ist man bestrebt, Hintergründe und Zusammenhänge aufzuzeigen. Ist dafür in der Nachrichtensendung nicht genügend Platz, geschieht dies in ergänzenden Informationssendungen.

Daß Gewalttäter die Aufmerksamkeit, die ihnen durch die Medienberichterstattung zuteil wird, als Erfolg empfinden und anstreben, ist als Problem erkannt. Gerade in diesem Punkt haben die Erfahrungen mit der Berichterstattung über die Geiselnahme von Gladbeck jedoch das Verantwortungsbewußtsein der Journalisten geschärft.

Im Bereich der unterhaltenden Sendungen, vor allem der Fiction-Programme, haben sich ARD und ZDF gegenüber Gewaltdarstellungen stets Vorsicht und Zurückhaltung auferlegt. Eine wichtige Maxime ist, daß Gewalt nach Möglichkeit nicht als Mittel bei Konfliktlösungen propagiert wird. Des weiteren wird darauf geachtet, daß Minderheiten nicht degradiert bzw. diskriminiert werden. Dies gilt sowohl für Eigen- oder Auftragsproduktionen als auch gerade für den Ankauf von Spielfilmen und Serien.

Ein „gewaltfreies“ Programm allerdings kann es nicht geben. Gewalt ist – so sehr man es bedauern mag – ein Teil unserer gesellschaftlichen Realität, und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind verpflichtet, umfassend, objektiv und sachgerecht über die Wirklichkeit zu informieren bzw. sich damit auseinanderzusetzen. Dabei muß stets aufs neue abgewogen werden, in welchem Kontext das Zeigen von Gewalt notwendig ist und in welchem Ausmaß und in welcher Form dies geschehen soll. Hier werden ARD und ZDF – wie bereits in der Vergangenheit – auch in Zukunft verantwortungsbewußt handeln.

Spieler auch das faire oder unfaire Verhalten zu beachten; Fouls dürfen nicht ausgespart bleiben. Spannende Berichterstattung ist aber auch ohne „militärische“ Sprache möglich. Die Notwendigkeit von Sprachschulung in der Sportberichterstattung ist erkannt. Gleichwohl sollte die Wirkung der Sprache in diesem Bereich auch nicht überschätzt werden.

Zu Vorschlag 143:

Die Forderung nach einem „Presserat für Sportberichterstattung“ erscheint überzogen. Die Kontrollmechanismen kollegialer und institutioneller Sprach- und Sachkritik sowie entsprechende Fördermaßnahmen innerhalb der Anstalten in bezug auf das gesamte Problem sind ausreichend.

4.4 Gewalt in Unterhaltungssendungen

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind sich bewußt, daß Gewalt in unterhaltenen Programmen, insbesondere im Krimi- und Action-Bereich, ein besonderes Problem darstellen kann. Der Umgang damit bedarf großer Sorgfalt und Behutsamkeit.

Bei ARD und ZDF gilt für Ankauf wie Produktion speziell von Spielfilmen und Serien die Leitlinie, daß Gewalthandlungen in Umfang und Art der Darstellung inhaltlich und dramaturgisch gerechtfertigt sein müssen und nicht bloß mangelnde Spannung der Handlung ausgleichen dürfen. Bei der Auswahl und der Platzierung gewalthaltiger Programme werden zudem die geltenden Jugendschutzvorschriften streng beachtet. Nach dem Urteil von Prof. Dr. Michael Kunzick besteht unter dem Aspekt möglicher negativer Wirkungen fiktiver Fernsehgewalt gerade auf junge Zuschauer für ARD und ZDF kein Handlungsbedarf in Richtung drastischer Reduzierung von Gewaltdarstellung.

Zu Vorschlag 144:

Die kritische Überprüfung unterhaltender Fernsehprogramme ist im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ein ständiger Prozeß. Die entsprechenden Mittel und Instrumente der Selbstkontrolle sind ausreichend. Es besteht keine Veranlassung, hierfür einen externen Medienrat einzurichten.

4.5 Verzicht auf subtile Degradierung von Frauen

ARD und ZDF wissen, daß Medienprodukte dazu beitragen können, tradierte Ge-

schlechtsrollen-Stereotype zu verfestigen. Im Bereich Spielfilm und Serien werden Frauen öfters in untergeordneten, bisweilen in dümmlichen Rollen gezeigt. Hier ist besondere Aufmerksamkeit vonnöten.

Zu Vorschlag 145:

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind bestrebt, degradierende Darstellungen überhaupt – wie von Frauen im speziellen – in ihren Programmen zu vermeiden. Dies ist bei Eigenproduktionen leichter möglich als bei Kaufproduktionen. Ganz ausgeschlossen sind gegen die Menschenwürde gerichtete Produktionen, darunter auch entwürdigende Darstellungen von Frauen, wie sie in pornographischen bzw. Sex- and Crime-Filmen vorkommen. Sendungen dieser Art werden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht ausgestrahlt.

4.6 Verstärkte Kontrolle der Medien

Die Kriterien für den Umgang mit Gewaltdarstellungen werden bei ARD und ZDF durch selbstkritische Beobachtung des eigenen Programms sowie mit Blick auf die Entwicklung im Angebotsbereich ständig überprüft und fortentwickelt.

Zu Vorschlag 146:

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben es stets als wichtige Aufgabe erachtet, ihre Mitarbeiter für die Gewaltproblematik zu sensibilisieren und das diesbezügliche journalistische Verantwortungsbewußtsein zu stärken. Dies findet in konstruktivem Dialog mit den Aufsichtsgremien statt. Für die Einrichtung eines externen Medienrats besteht keinerlei Notwendigkeit. Darüber hinaus würde eine solche Maßnahme tendenziell die verfassungsrechtlich garantierte Rundfunk- und Fernsehfreiheit gefährden.

5. Fazit

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stimmen mit der Gewaltkommission in der Auffassung überein, daß das Fernsehen heute die Wahrnehmung der Wirklichkeit und damit mittelbar auch die Reaktionen der Menschen in der Alltagsrealität mit beeinflußt. Es wird jedoch vor einer Überschätzung der Wirkung des Mediums gewarnt, wie sie an manchen Stellen des Gutachtens, insbesondere in der These

schrecklichen Folgen, wie sich inzwischen zeigt. Wenn es also je einen Fall gegeben hat, in dem man ein unleugbares Problem sensibel und verantwortlich hätte diskutieren müssen, dann beim Thema Asylbewerber. Aber das ist offenbar in Deutschland zuviel verlangt.

Es geht nämlich immer wieder darum, Themen zu besetzen, Punkte zu sammeln, Wahlen zu gewinnen – und da ist offenbar alles erlaubt. Es war mitten im bayerischen Landtagswahlkampf 1986, als zum erstenmal die CSU im großen Stil das Thema aggressiv in den Vordergrund schob und die bayerischen Behörden mit der Umverteilung von Asylbewerbern in die kleinsten Gemeinden drohten – aus heiterem Himmel fast und nicht, weil sich die Lage plötzlich dramatisch zugespitzt hätte. Es kam, wie es kommen mußte: Strauß gewann haushoch die Landtagswahl (hielt auch die Republikaner nieder, die ihm plötzlich gefährlich geworden waren), woraufhin das Gespenst der Überfremdung sofort wieder in die Revisitenkammer gestellt wurde. Aus der hat man es danach nur gelegentlich wieder herausgeholt – und erst im Sommer 1991 wieder frisch kostümiert, als die Lage das wieder erforderte. Mehrere Landtagswahlen hintereinander hatte die Union verloren, immerzu redeten die Wähler von „Steuerlügen“ und Arbeitslosen in Magdeburg und Schwerin: Da bot es sich einfach an, wieder einmal kategorisch die Änderung des Asylartikels im Grundgesetz zu verlangen. Das lenkte ab und war auch nicht weiter riskant, weil ohnehin klar war, daß es dafür keine Mehrheit geben wird und also auch nie bewiesen werden mußte, daß eine solche Änderung die Probleme löst. Sie sollen übrigens auch gar nicht gelöst werden, das ist nicht das erste Ziel der Kampagne. Das erste Ziel ist es, den politischen Gegner in die Ecke zu treiben, aus gewöhnlichen Asylanten etwas noch Schlimmeres zu machen, nämlich „SPD-Asylanten“, wie sich der Generalsekretär Huber aus München auszudrücken beliebte. Dieser Tage ist ein Papier von Hubers Kollegen Rühle aufgetaucht, in dem dieser seine Orts- und Kreisfunktionäre detailliert darüber aufgeklärt hat, wie man es anstellt, die „Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD dort herauszufordern“.

Wer gelesen hat, wie da mit Hilfe von „Argumentationsleitfäden“ und „Musterpresseerklärungen“ landesweit danach gefragt werden soll, ob Asylbewerber womöglich in „Hotels“ untergebracht sind, was das kosten könnte und ob Ausländer etwa zuviel staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen, weiß endgültig, wie man generalstabsmäßig Neid und Wut produziert. Und wenn dann bei einer Horde von Wirrköpfen (die sich nach solchen Debattenbeiträgen in bester Gesellschaft wähhnen) aus Neid Haß wird, stehen die Generalstäbler betroffen daneben und wundern sich über die plötzlich ausgebrochene Gewalt.

Die unerwünschte Einigung

Ein paar Tage lang hat es so ausgesehen, als gäbe es so etwas wie eine überparteiliche Übereinkunft, daß es nun genug sei und daß endlich gemeinsam das Mögliche in Angriff genommen werden müßte. Unmittelbar nach der Einigung aller Partei- und Fraktionsvorsitzenden hat dann der bayerische Innenminister gesagt, sie sei leider nicht praktikabel, während sein Bonner Kollege inzwischen – mit einem über Nacht gebastelten Gesetzentwurf – zur Abwechslung die Änderung der Verfassung verlangt. Dann bis zu den nächsten Überfällen und Brandbomben und Beteuerungen, welche Schande die seien. Eine Schande ist aber auch die allgemeine Heuchelei.

Herbert Riehl-Heyse*

Wem nützt die Asylkampagne?

Mitte dieser Woche, als er gerade nicht die Ablösung eines Münchner Fußballtrainers vorantreiben mußte, hat der bayerische Innenminister die Ansicht vertreten, Ausländer seien „Menschen und kein Freiwild“. Die Auskunft, die wohl wegen ihres Neuigkeitswertes sofort der Presse übergeben wurde, weckte zwiespältige Gefühle. Denn einerseits ist eine solche Klarstellung gerade aus dem Hause Stoiber natürlich vorbehaltlos zu begrüßen. Andererseits klingt sie ein wenig so, als rufe da ein leicht erschrockener Brandstifter nach der Feuerwehr. Gewiß nämlich hat Edmund Stoiber die Anschläge nicht gewollt, die er da so kräftig verurteilt hat. Aber schwer zu bestreiten ist leider, daß er, zusammen mit manchem Politiker (und mancher Zeitung, die in handgestrickten Umfragen die angebliche Volkswut registriert und damit noch angeheizt hat), sein Teil dazu beigetragen hat, wenn neuerdings in Deutschland Benzin-Bomben auf kleine Libanesinnen geworfen werden.

Karriere machen mit Aids

Nun wäre es ja abwegig, zu behaupten, daß die Ausländerfrage kein wichtiges politisches Thema und gar nicht der Debatte wert sei. Liberale aller Schattierungen tun sich manchmal ziemlich leicht, wenn sie gegen die Diskriminierung von Fremden auf die Straße gehen und dabei vehement die multikulturelle Gesellschaft fordern, die für sie im wesentlichen vielleicht aus einem ausreichenden Angebot von italienischen und chinesischen Speiselokalen besteht. Wer alle Probleme in diesem Zusammenhang leugnet, lebt in der Regel nicht in einem Mietshaus, in dem die Behörde 20 Vietnamesen in eine Dreizimmerwohnung gepfercht hat, und nicht in der Nähe jener finsternen Gegenden, in denen afrikanische Desperados den Schulkindern Heroin zu verkaufen versuchen. Die Schwierigkeiten sind leider mit Händen zu greifen, in die

auch ein reiches Land geraten muß, wenn Arme und Verzweifelte aus der ganzen Welt bei ihm ihre Zuflucht suchen. Und natürlich müssen die Politiker darüber nachdenken, wie sie mit diesen Schwierigkeiten umgehen.

Nun gibt es aber viele Probleme auf der Welt und in Deutschland, die ebenfalls ungelöst sind, ohne daß deshalb die Emotionen so unglaublich hochgingen, wie in diesem Fall. Könnte es also sein, daß Aufregungen künstlich erzeugt werden, nur weil das gerade in jemandes Kalkül paßt, der zum Beispiel Karriere machen muß oder auch nur höhere Auflagen seiner Zeitschrift? Wer einen solchen Verdacht für abwegig hält, sollte sich vielleicht daran erinnern, wie heftig vor gut drei Jahren hierzulande über die Krankheit Aids gestritten wurde. Über Monate hinweg wurde damals, unter starker Mithilfe aller Medien, der Eindruck erweckt, das Volk werde demnächst von der Seuche ausgerottet, wenn die „Risikogruppen“ nicht streng überwacht und die Infizierten nicht in Lagern zusammengezogen werden; heute ist die Gefahr, die man gewiß nie unterschätzen durfte, überhaupt nicht geringer geworden, aber sie wird so gut wie nicht mehr öffentlich debattiert – vielleicht auch deshalb, weil der Politiker, der die Debatte seinerzeit mit vollen Backen aufgepustet hatte, inzwischen das Ressort gewechselt und dort noch kein Thema gefunden hat, mit dem er noch berühmter werden könnte.

Schon die Aids-Debatte hat zu einer Massenhysterie geführt, bei der Leute einander argwöhnisch beobachteten, wenn sie aus demselben Wasserglas trinken mußten. Die aktuelle Ausländerdebatte aber ist womöglich noch gefährlicher, weil sie nicht nur viele Ängste weckt, sondern auch noch an die niedrigsten Instinkte von Leuten appelliert, die ohnehin in schlimmer Tradition die Fremden für minderwertig halten: mit

► Süddeutsche Zeitung Nr. 236/ 12./13. Oktober 1991, S. 4

Angst geht um

Die Bürger reagieren so verdrossen, weil sie sich in ihrer Angst nicht ernstgenommen fühlen. Sie beobachten, wie die Politiker sich statt dessen seit Jahren über einen Popanz erregen. Wenn nur fünf Prozent der Hunderttausende, die jährlich ins Land strömen und die Steuerzahler mehr als vier Milliarden DM kosten, als politisch verfolgte anerkannt werden, ist nicht vermittelbar, weshalb die anderen sich hier oft länger als ein Jahr bis zur endgültigen Entscheidung aufhalten können. Eine Verkürzung der Verfahrenswege ist ebensowenig ein Anschlag auf die Rechtsstaatlichkeit, wie die Unterbringung in Sammelunterkünften gegen die Menschlichkeit verstieße. Noch besser wäre es, es würden die Voraussetzungen geschaffen, um Einwanderer bereits an den Grenzen zurückweisen zu können.

Die Politiker müssen endlich ihren Formelkrieg beenden und sich gemeinsam mit den Bürgern dagegen zur Wehr setzen, daß aus den vielen nächtlichen Feuern unversehens ein Flächenbrand wird. Vandalen die schlafenden Menschen Brandsätze unter die Betten werfen, müssen isoliert werden, dürfen nicht einmal auf klammheimliche Zustimmung rechnen. Es darf einfach nicht sein, daß Todesangst Menschen in Deutschland Nacht für Nacht um den Schlaf bringt. Das wäre kein demokratisches Deutschland, in dem Terror und Brandstiftung sich austoben könnten.

Ludwig Harms*

Brandmale

Auch damals geschah es nachts. In der Nacht zum 10. November 1938 gingen Synagogen in Flammen auf, flogen Steine in jüdische Geschäfte. Was einst der NS-Mob anrichtete, wird dauerhaft ein Schandmal bleiben. Ob die Jugendlichen, die heute Molotowcocktails in Asylunterkünften schleudern, sich dieses Menetekels überhaupt bewußt sind?

Dem verordneten Programm haben sich die meisten Bürger einst widerstandslos gefügt. Sich der Hitlerdiktatur zu widersetzen, setzte allerdings die Bereitschaft voraus, notfalls auch das Leben zu riskieren. Heute muß kein Held sein, wer sich schützend vor jenen kurdischen Vater stellt, der zitternd bekennet: „Aus Angst zu verbrennen, schlafe ich keine Nacht mehr.“ Ruhe ist hier nicht die erste Bürgerpflicht.

Hoyerswerda ist überall

Das sächsische Hoyerswerda, Synonym für den Ausbruch von Haß und Gewalt, ist inzwischen überall. Zumeist sind es Jugendliche aus der Nachbarschaft, die ihre diffuse Ausländerfeindlichkeit, ihre eher allgemeine als politisch motivierte Aggressivität austoben. Die Ausschreitungen schaukeln sich hoch, ermuntern Nachahmungstäter. Mögen sich Skinheads auch den Hitlergruß zurufen, die Mehrheit der randalierenden Horden ist den Neonazis sowenig zuzurechnen, wie autonome Chaoten zur politischen Linken gezählt werden können.

Unzufriedenheit, soziale Spannungen in der Bevölkerung sind der Nährboden, zumindest aber der Schirm, hinter dem die „Krawallos“ ihre Anschläge ausführen. In ihrer Hilflosigkeit prangern Politiker die Intoleranz der Bürger an und rufen lautstark nach der Polizei. Als ob das Problem gelöst wäre, wenn um jede Asylunterkunft ein

Polizeikordon gezogen wird. Das freundliche Bild einer rechtsstaatlichen Demokratie wäre rasch zur Karikatur vom Polizeistaat verzeichnet. Das Problem einer gewaltbereiten Minderheit, die sich unter den Augen einer schweigenden Mehrheit tummelt, wird nicht dadurch beseitigt, daß die Ordnungskräfte wieder einmal den Buckel hinhalten für die Versäumnisse der Politiker. Sie, deren Tätigkeit sich jahrelang darin erschöpft hat, sich in hehre Allgemeinplätze zu flüchten, im übrigen aber bei der bekannten Flickschusterei zu bleiben, müssen sich vordringlich zu der Erkenntnis durchringen, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sein kann.

Politiker des linken Lagers haben davon geträumt, das Asylrecht zu einem unbeschränkten Einwanderungsrecht ausweiten zu können. Sie meinten, als reiches Land müsse Deutschland jeden aufnehmen, der kommen wolle. Eine Position, die insbesondere die Menschen in den neuen Bundesländern, die noch um ihre Zukunft bangen, vor den Kopf stoßen muß. Wer behauptet, das Asylproblem verkürze sich im Grunde auf die Frage nach der Toleranz, übersieht fahrlässig, daß das Elend der Welt nicht durch den Umzug der Afrikaner und Asiaten nach Europa gelöst werden kann

Gerade weil auch der letzte Bürger inzwischen begriffen hat, daß wir nicht mehr im Zeitalter der politischen, sondern der Armutsflüchtlinge leben, ist das Gefühl der Angst so verbreitet, Deutschland könnte von der Einwanderungswelle unkontrollierbar überschwemmt werden. Wer dieser Sorge mit dem Geschwafel von der multikulturellen Gesellschaft begegnet oder sie gar als Ausländerfeindlichkeit abstempelt, hat nichts begriffen. Schon ein rascher Blick ins Telefonbuch belegt das Gegenteil. Fünf Millionen Ausländer leben und arbeiten inzwischen störungsfrei in der Bundesrepublik.

► * Leitartikel der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) am 7. Oktober 1991

Situationsethik gegen Grundsätze

Die Standfestigkeit bei der Ablehnung von Gewalt wird jedoch auch durch eine tiefgreifende, lange Zeit kaum wahrgenommene Veränderung der ethischen Bindungen untergraben. Immer weniger werden Grundsätze als verbindlich akzeptiert. Langzeitanalysen belegen, daß feste Maßstäbe für richtig und falsch, für zulässig und unzulässig zunehmend zugunsten einer Situationsethik aufgegeben werden: Wie die Gesellschaft bestimmte Verhaltensweisen bewertet, wird in wachsendem Maße von den Umständen, den Absichten und Zielen, die verfolgt werden, abhängig gemacht. Immer weniger ist die Bevölkerung bereit, bestimmte Verhaltensweisen ohne Einschränkung zu verurteilen: Das gilt für Versicherungsbetrug wie für Eigentumsdelikte, für das Verhalten am Arbeitsplatz wie in der Familie, für Formen des politischen Protests wie für die Anwendung von Gewalt. Am Beginn der achtziger Jahre stuften noch 71 Prozent der westdeutschen Bevölkerung die Bedrohung von Arbeitern, die sich nicht an einem Streik beteiligen wollen, als ausnahmslos unzulässig ein, am Beginn der neunziger Jahre waren es nur noch 63 Prozent. Die bedingungslose Verurteilung von Angriffen auf Polizeibeamte ist in der gleichen Zeit von 58 auf 41 Prozent zurückgegangen, in Ostdeutschland in der kurzen Spanne von 1990 bis 1992 von 51 auf 46 Prozent. Der Abbau von festen Normen ist eine Spätfolge der achtundsechziger Bewegung, die sich gegen jegliche Beschränkung der individuellen Freiheit wandte, sei es durch Autorität oder durch feste Regeln.

In einer Analyse zu den Ursachen der Gewaltbereitschaft von Jugendlichen zog der Bielefelder Erziehungswissenschaftler Klaus Hurrelmann das Fazit: „Wir haben es den Achtundsechzigern zu verdanken, daß heute in vielen pädagogischen Institutionen ein gebrochenes Verhältnis zu fundamentalen Regeln des Miteinander besteht. Das freie Austarieren von Interessen und Bedürfnissen wurde zum Prinzip gemacht. Dies ist aber auf Dauer für das Zusammenleben von Menschen keine Geschäftsgrundlage.“

Mit der Prinzipienfestigkeit schwand auch die Bereitschaft, Regelverstöße ohne Ansehen der Person und ihrer Ziele zu ahnden. Der rücksichtslose Einsatz von Gewalt ist in den alten Bundesländern keineswegs so neu, wie es die Reaktionen auf die jüngsten Ausbrüche glauben machen. Sind Hafensstraße, Wackersdorf und Startbahn West schon vergessen?

Wenn heute die Zaghaftigkeit der Polizei kritisiert wird, lohnt es sich, die letzten 25 Jahre zu überdenken, in denen die Polizei systematisch in ihren Möglichkeiten beschnitten wurde. Die individuelle Freiheit gilt als oberstes Prinzip, auch wenn sie zur Verletzung der Regeln eines demokratischen und humanen Zusammenlebens ausgenutzt, schon fast zum Gegner des freien Bürgers ausgerufen wurde. Daß diese Saat einmal aufgehen würde, war zu erwarten.

Renate Köcher*

Die Einstellung zur Gewalt ändert sich

In der Bevölkerung wachsen Unmut, Angst und Ohnmachtsgefühle /
Der Allensbacher Monatsbericht

Wie stark ist eine Demokratie, die sich von dreihundert gewalttätigen Chaoten irritieren und vorführen läßt? Wie groß ist die Gewaltbereitschaft in Deutschland – nimmt sie zu, breitet sie sich aus? Und vor allem: Was erwartet der Bürger in dieser Situation von seinem Staat? Das sind Fragen, die sich nach den Vorgängen vom Wochenende in Berlin aufdrängen.

Die Manifestationen von Haß und Gewaltbereitschaft im politischen Raum werden ergänzt von alarmierenden Berichten über die Zunahme der Gewaltkriminalität und ein beachtliches Gewaltpotential an den Schulen. Es wächst der Eindruck, Gewaltbereitschaft in Deutschland sei bereits ein derart verbreitetes Phänomen, daß die Eindämmung schwerfalle.

Angesichts dieser Entwicklung muß es überraschen, daß die Unterstützung für die Anwendung von Gewalt heute wesentlich geringer ist als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren. Ende der siebziger Jahre hielten 16 Prozent der westdeutschen Bevölkerung den Einsatz von Gewalt gegen Sachen unter bestimmten Umständen für vertretbar, weitere sieben Prozent billigten sogar Gewalt gegen Personen. Zu Beginn der achtziger Jahre stieg die Quote derer, die bereit waren, Gewalt gegen Personen zur Durchsetzung politischer Ziele zu tolerieren, gar auf 14 Prozent (bei 16 Prozent Toleranz gegenüber Gewalt gegen Sachen). Heute hängen „nur“ noch vier Prozent im Westen, acht Prozent im Osten der Auffassung an, daß es politische Ziele gibt, die Gewalt gegen Personen rechtfertigen; anfällig für diese Vorstellung sind in erster Linie junge Männer, und zwar besonders jene, die jünger als 30 sind und in den neuen Bundesländern leben (siehe Graphik). Die Forderung, unnachsichtig gegen Gewalttäter vorzugehen, wird unter dem Eindruck der Gewalt gegen Asylbewerber

von noch mehr Bürgern vertreten als vor einem Jahr. 1991 forderten 84 Prozent der Bevölkerung wirksame Strafen für Gewalttäter, die Asylbewerberunterkünfte beschädigen oder ausländerfeindliche Parolen verbreiten; heute sind es 89 Prozent.

Und doch gibt es gesellschaftliche Strömungen, welche die kleine Minderheit der Gewaltbereiten ermutigen müssen.

Deutschland gleicht zur Zeit einem Pulverfaß. Die Bevölkerung ist aufs höchste alarmiert. Ängste vor einer wirtschaftlichen Rezession verbinden sich mit dem Eindruck, daß Regierung und Opposition das Asylproblem aus parteitaktischen Gründen tatenlos eskalieren lassen. Die Diffamierung durch politische Brandstifter, die die Unruhe der Deutschen über diese Entwicklung offen oder unterschwellig mit Ausländerfeindlichkeit gleichsetzen, läßt die Beunruhigung teilweise in Wut umschlagen.

Unruhe, Ohnmachtsgefühle und Zorn haben bei einem Teil der Bevölkerung in den letzten Monaten die grundsätzliche Ablehnung von Gewalt durchbrochen. Während auf der einen Seite die Unterstützung für eine Ahndung von Gewalttaten wächst, bringt man den Tätern heute erkennbar mehr Verständnis entgegen als vor einem Jahr. Der Anteil der Bevölkerung, der Verständnis für Anschläge auf Asylantenunterkünfte bekundet, ist im Westen von 12 auf 16, im Osten von 11 auf 15 Prozent gestiegen; kein Verständnis haben heute 70 Prozent der Bevölkerung für solche Gewalttaten, vor einem Jahr waren es fast 80 Prozent (Tabelle). Der Teil der Bevölkerung, der den Eindruck hat, daß der politische Entscheidungsprozeß nur noch durch Gewalttaten vorangetrieben werden könne, ist in den alten Bundesländern binnen eines Jahres von 18 auf 25 Prozent, in den neuen von 16 auf 30 Prozent gestiegen.

► *Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 1992, S. 5

Die Genese dieses Begriffs zu verfolgen, den ein so ehrenwertes Blatt wie der „Spiegel“ gern benutzt, wäre aufschlußreich. 1986 brachte das Hamburger Magazin eine Serie mit dem Titel „Die Spreu vom Weizen trennen“. In fünf Folgen wurden einzelne Flüchtlingsgruppen, säuberlich sortiert nach Herkunftsländern, behandelt. Die folgenden Zwischentitel waren dort jeweils als Zitat wiedergegeben, so wie der Titel der gesamten Serie auch: „Denen ist es zu Hause einfach zu langweilig“, „Amoureuse Stunden für den Strohmännchen“, „Für 1400 Mark eine behinderte Analphabetin“. Was dieser Serie und vielen Berichten davor und danach gemeinsam ist: Ausländer stehen im Wohlstandsland Bundesrepublik im Kontext von Prostitution und Drogenhandel. Ihre Herkunftsländer sind nichts als dumpf, rückständig, korrupt. So einfach ist das. Im „Spiegel“ nicht anders als in der „Bild“-Zeitung. Die Botschaft des „Spiegels“ ist bis in die Gegenwart doppelbödig. Wird vordergründig eine liberale und aufgeklärte Haltung vertreten, so signalisieren Wortwahl, aber mehr noch Bilder und Graphiken Bedrohliches. In einer Infographik ist die kleine Bundesrepublik umgeben von mächtigen zugespitzten Pfeilen, die die Ströme der „Asylanten“ symbolisieren. Diese graphische Form ist sonst zur Kennzeichnung von militärischen Bewegungen üblich. Zufall, Fahrlässigkeit oder grober Verstoß gegen Regeln journalistischer Verantwortung? Produkt eines in der Bundesrepublik wie auch anderswo bestehenden Rassismus, der hierzulande in spezifischer Weise zum Ausdruck kommt, tabuisiert, ins Unterbewußtsein verdrängt, verbogen, eben in doppeldeutige Aussagen gekleidet? Vielleicht ist das Deutschland-Bild im Ausland auch deshalb so schnell umgeschlagen ins Negative, vergleichbar einem Kippbild, weil die Doppelbödigkeit der Medienbotschaften dort klarer erkannt wird als hierzulande. Erinnern wir uns an den „Deutschen Herbst“ von 1977, als Regierung, Justiz und Polizei die RAF verfolgten. Von „Terroristen“ war damals die Rede, von „Extremisten“ und Bandenkriminalität. Die Täter von heute sind „Jugendliche“ (selbst die über 20jährigen), die Terrorakte gegen Ausländerinnen und Ausländer werden als „Ausschreitungen“ und „Krawalle“ bezeichnet. Jargon der Polizeiberichte und Justizbehörden, unkritisch unter Zeitdruck übernommen? Nach einer verbreiteten Les-

art beginnt die Chronik der rechtsradikalen und neorassistischen Gewalttaten im Jahre 1990. Damals wurde aus einer Gruppe von 50 bis 60 Skins heraus der Angolaner Amadeu Kiowa ermordet. Wie viele Zeilen war dieses Ereignis damals wert? Im August 1992 lieferten in Rostock-Lichtenhagen rund 500 junge Männer vor 2 000 bis 3 000 Zuschauern der Polizei eine Straßenschlacht. Im Anschluß brannte ein Flüchtlingsheim, bewohnt von Sinti und Roma aus Rumänien. Im November 1992 schließlich waren die drei im Feuer umgekommenen Türkinnen in Mölln allen überregionalen Tageszeitungen Aufmacher wert.

Die Rangfolge der Agenda spiegelt auch die Wertung von Nationen, die den Deutschen nahestehen, und von Arbeitskräften, die die deutsche Wirtschaft braucht. Und ganz ähnlich erhielten Appelle der Wirtschaftsverbände, die sich besorgt zeigten über das Prestige Deutschlands auf ausländischen Märkten, mehr Aufmerksamkeit als Appelle von kirchlichen, privaten oder UNO-Flüchtlingsorganisationen.

Da haben die Nachrichtenredaktionen bei Zeitungen, Funk und Fernsehen nur eben wiedergegeben, wie die Agenturen Ereignisse, Institutionen und Verbände im Normalfall nach bestimmten Rangfolgen ordnen. Ein Alarmsystem aber hätte den Medienschaffenden schon längst signalisieren müssen, daß sich hier äußerst brisante Gewalteskalationen abzeichnen. Die ganz normalen, allorts üblichen Nachrichtenfaktoren sind es wohl immer wieder, die die redaktionelle Auswahl bei der Migrationsberichterstattung steuern, sei es im internationalen, nationalen oder lokalen Bereich. Das Ergebnis einer Steuerung entlang der Faktoren Negativität, Sensationalität und Konflikthaftigkeit ist ein dunkles, bedrohliches Medienbild von Migranten und Migrantinnen. Als im Sommer 1992 in einem gepflegten Hamburger Stadtteil eine Elterninitiative gegen die Aufstellung von Containern in der Nähe einer Schule heftigst protestierte, da war dies allen Hamburger Blättern eine Reportage wert. Mittlerweile steht das Containerdorf, eine Runde aller Beteiligten und Betroffenen ist miteinander ins Gespräch gekommen, eine Initiative kümmert sich um die Menschen in den Containern. Das war den lokalen Blättern kaum eine Zeile wert. Kon-

Irene Neverla

Die Massenmedien und das Migrationsphänomen Doppelbödige Botschaften

Die Morde von Mölln haben zu einem Wendepunkt in der öffentlichen Diskussion geführt. Nun, da der „Verfassungsschutz von unten“ als breite soziale Bewegung daherkommt, werden Aktionen gegen Fremdenhaß als Medienereignisse in Szene gesetzt. Frühere Versäumnisse der Massenmedien dürfen darüber allerdings nicht vergessen werden.

Die Medienszene brüstet sich gerne damit, „ausländerfreundlich“ zu sein. Bei aufmerksamer Betrachtung aber zerbröckelt dieses Bild. Weit davon entfernt, hier zahlenmäßig gestützte Befunde aus Inhaltsanalysen vorweisen zu können – dieses Feld wird von der Kommunikationswissenschaft derzeit kaum beachtet –, lassen sich eine Reihe von problematischen Mechanismen erkennen in der Nachrichtenauswahl, im Vokabular, in den Diskursformen und im Umgang mit der Informationspolitik staatlicher Stellen.

Das weltumfassende Migrationsphänomen hat eine lange Vorgeschichte und wird uns noch lange beschäftigen. Seine tiefsitzenden wirtschaftlichen, politischen und sozialpsychologischen Wurzeln sind auf komplexe Weise miteinander verwoben. Einfache und kurzfristig wirksame Lösungen kann es nicht geben.

Das „Asylproblem“ ist Artefakt und Kompensationsfeld eines politischen Versagens. Obwohl seit rund dreißig Jahren faktisch Einwanderungsland, hat die alte und – trotz noch dringlicherem Bedarf – auch die neue Bundesrepublik keine geordnete und umfassende Einwanderungspolitik betrieben. Die Ausländerbeauftragten auf kommunaler und überregionaler Ebene

sind kaum mehr als Goodwill-Einrichtungen. Das geltende Staatsbürgerschaftsrecht beruht auf biologistischen Vorstellungen und behindert konkret die Integration der „Gastarbeiter“ bzw. ihrer Kinder und Enkelkinder. Nicht zuletzt das Fehlen eines entsprechenden Einwanderungsgesetzes hat auch die Zahl der Asylverfahren in die Höhe getrieben. Die Änderung eines Paragraphen im Grundgesetz allein, wie auch immer sie aussehen mag, wird an dieser Migrationsproblematik nichts ändern. Welche Interessen spielen hier eine Rolle? Welche bewußten oder unbewußten Motive der politischen Eliten erklären dieses Versagen? Wo ist der Journalismus, der diesen Jahrhundertkandal aufdeckt? Das Vokabular, dessen sich die Medien im Themenfeld Migration und Asyl bedienen, steht bestenfalls in der Tradition des Verlautbarungsjournalismus, schlimmerenfalls – wenn es eigenständig gewählte Begriffe oder Wortneuschöpfungen sein sollten – offenbart es mangelnde Kenntnis, Reflexion und Sensibilität auf historischem und sozialpsychologischem Feld.

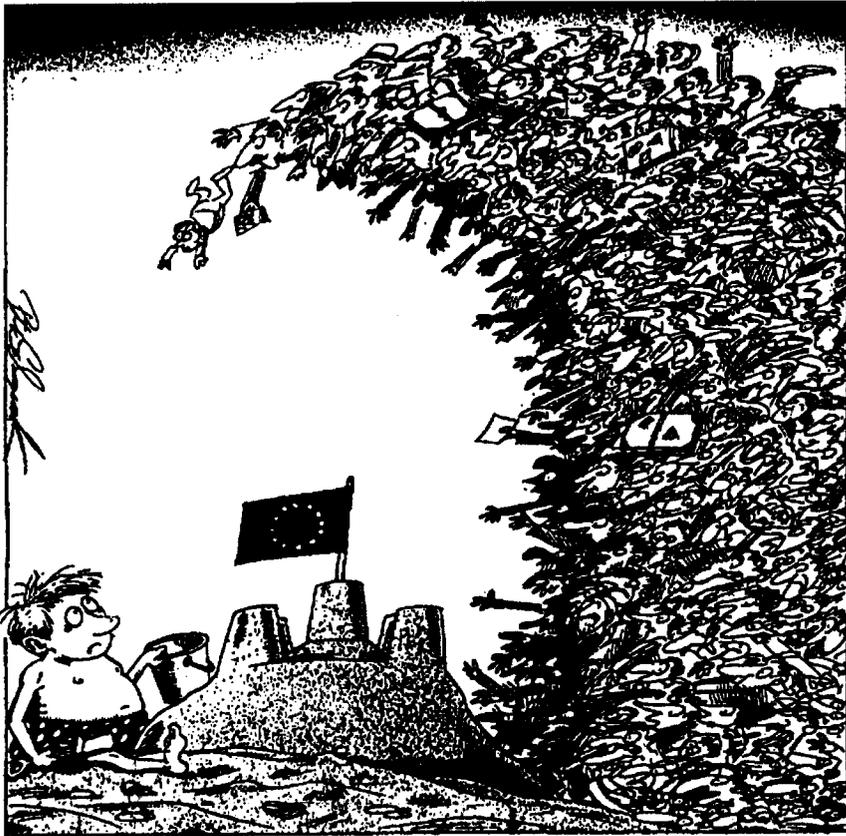
Wie kam die Bezeichnung „Asylant“ eigentlich in die Mediensprache? Nach der Amtssprache handelt es sich um Asylbewerber, nach dem Sinn des Grundgesetzes haben wir es mit Flüchtlingen zu tun. Wessen Asylantrag anerkannt wurde und wer infolgedessen Aufenthaltsrecht hat, ist eben hierzulande Ausländer. Will man an der feinen Unterscheidung von (echten?) politischen Flüchtlingen und (unehrenhaften?) Wirtschaftsflüchtlingen festhalten, müßte immerzu auf das Fehlen einer geordneten und umfassenden Migrationspolitik hingewiesen werden. In den Medien aber ist nicht vom Schein-Politiker die Rede, sondern vom „Schein-Asylanten“.

► *Aviso. Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Nr. 7/1993, S. 1 – 3*

In Ostdeutschland, den neuen Bundesländern, ist der Disziplinierungsdruck offizieller Sprachregelungen entfallen. Im Kontext einer Politik der De-Industrialisierung und eines gigantischen Feldexperiments unter Zeitdruck fällt der rassistische Diskurs gewiß nicht durchgängig, aber vielerorts auf fruchtbaren Boden. Sicher nicht bei jenen, die geraten haben „Wir sind das Volk“. Aber sehr wahrscheinlich bei jenen, die riefen „Wir sind ein Volk“ und nunmehr auf die Erfahrung verweisen mögen, schon einmal durch Druck von der Straße eine Regierung verjagt zu haben.

Auch in den alten Ländern der Bundesrepublik wird eine Spaltung der Öffentlichkeit sichtbar. Für die einen sind fremdenfeindlich Parolen in U-Bahn, Schulen und feinen Restaurants gesprächsfähig geworden, ebenso wie die rechtsradikale Musikszene medienfähig. Die anderen zeigen sich erschüttert und herausgefordert in ihrer staatsbürgerlichen Identität. Weit mehr als es die Frauenbewegung in ihren Anfängen und wohl auch mehr als es die Friedensbewegung jemals war, ist diese soziale

Bewegung affektiv und vorsprachlich geprägt. Sie ist damit gewiß nicht unpolitisch. Die Lichterkette ist eher als Suche nach neuen Symbolen gesellschaftlicher Übereinkunft zu sehen, und zwar einer authentischen Suche nach kontextuell neuen Mustern. Doch diese Bewegung zugunsten von Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde ist nicht vom Mediensystem ausgegangen. Nicht nur die Politik hat versagt, indem sie das Migrationsphänomen zum Kompensationsfeld für soziale Spannungen gemacht hat. Auch der Journalismus hat versagt. Das Migrationsthema in seinen gesellschaftlichen Zusammenhängen darzustellen und politische Interessenkonstellationen zu durchleuchten, mit Begriffen, Wortschöpfungen und Bildern verantwortlich umzugehen, die kognitiven und affektiven Standorte des Publikums zu erkennen und es dort „abzuholen“, ohne dabei die Verpflichtungen eines aufklärerischen Journalismus an der Kasse abzugeben – dies rechtzeitig und konsequent zu tun, haben die Medien in der Bundesrepublik versäumt.



Festung Europa

Karikatur aus: *Die Zeit* Nr. 36/3. September 1993, S. 12

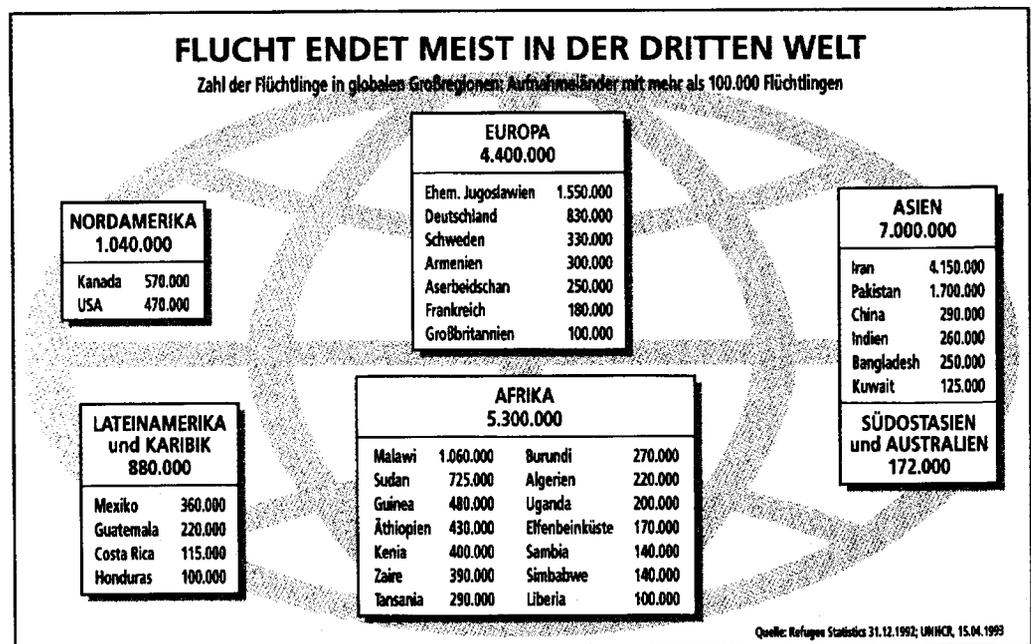
flikt hat größeren Nachrichtenwert als Konsens. Aber journalistisches Verantwortungsbewußtsein hätte rechtzeitig erkennen müssen, daß hier mehr Behutsamkeit als sonst angebracht ist. Mölln hat eine Wende gebracht im deutschen Journalismus. Der journalistische Alltag wurde fürs erste ein wenig außer Kraft gesetzt. Nun wird vor Ort recherchiert. Der Nährboden des Rechtsradikalismus soll aufgespürt werden. Reportagen über die Normalität der Kleinstadtidylle in Mölln, über die soziale Herkunft der mutmaßlichen Täter, über Zusammenhänge im Leben von Tätern und Opfern waren in vielen Blättern zu lesen. Es wird uns zur Kenntnis gebracht, wie häufig Verbrechen aus der Normalität bürgerlicher Verhältnisse erwachsen. Das mag immer wieder erschütternd sein, ist aber doch auch beliebiger Kriminalitäts- und Gerichtsberichterstattung zu entnehmen. Die Recherchen zu den Vorgängen in Politik und Parteien, in Justiz und Polizei sind dürftig geblieben. Marginal weiterhin die Ansätze, die offizielle Statistik zur „Asylflut“ in ihrer Erhebungsmethode und Kategorienbildung zu analysieren, Kriegsflüchtlinge von Aussiedlern zu unterscheiden, die Zahl der Eingewanderten den sinkenden Geburtenziffern in der Bundesrepublik gegenüberzuhalten. Die populistische Variante dessen, was eine politische Analyse sein könnte, bietet wie immer die „Bild“-Zeitung. Auch sie hat die Wende nach Mölln erfaßt und reagiert darauf, dreht damit allerdings die Schraube weiter, mit der die „Asyldebatte“ zum Kompensationsfeld der aus dem Modernisierungsprozeß erwachsenden sozialen Spannungen und Ängste wird. Folgt man „Bild“, so herrscht Chaos im Land: „Feuer, Mord, Wut“. Die Schuldigen sind unstrittig „die Politiker“. An ihnen zelebriert die Redaktion ein öffentliches Countdown: „Noch drei Tage“, „noch zwei Tage“ haben die „17 Versager“ der Parteispitzen Zeit, um eine Lösung für das Asylproblem zu finden. Und die Politik hat sich diesem Druck gefügig gebeugt. Klarer ist der Populismus der neunziger Jahre bisher nicht zum Ausdruck gekommen.

Sprache ist Probehandeln. Aber das Wörterbuch des Unmenschen beginnt nicht erst bei der „durchrassten Gesellschaft“ und der „ausländerfreien“ Kommune. Der rassistische Diskurs setzt sich aus Bildern naturwüchsiger Bedrohung zusammen: vom „Boot, das voll ist“, von der „Asylantenschwemme“, vom „Ansturm der Armen“ und von den „Dämmen“, die gegen all dies errichtet werden müssen. Die Medien sind voll von solchen Sprachbildern die allesamt nach einem rufen: Notwehr.

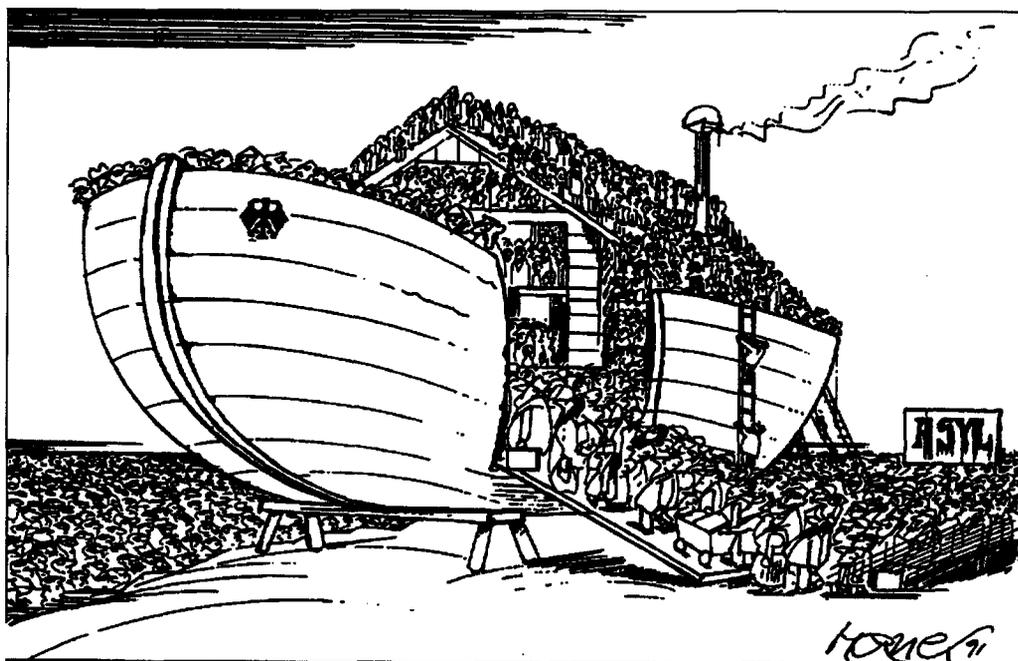
Da sind die von der Staatsspitze ins Spiel gebrachten Ausdrücke vom „Staatsnotstand“ und „Asylsicherungsgesetz“ absolut paßgerecht. Politik und Journalismus lieferten einander die Bilder, Begriffe und Konsequenzen zu. Es ist der Beitrag der Medien zur heutigen Eskalation von Gewalt, diesen zum Teil selbstinitiierten, zum Teil von der Politik gelieferten rassistischen und rechtsstaatswidrigen Diskurs nicht hinreichend und rechtzeitig durchschaut und kritisiert zu haben – oder gar mit ihm gespielt zu haben aus geschäftlichen oder ideologischen Gründen. Wie dünn sind demokratische Kompetenz und Identität der Journalistinnen und Journalisten, daß sie so spät Alarm gegeben haben? Gewiß, es gab Warner wie Robert Leicht in der „Zeit“ und Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ – aber viele Namen und Medien lassen sich dem wohl nicht hinzufügen. Es hätte schon viele Ansatzpunkte gegeben, die bei der übereilten Vereinigung nicht geführte Verfassungsdebatte in Gang zu bringen. Aber nicht die Journalistinnen und Journalisten in ihrer Kritik- und Kontrollfunktion haben diese Debatte voran gebracht, sondern die aus den städtischen Mittelschichten kommende Bewegung zugunsten von Rechtsstaatlichkeit und interkultureller Toleranz als „Verfassungsschutz von unten“. Mehrere Spiralen des Schweigens sind im Kippen begriffen. Schweigespiralen, die in verschiedenen Segmenten der Bevölkerung unterschiedlich ausgeformt waren.



Albanische Flüchtlinge im Hafen von Bari. Aus: Der Spiegel, 34/1991, S. 130



Aus: betrifft: mehrheiten / minderheiten, 2/93, S. 6



Walter Hanell/FAZ, aus: Informationen zur polit. Bildung Nr. 237/1992, S. 33



Horst Haitzinger, aus: Informationen zur polit. Bildung Nr. 237/1992, S. 33

annehmen. Insbesondere dann, wenn Parteien wie die NPD Ende der sechziger, die Republikaner Ende der achtziger Jahre auch parlamentarisch Erfolge verbuchen können. In der ersten Jahreshälfte 1989 war der zeitweilige Aufschwung der Republikaner ein Dauerbrenner in der Medienlandschaft. Mitte und Ende 1991 haben ausländerfeindliche militante Aktionen von sich reden gemacht. Der Name Hoyerswerda steht für gewalttätige Übergriffe auf Asylbewerberheime und die beifällige Duldung dieser Vorgänge durch einen nicht geringen Teil der Bevölkerung. Auch das Fernsehen beschäftigt sich damit in den diesem Medium eigenen Sendeformen: Nachrichten, Magazinbeiträge, Features, Diskussionsrunden. Das ist zunächst einmal nichts Außergewöhnliches und entspricht sowohl dem Informationsbedarf der Zuschauer wie auch einer journalistischen Ethik, die zu berichten hat, was es zu berichten gibt. Dennoch ist organisierter Rechtsextremismus auf dem Bildschirm kaum vergleichbar mit der Berichterstattung über andere große oder kleine politische Vorgänge. Wer sich mit den vermeintlich Ewiggestrigen massenmedial auseinandersetzt, für den gelten andere Maßstäbe, als wenn er sich etwa der Grünen, Sozial- oder Christdemokraten annimmt.

Der politische Fernsehjournalismus – ohnehin im Fadenkreuz divergierender Interessen, Anforderungen und Sanktionen von parteipolitischer Seite⁴, seit einigen Jahren zudem noch unter dem Konkurrenzdruck privater Anbieter – ist nicht die einzige Instanz, die sich mit dem politischen Protest von rechts beschäftigt. Der Hörfunk, Tages- und Wochenpresse, politische Institutionen wie Parteien und Verfassungsschutz, kleine, aber aktive antifaschistische Aktionsgruppen und Pressedienste, die politische Justiz und die Sozialwissenschaften, aber auch vielfältige Formen der politischen Bildung bearbeiten mehr oder weniger regelmäßig, mehr oder weniger intensiv diesen Protest, liefern Informationen, Deutungen und Interpretationen, drohen Sanktionen an oder führen sie durch. Das objektive Zusammenwirken all dieser Instanzen produziert einen allgemeinen Handlungsdruck, der in dem Maße zunimmt, in dem eine (wie auch immer realistische) Gefahr von rechts angenommen wird. Der gemeinsame, verbindliche politisch-moralische Hintergrund ist die Erinne-

rung an die nationalsozialistische Vergangenheit und die kollektive Verpflichtung. Ähnliches dürfe sich auch in Ansätzen nicht wiederholen. Den professionellen Bearbeitern des Rechtsextremismus gemeinsam ist die politische Ablehnung rechtsextremer Phänomene und eine ethische Grundhaltung, die auf Ausgrenzung und Verurteilung hinausläuft. Während solche Kontrollinstanzen jedoch durchweg auf geordnete Kommunikationsverfahren zurückgreifen (Wissenschaft, Justiz), auf offensichtliche politische Interessen (Parteien) oder auf dialogische Reflexion setzen können (politische Bildung, teils auch den Hörfunk), fehlt dem Fernsehjournalismus eine eindeutige Zweckbestimmung. Er stellt (in engen zeitlichen Leisten) eine vergleichsweise breite Öffentlichkeit her, ohne daß Absichten und Wirkungen von Sendungen über Rechtsextremismus eindeutig geklärt wären.

Medien, insbesondere das Fernsehen, haben objektiv durch die Herstellung von Öffentlichkeit auch die Funktion, Personen und Organisationen bekannt zu machen. Zumal bei politischen Außenseitern wäre diese unausweichliche Ebene zu verrechnen mit dem Informations- und Aufklärungsbedürfnis des Publikums, vor allem dann, wenn kontraproduktive Wirkungen geltend gemacht werden können. ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser hat die ambivalente Spannweite zwischen Totschweigen durch Ignoranz und unbeabsichtigtem Hochjubeln durch zuviel Medien-Aufmerksamkeit ausgemessen und auf zwei systembedingte Gefahren aufmerksam gemacht. Totschweigen schaffe den oder die Märtyrer, von denen der Rechtsextremismus zehre, zuviel Berichterstattung hingegen Sorge für den Bekanntheitsgrad der Republikaner⁵. Den zeitweiligen Aufstieg der Republikaner hat der Mannheimer Wahlforscher Dieter Roth auch auf die Wirkungen der Medien zurückgeführt. „Die Republikaner“, bemerkt Roth, „die bis zum Jahresende 1988 kaum jemandem bekannt waren, lebten kurz vor der Wahl von einem Medienspektakel, das sich im Anschluß an einen umstrittenen Wahlspot der Partei entspann, der sich allein auf das Thema der Ausländerangst konzentrierte. Auf solche Provokationen der äußersten Rechten folgten tumultartige Antworten der äußersten Linken, die Medien stiegen voll ein – und die Republikaner waren bekannt“⁶. Roths

Hans-Gerd Jaschke

Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und das Fernsehen

Eine medienkritische Betrachtung

*„Vollends kräftig reizt der Zauber,
der von Bildern ausgeht.
Sie umhüllen gleichsam die Dinge
und Menschen, sie sind aus dem Eindruck
der Sache und
nicht aus dieser selbst gebildet“
(Ernst Bloch).¹*

Politische und gesellschaftliche Außenseiter werden nicht als solche geboren, sie werden dazu gemacht. An diesem Prozeß, den die Soziologie des abweichenden Verhaltens „Stigmatisierung“ nennt², kann eine ganze Reihe von Instanzen mit je unterschiedlichem Gewicht beteiligt sein: Familie, soziales Umfeld, Schule, Behörden, Institutionen und – Medien. Im Zeitalter elektronischer Kommunikationsvielfalt ist das Verlangen nach unterhaltender Orientierung, nach der Unterscheidung von Gut und Böse, Tätern und Opfern nahezu unstillbar geworden. Ein Blick in die Boulevardpresse genügt, um zu sehen, in welcher Weise Menschen zu Außenseitern der Gesellschaft gemacht werden: Kriminelle, Skinheads, Autonome, Terroristen und andere Gruppen sind „anfällig“ für den Prozeß der politischen und gesellschaftlichen Ausgrenzung. An den Normbrüchen dieser Außenseiter läßt sich zeigen, was für alle gelten soll. Nirgendwo werden die politischen und gesellschaftlichen Konventionen, das „juste milieu“, eindrucksvoller demonstriert als an denen, die gegen sie verstoßen. Massenmedien können Anerkennung und Glanz verleihen, sie können aber auch ohnehin Randständige, Marginalisierte, Gefährdete gänzlich bloßstellen, Lebensentwürfe behindern, Karrieren zerstören. Rolf Amann hat gezeigt, wie zum Beispiel die örtliche Presse die Berliner Hausbesetzer zu Kriminellen „gemacht“ hat.³ Medien sind sicher nicht allein verantwortlich für die Stigmatisierung von Randgruppen, doch sie stricken mit an der Hervorbringung innergesellschaftlicher Feindbilder, und sie tragen dazu bei, diese aufrechtzuerhalten.

Politische Akteure, die, wie distanziert auch immer, sich auf Traditionen im Umfeld des Nationalsozialismus positiv berufen, müssen zu Außenseitern der Gesellschaft gemacht werden, denn in der Umgangsform mit ihnen konstituiert sich die demokratische Identität der Bundesrepublik. Rechtsextremisten bieten sich geradezu an als Objekte der Ausgrenzung. Ein Teil von ihnen huldigt dem Führer und provoziert unverhüllt mit faschistischer Symbolik. Die Radikalsten und Entschiedensten verstehen sich als „politische Soldaten“ und propagieren einen expressiven Stil, eine öffentlich inszenierte Selbstdarstellung, als wollten sie noch einmal durch „ästhetische Faszination politisch überwältigen“ (Walter Benjamin). Nicht wenige von ihnen akzeptieren die ihnen zugewiesene Rolle als Neonazis, als politische Outlaws und sonnen sich im zweifelhaften Glanze einer politischen Öffentlichkeit, die ständig und unerlässlich nach neuer politischer Unterhaltung verlangt. Sie präsentieren sich auf einer visuellen Ebene, die durch die politisch-kulturell bedingte Assoziation zur nationalsozialistischen Bildersprache geradezu einlädt, sie „anschaulich“, visuell, inszeniert in Fernsehbildern zu zeigen und zu betrachten. Rechtsextremismus auf dem Bildschirm, im Wohnzimmer, ist ein überaus vielschichtiges, kaum erforschtes Kapitel deutscher Fernsehgeschichte, das hier nur in Umrissen dargelegt werden kann.

Rechtsextremistische Parteien und Organisationen, die Jugendszene rechtsaußen und andere vermeintliche oder tatsächliche politische Nachfahren Hitlers sind ein Thema, dessen sich die Medien kontinuierlich

► Aus: Institut für Sozialforschung (Hg.): *Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 55 – 69

Doch Seifenopern und politische Reportagen lassen sich nur bedingt vergleichen, die Vorgänge um die Judenvernichtung stehen nicht in direkter Beziehung zu heutigen Formen des Rechtsextremismus. Die Betrachtungsweise des „moralischen Aufschreis“ hat daher einen hohen Preis zu zahlen, wenn sie auf Features und Reportagen übertragen wird. Der politische Protest von rechts wird durchweg betrachtet als Anknüpfen an den Nationalsozialismus, als Aktion von Ewiggestrigen. Schmierstoffe von Sendungen über Rechtsextremismus sind Schichten des kollektiven Unterbewußtseins, die an die Schrecken des Nationalsozialismus erinnern, und unverdaute Ängste vor einer Wiederkehr des Dritten Reiches. Weniger angstbesetzte Differenzierungen wie etwa die Schnittmengen von Konservatismus und Rechtsextremismus, die Aktivitäten der eher intellektuellen Neuen Rechten¹⁰ oder auch die männerbündischen Strukturen der Rechtsaußen-Szene bleiben so draußen. Daß der Nationalsozialismus nicht nur gegen die Demokratie gerichtet ist, sondern in ihr fortleben könne, wie Adorno betont hat¹¹, bleibt unberücksichtigt. Es gibt auf der Ebene von Features/Dokumentationen kaum Beispiele etwa für die Thematisierung rechter und rechtsextremer Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft.

Aus all dem resultiert die Selektivität der Bilder: „Faschisten“ auf dem Bildschirm müssen durch und durch faschistisch erscheinen, Hakenkreuze, NS-Symbole, NS-verwandte Sprachmuster und rassistische Parolen sind das Rohmaterial, das in erster Linie interessiert. Die Reduktion von Aktivisten auf Ewiggestrige, auf Neonazis und die moralische Zurichtung der Thematik auf den einfachen Gegensatz von Gut und Böse versäumen zu oft, den Menschen hinter dem Aktivist zu sehen, seinen Beweggründen nachzuspüren, den **Zusammenhang** von Mehrheit und Minderheit, demokratischer Mitte und politischem Extremismus aufzuspüren. Insofern ist die medienpädagogische Auffassung, Fernsehbilder seien primär unter Aspekten der Emotionalisierung, nicht der kopflastigen Aufklärung zu sehen, ebenso trivial wie haltlos. Nur wenige Fernsehfeatures haben sich die Mühe gemacht, hinter der Fassade von politischer Exotik, blankem Voyeurismus und inszeniertem faschistischem Stil subjektiven Hintergründen, gebrochenen

Lebensläufen und biographischen Verstrickungen nachzugehen und sie auch zu dokumentieren¹². Sie werden häufig deshalb vernachlässigt, weil Verständlichkeit von Motiven unerwünschte Sympathien bei den Zuschauern hervorbringen könnte – und dies verstößt gegen den Kodex aller Fernsehberichterstattung über Rechtsextremismus: auf keinen Fall darf (unbeabsichtigte) Werbung gemacht werden!

Ist der „investigative Journalismus“ ein Ausweg? Der SPIEGEL hat für diese Methodik Maßstäbe gesetzt für die Presselandschaft. Im Fernsehen wird sie bisweilen bei politischen Magazinen oder auch in der WDR-Reihe „Gesucht wird...“ erfolgreich praktiziert. Beim Thema Rechtsextremismus hat diese Form des Fernsehjournalismus freilich bislang wenig vorzeigbare Ergebnisse gebracht¹³, im Gegenteil, die Mehrzahl bisheriger Versuche dieser Art leidet vor allem darunter, daß investigative Methoden ihre Bilder und Realitäten selber konstruieren. In „Wotans Erben“ beispielsweise (Bringmann/Gerhard, WDR 1977) versucht das Filmteam gegen den Willen des Veranstalters, ein Treffen der neonazistischen Wiking-Jugend zu drehen. Tätliche Angriffe gegen den Wagen des Teams sind die Folgen und demonstrieren somit eine Gewaltbereitschaft, die vom Team selbst herbeigeführt worden ist – konstruierte Realität und fadenscheiniger Voyeurismus bedienen das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums, führen den Gegenstand vor, machen ihn moralisch verwerflich.

Die in der Fernseh-Wirkungsforschung diskutierte „Wissenskluft“-These¹⁴ wird noch vertieft, wenn nationalsozialistische Symbolik das Schwergewicht des Bildmaterials darstellt. Informierte Zuschauer müssen „zwischen den Bildern“ Differenzierungen, Informationsselektierungen und -gewichtungen selber vornehmen, weniger informierte Zuschauer werden auf ihre Vorurteile zurückgeworfen, auf die ihnen aus der NS-Filmpropaganda seit Jahren bekannten Bilder des Nationalsozialismus¹⁵.

Der Primat moralischer Betrachtung führt nicht nur zur Reduktion der Thematik auf die nazistischen Momente (unter weitgehender, politisch begründeter Aussparung der Beziehungen zum Konservatismus) und zur Vernachlässigung subjektiver sozialpsychologischer Ebenen, er drängt darüber

empirisch keineswegs belegte – These ist symptomatisch für die weitverbreitete Annahme, die Medien würden erst für die nötige Aufmerksamkeit gegenüber den politischen Außenseitern von rechts sorgen.

Solche Vermutungen sind nicht von der Hand zu weisen. Sie stehen allerdings im allgemeinen Funktions- und Wirkungszusammenhang des Fernsehens, der auch für andere Themen gilt. Sie sind aber dann deplaziert, wenn sie nur davon ablenken, daß fremdenfeindliche Protesthaltungen in der Mitte der Gesellschaft entstehen, aus Alltagserfahrungen letztlich resultieren. Die pogromartigen Ausschreitungen im Umfeld von Hoyerswerda im Herbst 1991 und die Sympathien dafür in Teilen der Bevölkerung belegen dies nachdrücklich. Gleichwohl ist in den Redaktionen die Befürchtung, man könne durch Berichterstattung die politischen Außenseiter von rechts aufwerten, durchaus präsent und führt zu Fragen: Soll überhaupt berichtet werden? Wird dadurch nicht Rechtsextremismus erst aufgewertet, bekannt gemacht? Wenn aber berichtet wird, welche Maßstäbe sollen dann gelten, sind es andere als die üblichen journalistischen Grundregeln?

Den folgenden Überlegungen, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln vorgetragen werden⁷, soll eine leitende These vorangestellt werden: In der massenmedialen, insbesondere audiovisuellen Bearbeitung von Rechtsextremismus finden sich noch immer zahlreiche Spuren eines Unverständnisses darüber, in welcher Weise die Schatten von Auschwitz, das Nachleben der Vergangenheit, politisch-moralische Verpflichtung für die Gegenwart bedeuten. Adornos Überlegung von 1959, der Nationalsozialismus lebe nach, „und bis heute wissen wir nicht, ob bloß als Gespenst dessen, was so monströs war, daß es am eigenen Tode noch nicht starb, oder ob es gar nicht erst zum Tode kam; ob die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwest in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern“⁸ findet unausgesprochen und unverdaut Eingang in die medialen Bilderwelten. Das Massenmedium Fernsehen benutzt rechtsextremistische Phänomene von heute, um das Gestern der NS-Vergangenheit noch einmal zu bekämpfen. Daher dominiert ein verknottetes Bündel von Sensationsberichterstattung, moralischem Aufschrei und volkspädagogischem Pathos auf der einen,

Ignoranz und Verharmlosung auf der anderen Seite. Die politische Ausgrenzung des Rechtsextremismus aus dem „Konsens der Demokraten“ ist die Substanz fernsehspezifischer Bearbeitungsformen. Auf der Strecke bleibt das Angebot an den Zuschauer, selbst zu urteilen, eigene Maßstäbe zu entwickeln auf der Basis sachlicher Information. Das Mißtrauen in den Zuschauer und die Angst vor dem Zuschauer sind die heimlichen Regisseure.

Produktionsbedingungen

Fernsehberichterstattung über Rechtsextremismus unterliegt einer spezifischen Regelmäßigkeit: Sie ist gekoppelt an die Konjunkturen des rechten Protests. Wenn Rechtsaußen-Parteien wie die Republikaner die politische Bühne betreten, wenn rechte Skinheads durch Militanz und spektakuläre Aktionen von sich reden machen, dann, und nur dann, kommt eine Berichterstattung in Frage. Treten solche Phänomene in den Hintergrund, wenden sich die schnellen Medien gern (und lieber) anderen Themen zu. Dem Gebot einer kontinuierlichen, unaufgeregten, sachlichen politisch-geistigen Auseinandersetzung mit politischem Extremismus kann das Fernsehen so nicht gerecht werden.

Es ist eine innerhalb der zuständigen Fernsehredaktionen weit verbreitete Auffassung, daß Berichte über Rechtsextremismus „aufrütteln“ sollen, sie sollen „betroffen“ machen und zeigen, welche Gefahren drohen könnten. Auch mehr als vierzig Jahre nach Hitler ist ein solches Vorverständnis zu rechtfertigen, wenn es sich auf das rudimentäre Nach- und Fortleben des Nationalsozialismus und entsprechende neonazistische Militanz bezieht. Auftrieb erhielt sie überdies durch ein bemerkenswertes Medienereignis, das sich mit dem düstersten Kapitel des Dritten Reiches beschäftigte. Die im Gefolge der Erstausstrahlung der US-Fernsehserie „Holocaust“ (1979, WDR) aufgetretenen Reaktionsweisen kulminierten in kollektiver moralischer Empörung über das dargestellte Geschehen und konnten so eine Fülle von Diskussionsprozessen in Gang setzen⁹. Insbesondere auf der Ebene von Features und Reportagen scheint dieses Großereignis zum unausgesprochenen medienpädagogischen Vorbild geworden zu sein.

einzuschätzen, doch im Umgang mit den Medien waren sie noch relativ ungeübt und naiv. Insofern zeigen die Bilder dieser älteren Dokumentarfilme noch wenigstens Bruchstücke aus der authentischen Lebenswelt der Aktivisten und Sympathisanten.

Inzwischen jedoch haben diese, im Zuge stärkerer Organisation und Professionalisierung, den Aufmerksamkeitswert und die Verstärkerfunktion der Medien im allgemeinen und des Fernsehens im besonderen erkannt und den Versuch unternommen, die Medien zu instrumentalisieren. Die Bandbreite der Funktionalisierung reicht von der Selektivität von Gesprächspartnern (sie werden von oben durch „gatekeeper“ ausgewählt) über die bewußte Streuung von Falschinformationen²⁰ bis hin zur Terminierung und Durchführung von Veranstaltungen speziell für Fernsehteams. Der Scheckbuchjournalismus bei Teilen der Presse bzw. einigen Wochenmagazinen hat ein übriges getan, die Professionalisierung der rechten Szene und die Verfestigung der Rollenklischees voranzutreiben. Spätere Fernsehdokumentationen mußten mit derartigen Formen der Professionalisierung umgehen und entscheiden, in welcher Weise Bilder noch als authentisch gelten können.²¹ Funktionäre wie etwa der 1991 verstorbene Michael Kühnen standen und stehen in der Effektivität den Presseabteilungen der großen Parteien in nichts nach. Kühnen und andere waren und sind mittlerweile nicht nur überaus versiert im Umgang mit den Medien²², sie vermögen auch sehr genau ihre Äußerungen und Aktivitäten auf die Medien und deren Rationalität abzustimmen. Kühnen wußte wie kein anderer die ihm zugeschriebene Rolle als „führender Neonazi“ zu akzeptieren und zu nutzen: Die Widersprüchlichkeit eines politischen und gesellschaftlichen Außenseiters und eines (negativ besetzten) Medienstars. Gerade die „fernsehgerechte“ Kühnen-Gruppe ist, so scheint es, primär ein Medienprodukt, ihre öffentlichen Auftritte sind sorgfältig vorbereitet und gleichen inszenierten Spektakeln.

So entsteht eine kalkulierte, strategische Kommunikation zwischen Subjekt und Objekt, Autoren und Darstellern, die in dem Maße zur falschen Authentizität wird, in dem die Originalität der Bilder als Dokument verkauft wird. Wenn, wie in einem SPIEGEL-TV-Aufmacher am 24. Juni 1990,

anläßlich einer deutsch-deutschen Sonnenwendfeier nahe Coburg das Treffen auf Hitlergruß und Skinhead-Ausschreitungen reduziert wird, begleitet von der Botschaft „Sie sind wieder da“, dann ist die falsche Authentizität gleichsam zu sich selbst gekommen. Dann bleibt nichts mehr übrig von dem, was sich hinter den Bildern verbirgt, von dem, worüber es eigentlich zu berichten gilt: „Wie von allen subkulturellen Lebensformen“, notiert Eike Hennig, „werden besonders vom Neonazismus primär ‚geltende Anstandsformen‘ mißachtet, ein geregelter bürgerlicher Tagesablauf gesprengt, ‚demonstrative Alltagsrollen modelliert‘, ‚Tabu-Zonen des bürgerlichen Alltags‘ aufgebrochen, Strafrechtsnormen durchbrochen, ‚seriöse Alltagsrollen kariert‘ und integrale Objekte (z. B. Fahnen, Uniform, Abzeichen) zur Distanzierung von der ‚alltäglichen Kultur des normalen Bürgers‘ benutzt“²³. Fernsehbilder, die solche gesellschaftlichen Zusammenhänge vernachlässigen, führen zu einem spezifischen Dilemma. Sie bewegen sich zwischen einer strukturkonservativen Auffassung, die Neonazi-Bilder am liebsten tabuisieren möchte und Ignoranz als einzig angemessene Umgangsform empfiehlt (zumal neonazistische Bilder unserem Ansehen im Ausland schaden) und der „heimlichen“ Komplizenschaft mit den Aktivisten, indem das Medium zum objektiven Steigbügelhalter einer politischen Minderheit wird.

Angesichts einer um sich greifenden falschen Authentizität der Fernsehbilder zum Thema Rechtsextremismus stellt sich die Frage, wie der Informationswert der Sendungen erhöht, Aufklärung via Bildschirm vorangetrieben und das Interesse der Zuschauer geweckt werden kann. Dazu sollen abschließend einige Überlegungen angestellt werden am Beispiel des Genres Feature/Dokumentation.

Die Verantwortung des Fernsehens gegenüber dem Rechtsextremismus auf dem Bildschirm besteht darin, Informations- und Aufklärungswissen mediengerecht aufzuarbeiten, mögliche kontraproduktive Wirkungen zu bedenken, falsche Authentizität zu vermeiden und die Thematik in den Zusammenhang einer demokratischen politischen Kultur nach 1945 zu stellen. Das erfordert seitens der Autoren und Produzenten eine über die üblichen handwerklichen Qualifikationen hinausgehende politisch-histori-

hinaus zu thematischen Beschränkungen. Nachrichtensendungen über rechtsextremistische Veranstaltungen sind nur insoweit interessant, als es dort Tumulte oder Ausschreitungen gegeben hat, Verlauf und Inhalt etwa von Parteitag der NPD oder der Republikaner bleiben weitgehend anathema. Reportagen und Features sind in aller Regel der Aktualität verbunden und bemüht, kein Forum für politische Inhalte von rechts zu bilden. Diskussionssendungen schließlich zeichnen sich dadurch aus, daß sie über die, aber nicht mit den Betroffenen reden¹⁶.

Moralisch aufgeladene Bildersprache, Reminiszenzen an die faschistische Ästhetik und die Erzeugung von Angst vernachlässigen die eigentliche längerfristige Bedrohung einer demokratischen Gesellschaft von rechts: die Fortexistenz rechtsextremer Einstellungs- und Meinungspotentiale¹⁷. Ich meine damit nicht eine argumentative, verbale Verknüpfung, sondern die Unmöglichkeit einer Verbindung von Bildersprache und Realität: Neonazis auf dem Bildschirm lassen in ihrer expressiven stilistischen Symbolik eine assoziative Verbindung zum autoritären, deutschnationalen und ausländergefeindlichen Nachbarn oder Arbeitskollegen erst gar nicht aufkommen, was das eine mit dem anderen zu tun hat, bleibt für den Zuschauer ein Rätsel, mehr noch: Bürgerliche Alltagsexistenz und inszenierte NS-Bildersprache sind für den durchschnittlichen Zuschauer zusammenhanglos.

Falsche Authentizität

Politische Vorgänge sind im Fernsehzeitalter dem Publikum zumeist nur auf der Ebene einer „zweiten Realität“ zugänglich, sie sind der unmittelbaren, direkten Erfahrung entzogen; Politiker sind häufig nur aus den Medien bekannt. Geltungsanspruch, Wahrheits- und Objektivitätsgehalte politischer Informationen und Deutungen können im Rahmen der Medienvielfalt allerdings überprüft werden, sie können im Rahmen alltäglicher Kommunikation in der Familie, am Arbeitsplatz auch reflexiv eingeholt werden. Das ist bei unerwünschten politischen Minderheiten freilich ganz anders.

Rechtsextremismus ist der überwiegenden Mehrheit der Fernsehzuschauer praktisch

nur aus den Medien bekannt. Insbesondere die Aktivitäten kleiner neonazistischer Zirkel bleiben der direkten Erfahrung eines Massenpublikums entzogen. Es gibt weder neonazistische Großdemonstrationen noch Massenveranstaltungen, noch sind deren authentische Auffassungen etwa über Zeitungen oder Publikumszeitschriften allgemein zugänglich. Fernsehbilder über Sonnenwendfeiern, „Kameradentreffen“, Parteitage und andere Aktivitäten blühen im Verborgenen, der Zuschauer ist auf die Bilder angewiesen, ohne über eine Kontrollmöglichkeit zu verfügen, weder die eigene Anschauung und Erfahrung noch andere Massenmedien. In diesem Sinne „ergänzen“ Fernsehbilder nicht die Erfahrungen des Publikums, sondern sie konstituieren und konstruieren Realität. Fernsehbilder beanspruchen Authentizität im Sinne des Einmaligen, Unwiederbringlichen und des Dabeigewesen-Seins. Ihr fotografisch-dokumentarischer Charakter suggeriert den Eindruck des „So-ist-es“, von Wahrheit und Abbildung von Realität.

Hier soll nicht von den künstlerischen und manipulativen Möglichkeiten der Montage die Rede sein, die als Formprinzip bereits Realität zu einer konstruierten werden läßt¹⁸. Bedeutsamer scheint hier die Frage der Entstehung der Bilder vor Ort, wie kommen die Bilder über rechtsextremistische Veranstaltungen, Funktionäre, Mitläufer zustande? In welcher Weise sind die dergestalt Betroffenen darin involviert, inwieweit tragen sie selber zur Bildkonstruktion bei?

Als Ende der siebziger Jahre die ersten Fernsehdokumentationen über den Rechtsextremismus, insbesondere unter Jugendlichen, produziert wurden¹⁹, war dieses Phänomen relativ neu. Nach den NPD-Erfolgen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre waren viele der Ansicht, es handele sich um ein Problem der Älteren, der Ewiggestrigen, das sich mit dem Abtreten dieser Generation von selbst erledigen werde. Vor diesem Hintergrund war das Auftauchen jugendlicher Rechtsextremisten eine unerwartete Provokation. Das Interesse von Autoren und Produzenten bestand darin, in aufklärerischer Absicht zu zeigen, daß eine neue Szene rechtsaußen existierte, und zu fragen, wie dies möglich sei. Die Aktivisten selbst wußten zwar ihre politische und gesellschaftliche Außenseiter-Position richtig

- mismus beschäftigt, und die des Fernsehautors (u.a. „Ein deutsches Jahr. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“, zusammen mit Klaus Schönekas, WDR 1987)
- 8 Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Ges. Schriften, Bd. 10.2, Frankfurt 1977, S. 555.
 - 9 Vgl. Dieter Prokop, Holocaust und die Wirkungen von Gewalt im Fernsehen. Bericht über Frankfurter Interviews, in: ders., Medien-Wirkungen, Frankfurt 1981, S. 98–190; Y. Ahren/C.B. Melchers/W. Seifert/W. Wagner, Das Lehrstück „Holocaust“. Wirkungen und Nachwirkungen eines Medienereignisses, Opladen 1982
 - 10 Vgl. dazu Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekas, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990.
 - 11 Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, a. a. O., S. 555f.
 - 12 Eine Ausnahme in der jüngeren Fernsehgeschichte ist „Schwarze Kluft und Knobelbecher“ von Achim Gerloff und Renate Juszig, ZDF 1979, worin biographische Interviews die Motive von Jugendlichen deutlich machen.
 - 13 Ein gelungenes Beispiel ist der in der ZDF-Reihe „Die Reportage“ 1989 gesendete Beitrag von Hariolf Reitmeyer über die Republikaner. Auf dieser Reportage fußt der Bericht „Die Führerpartei“, in: GP-Magazin 8/1989, S. 1 – 3.
 - 14 Vgl. Ulrich Saxer, Wissensklassen durch Massenmedien? Entwicklung, Ergebnisse und Tragweite der Wissensklufforschung, in: D. Fröhlich/R. Zitzlsperger/B. Franzmann (Hrsg.), Die verstellte Welt. Beiträge zur Medienökologie, Frankfurt 1988, S. 141 – 189.
 - 15 Unser Bildergedächtnis über die Zeit des Dritten Reiches ist sehr wesentlich geprägt durch die NS-Propaganda und ihr Bildmaterial, vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.
 - 16 So wurde z. B. der Neonaziführer Michael Kühnen von der Radio-BremenTalkshow „Drei nach neun“ wieder ausgeladen, als sein Auftritt kurz vor der Sendung bekannt wurde und antifaschistische Proteste einsetzten.
 - 17 Vgl. dazu Konrad Schacht, Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft, in: DIE NEUE GESELLSCHAFT 2/1991.
 - 18 Vgl. James Monaco, Film verstehen. Kunst, Technik, Sprache, Geschichte des Films, Reinbek 1988, S. 202ff. Mit Wirkungsaspekten faschistischer Bildersprache beschäftigt sich Hilmar Hoffmann, „Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit“. Propaganda im NS-Film, Frankfurt 1988.
 - 19 Ich denke hier besonders an: Nazis gibt's die noch? von Ulrich Leinweber, Basis-Film, Berlin 1977, Wotans Erben von Rolf Bringmann und Dirk Gerhard, WDR 1977, Nur ein paar braune Schafe? von Wolfgang Landgraeber und Dirk Gerhard, WDR 1979, sowie Schwarze Kluft und Knobelbecher von Achim Gerloff und Renate Juszig, ZDF 1979, vgl. auch das aus einem Fernseh-Feature hervorgegangene Buch von Werner Filmer/Heribert Schwan: Was von Hitler blieb. 50 Jahre nach der Machtergreifung, Frankfurt/Berlin/Wien 1983.
 - 20 Die rechten Funktionäre tendieren z. B. dazu, Kleinstgruppen in Gesprächen zu schlagkräftigen, wachsenden Gruppen umzuinterpretieren, womit sie bei naivgutgläubigen Journalisten offene Türen einrennen.
 - 21 Dazu gehören etwa die Dokumentation von Jaschke und Schönekas, Anm. 7; Dieter Adler, „Bock auf Hitler“ Warum Jugendliche rechts denken, Take One Filmprod./WDR 1990 und Spurensuche. Rechtsradikalismus in Rheinland-Pfalz von Edgar Verheyen, SWF 1991 (Coproduktion mit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz).
 - 22 Am 21.1.1991 meldet der Hörfunk des Hessischen Rundfunks in einem Magazinbeitrag von U. Holler/R. Fromm, die Gruppe um Michael Kühnen werde 500 Freiwillige aufbringen, um die Streitkräfte des irakischen Diktators Hussein im Krieg gegen die UN-Truppen zu unterstützen. Grundlage ist ausschließlich ein Interview mit Kühnen, aus dem Auszüge gesendet werden. Die Wahrfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Meldung ist in keiner Weise überprüft worden, die nicht offen erkennbare Absicht der Autoren pendelt zwischen (unglaubwürdiger) Information und kalkulierter moralischer Empörung der Hörer. Praktisch ist dies ein Beispiel, wie geschickte Neonazi-Funktionäre die Medien instrumentalisieren.
 - 23 Eike Hennig, Expressive kulturelle und politische Jugendstile in der Bundesrepublik, Siegen 1988 (= HiMon Diskussionsbeiträge 114/88, hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Historische Mobilität und Normenwandel an der Gesamthochschule Siegen).
 - 24 Herausragend sind die Filme der „Stuttgarter Schule“. In der SDR-Reihe „Zeichen der Zeit“ sind zwischen 1957 und 1973 56 Beiträge produziert worden von Autoren wie Roman Brodmann (u.a. „Der Polizeistaatsbesuch“, 1967), Wilhelm Bittorf (u.a. Burschenherrlichkeit, 1962) und Dieter Ertel (u.a. Tortur de France, 1960), vgl. dazu Rüdiger Steinmetz/Helfried Spitra (Hrsg.), Dokumentarfilm als „Zeichen der Zeit“. Vom Ansehen der Wirklichkeit im Fernsehen, München 1989. Mehr oder (zumeist) weniger deutliche Fortwirkungen der „Stuttgarter Schule“ finden sich heute in der SWF-Reihe „Der Dokumentarfilm“, in der Bremer Reihe „Unter deutschen Dächern“ und in der ZDF-Reihe „Personenbeschreibung“.
 - 25 Zu diesen Ausnahmen gehört „Spurensuche – Rechtsradikalismus in Rheinland-Pfalz“ von Edgar Verheyen (Anm. 21).

sche Kompetenz bei der Konzeption, der Erstellung von Drehplänen, bei Montage und Endfertigung. Intensive Vorbereitung und langwierige Recherchen sind dafür ebenso unabdingbar wie eine gewisse Rücksichtslosigkeit gegenüber politischen Interessen von außen und dem stummen Zwang möglichst hoher Einschaltquoten.

Perspektiven – Wie das Fernsehen mit dem Thema Rechtsextremismus umgehen könnte

Die neuere Entwicklung des Fernsehens bietet für solche Anforderungen allerdings wenig günstige Möglichkeiten. Der Dokumentarfilm der Fernsehspionierzeit, der in langen Einstellungen Betroffene selbst zu Wort kommen läßt, der Konzentration und Aufmerksamkeit ebenso beansprucht wie eine „visuelle Rhetorik“ (Walter Jens), der auf eine präzise zeitkritische Hintergründigkeit pocht, gehört der Vergangenheit an²⁴. Er ist einer Produktionsweise gewichen, die im Zuge von Konkurrenz und Videoclip-Technik auf Tempo setzt, auf sensationelle Bilder, auf immer kürzere Produktionszeiten und schnelle Video-Elektronik. Bilderflut und oberflächliche, kurzlebige Information gehen Hand in Hand. Features und Reportagen heute berücksichtigen nicht nur das Aufklärungs- und Informations-, sondern auch das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums. Hastiges „Infotainment“ verträgt sich freilich nicht mit einem Strukturproblem, dessen antidemokratischer Output nach einer komplexen, hintergründigen Darstellung verlangt.

Die sattsam bekannten Bilder des Neonazismus im Fernsehen haben sich längst verfestigt zum durchgestylten Ambiente des sanften Erschreckens über die ewiggestrigen, wenn auch jungen „Unbelehrbaren“. Deshalb käme es künftig darauf an, die Faszination der Bilder zu hinterfragen, an die Möglichkeiten des älteren Dokumentarfilms anzuknüpfen und präziser, länger, ruhiger, subjektiver zu berichten. Gerade nach Hoyerswerda und inmitten einer faktisch bestehenden multikulturellen Gesellschaft ginge es darum, die Verhältnisse sichtbar zu machen, die Menschen zu fremdenfeindlichem Verhalten treiben.

Biographien, Lebensentwürfe oder auch einzelne Veranstaltungen wie das jährliche

Treffen zur Hess-Gedenkfeier in Wunsiedel wären Themen und Gelegenheiten, die einer umfassenden filmdokumentarischen Aufarbeitung würdig wären. Dabei käme es darauf an, die Bilder für sich sprechen zu lassen, aber nicht im exotischen Zusammenhang randständiger Außenseiter-Subkulturen, sondern in ihrer Verwobenheit mit der Mehrheitskultur. Das erfordert die intensive Berücksichtigung sozialer und lokaler Umfelder und die Frage danach, wie die Gesellschaft vor Ort umgeht mit den ungeliebten „Kameraden“ und ihren Claqueuren. Das erfordert Kompetenz, einen langen Atem, Kooperation von Redaktion/Autor/Produktion und Hartnäckigkeit gegenüber von außen artikulierten Interessen. Kooperationen zwischen Fernsehanstalten und Multiplikatoren der politischen Bildung, die eine längerfristige, zielgruppenspezifische Nutzung gewährleisten, sind bisher die Ausnahme²⁵. Unter dem Diktat der Einschaltquoten und unter Bedingungen verschärfter Konkurrenz der elektronischen Medien stehen die Zeiten schlecht für derartige reformorientierte Projekte. Es bleibt aber zu hoffen, daß die Einsicht in die Notwendigkeit siegt über die Wiederkehr des Immergleichen.

Anmerkungen

- 1 Ernst Bloch, Vom Hasard zur Katastrophe. Politische Aufsätze aus den Jahren 1934–1939, Frankfurt 1972, S. 199.
- 2 Vgl. den Überblick von Helge Peters, Devianz und soziale Kontrolle. Eine Einführung in die Soziologie abweichenden Verhaltens, Weinheim 1989
- 3 Rolf Amann, Der moralische Aufschrei, Frankfurt/New York 1985
- 4 Vgl. beispielhaft die Erfahrungsberichte zweier Fernsehjournalisten: Gisela Marx, Eine Zensur findet nicht statt. Vom Anspruch und Elend des Fernsehjournalismus, Reinbek 1988; Wolfgang Moser, Report. Über das Elend von Funk und Fernsehen. Ein Insider-Bericht, Hamburg 1988
- 5 Klaus Bresser, Republikaner vor der Kamera: Soll das Fernsehen zuschauen oder weg-gucken?, in: Die Zeit, 21.7.1989
- 6 Dieter Roth, Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37–38, 1990, S. 27–39, hier S. 27. Der Wahlsport ist dokumentiert bei Claus Leggewie, Die Republikaner, Berlin 1989, S. 11ff., vgl. auch Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990
- 7 Es handelt sich um die des Zuschauers, des Wissenschaftlers, der sich seit Jahren kontinuierlich u.a. mit dem Thema Rechtsextre-

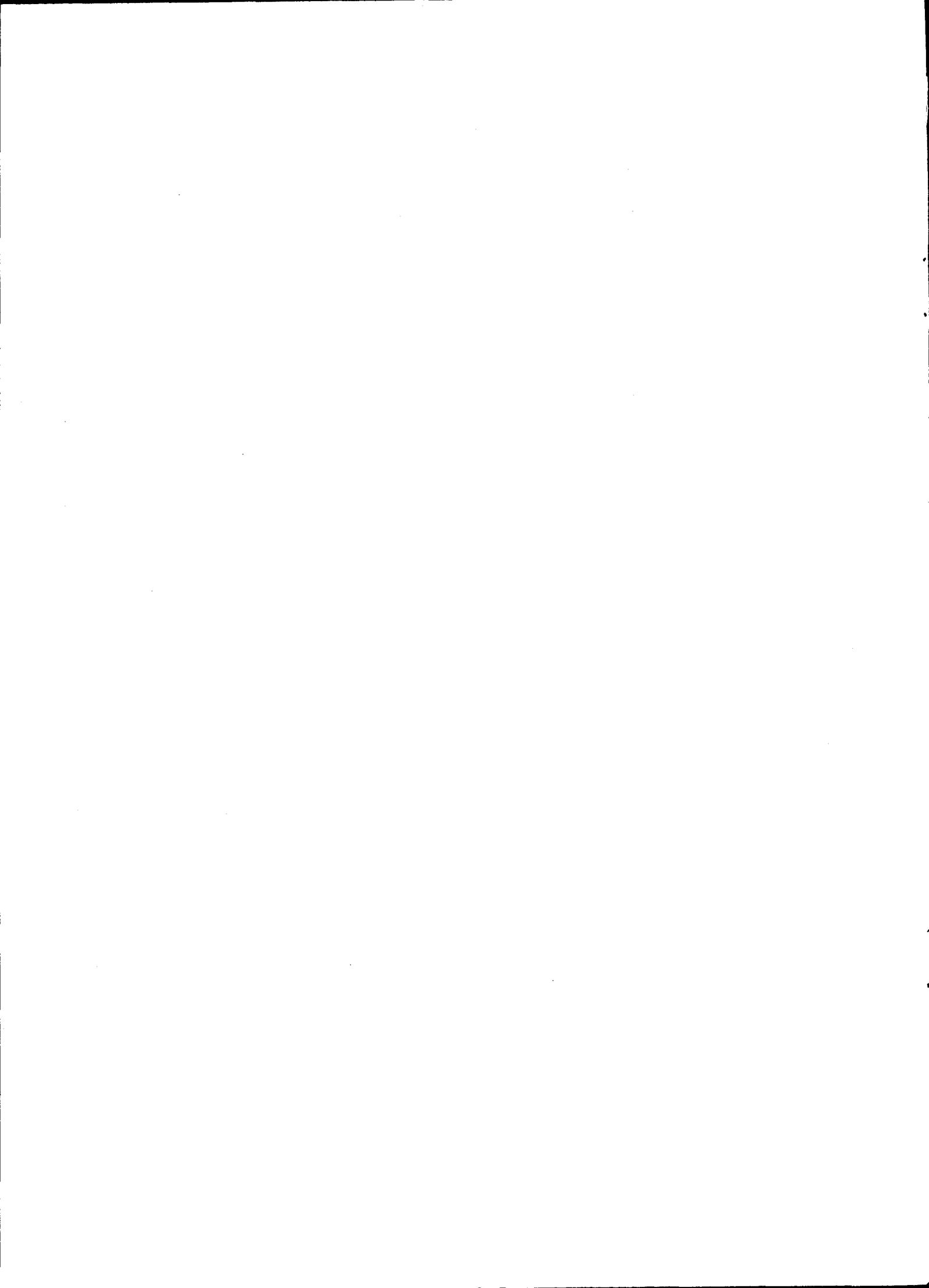
Süddeutsche Zeitung: Präsident des Bundeskriminalamtes spricht von Versäumnissen des Verfassungsschutzes

„Frühwarnung vor Rechtsextremismus unzureichend“

Radikale Gruppen seit den achtziger Jahren beobachtet /
Zachert sieht „latenten Rassismus in unserer Gesellschaft“

Wiesbaden (Reuter/AP/dpa/epd) – Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt haben nach Auffassung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Hans-Ludwig Zachert, die „Frühwarnsysteme“ nicht richtig funktioniert. Zachert sagte in Wiesbaden, die Polizei und damit auch das BKA kämen erst ins Spiel, wenn die Straftat bereits begangen sei. Rechtsextreme Gruppen seien kein Phänomen der neunziger Jahre, sondern würden schon seit den achtziger Jahren von den Verfassungsschutzorganen beobachtet. Er wolle niemanden kritisieren, sagte Zachert; aber möglicherweise habe der Verfassungsschutz nicht nachdrücklich genug auf die Gefahren des Rechtsradikalismus aufmerksam gemacht, oder die Politik habe nicht entschieden genug reagiert.

Zachert bezeichnete die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland als ein „Skandal-szenario“, das ein Gesellschaftsbild widerspiegeln und keinesfalls der in vieler Hinsicht nicht „gesellschaftsfähigen“ Gruppe der Skinheads zugeordnet werden könne. Vielmehr komme in der Fremdenfeindlichkeit ein „latenter Rassismus“ in unserer Gesellschaft zum Ausdruck. Die Rolle von Skinheads und einschlägig bekannten Rechtsradikalen bei ausländerfeindlichen Straftaten ist nach Ansicht Zacherts bisher deutlich überbewertet worden. Beispielsweise seien von 152 im April festgenommenen Verdächtigen nur 27 Skinheads und weitere 20 Mitglieder anderer rechtsextremer Gruppen gewesen. 105 dagegen seien politisch unbeschriebene Blätter und stammten aus normalen bürgerlichen Verhältnissen „Das kommt aus der Bevölkerung heraus, aus der Mitte der Gesellschaft.“ ...



Herausgeber:

Wolf-Rüdiger Wagner
für die Landesmediengestelle im
Niedersächsischen Landesverwaltungsamt
30 149 Hannover

2. erweiterte Auflage (1.500) November 1994

Redaktionelle Bearbeitung:
Detlef Endeward

Gestaltung:
infobüro Klaus-Peter Thiele

Druck: poppdruck, Langenhagen

Broschüre Bestell-Nr. 01 41014
Einzelpreis DM 5,-

